

2021

Historisches Institut der Universität Bern

Berner Historische Mitteilungen



38. Jahrgang/2021

Redaktion:

Julia Schnider, Sara Schindler

Administration:

Gabriele Jordan, Julia Schnider, Sara Schindler, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 80 91

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2022 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Der vorliegende 38. Jahrgang der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) erscheint zum zweiten Mal in rein digitaler Form. Damit kann das Historische Institut der Universität Bern einen Einblick in die während des Jahres 2021 abgeschlossenen Forschungsarbeiten unserer Doktorandinnen und Doktoranden sowie unserer Masterstudierenden gewähren. Auch in diesem Jahr gab es noch Auswirkungen der Coronapandemie, aber unsere Absolventinnen und Absolventen haben in dieser Zeit gelernt, mit den damit verbundenen Schwierigkeiten umzugehen und trotzdem eine breite Palette von Themen zu bearbeiten. Wir sind sicher, dass auch diese Nummer eine Vielzahl von Forschungsergebnissen zu präsentieren vermag, die sowohl im universitären Umfeld wie in einer breiteren Öffentlichkeit auf Interesse stossen werden. Dank moderner Suchmaschinen sind die an unserem Institut verfassten Arbeiten weltweit auffindbar und stossen immer wieder auf eine ansehnliche Resonanz.

Die vorliegende Nummer präsentiert Zusammenfassungen von Dissertationen und Masterarbeiten aus einer Vielzahl von Bereichen. Diese reichen geographisch von der Lokalgeschichte über die schweizerische und (ost-) europäische Geschichte bis hin zur Globalgeschichte. Die Forschungsfelder umfassen vielfältige Themen aus der Alltags- und Geschlechtergeschichte, der Umwelt-, Sozial-, Kultur- und Migrationsgeschichte sowie der Geschichte des Digitalen, der Medizin, des Militärischen und der Tiere. Zeitlich reichen sie dieses Mal von der Zeit der römischen Republik bis zur Gegenwart. Die meisten in dieser Nummer vorgestellten Arbeiten können in der Bibliothek ebenso eingesehen werden wie solche, die in den vergangenen Jahrgängen der BeHMi vorgestellt wurden. Auf der Homepage https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi/index_ger.html lassen sich ältere Exemplare kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun auf https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/berner_studien_zur_geschichte/index_ger.html. Die Zahl wird immer grösser.

Wie schon im vergangenen Jahr überzeugte Julia Schnider mit ihrem grossen Engagement und ihrer präzisen Arbeit. Im März 2022 entschied sie, sich nun auf den Abschluss ihres eigenen Studiums zu konzentrieren und übergab ihre Arbeit an Sara Schindler, welche diese in ebenso gelungener Art und Weise weitergeführt und zum Abschluss gebracht hat. Ohne sie beide käme das vorliegende Heft nicht derart ansprechend daher, wie es dies wieder tut. Für die Administration der BeHMi war auch dieses Jahr Gabriele Jordan zuständig. Für die Korrekturlesung konnten wir auf die Unterstützung von Martin Alois Bürgisser zählen. Allen Vieren gebührt ein besonders grosser Dank. Ein solcher gilt speziell auch unseren Autorinnen und Autoren für ihr Engagement und ihre freundlichen Antworten auf unsere Nachfragen.

Bern, im Juni 2022

Daniel Marc Segesser
Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

Dissertationen

| | |
|--|----|
| LEO GROB Bevor die Fabriken schliessen Eine Arbeitsgeschichte der Alusuisse (1960–1991)..... | 7 |
| LILIANE MARTI Konflikt und Konzil Das Konzil als Bewältigungsstrategie im Donatistenstreit..... | 9 |
| ROLAND SENN Das Täufertum im Berner Aargau 1525–1658 Überleben durch Adaption und Vernetzung..... | 10 |
| NICOLE STADELMANN Ökonomie in der Werkstatt? Das Wirtschaften und Haushalten St. Galler Handwerkerfamilien im 17. und 18. Jahrhundert | 12 |
| JONAS STÖCKLI Todesstrafen für 17 „Landesverräter“ durch die Schweizer Militärjustiz während des Zweiten Weltkrieges | 14 |

Masterarbeiten

| | |
|---|----|
| THOMAS AMMANN Bahnboom beim Bodensee Die Entwicklung des Thurgauer Eisenbahnnetzes bis zur Vollendung der Stammlinien 1911..... | 17 |
| SANDRO ANDREATTA YouTube macht Geschichte(n) Die Möglichkeiten der digital konstruierten Antike | 18 |
| DESIRÉE BESOMI Die Macht der Familie Beroldingen in den ennetbirgischen Vogteien im 18. Jahrhundert am Beispiel des Land- und Gerichtsschreibers Johann Sebastian Pellegrin Beroldingen..... | 19 |
| NICOLÒ BONOMI Il Ticino e l'8 settembre 1943 Conseguenze politiche, sociali, culturali, spirituali ed economiche dell'armistizio italiano a Cassibile..... | 21 |
| NADINE DUSS Wie revolutionierte der Einfluss der Chemiker die Nahrungsmittelsicherheit? Die Rolle der Chemiker bei der Regulierung, Kontrolle und Überprüfung von Nahrungsmitteln im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert | 22 |

| | |
|---|----|
| JOEL FIMIAN | |
| Expansion auf Kredit | |
| Der Solothurner Finanzhaushalt und dessen Belastung durch die Territorialpolitik im 15. und 16. Jahrhundert..... | 23 |
| JOËLLE FISCHER | |
| Geschlechter in der Anthropologie | |
| Konstruktionen von Geschlecht im <i>Archiv der Julius Klaus-Stiftung</i> und dem <i>Lehrbuch der Anthropologie</i> von 1914 bis 1945 | 25 |
| MICHAEL FLÜTSCH | |
| Die Bedeutung von Johann Wilhelm Fortunat Coaz (1822–1918) für die wissenschaftliche Erforschung von Lawinen und den Lawinenschutz..... | 26 |
| MARTINA FRITZ | |
| Händewaschen und Abstand halten | |
| Der behördliche Umgang von Bund, Kanton Bern und dessen Ämtern und Gemeinden mit der Spanischen Grippe von 1918 bis 1920 | 28 |
| SIRI FUNK | |
| „Jetzt rauchts auf Kuba“ | |
| Die Wahrnehmung und Darstellung der Kubakrise 1962 in den Deutschschweizer Medien | 29 |
| DANIEL GAMMENTHALER | |
| Von CREEPER zu I LOVE YOU bis WANNACRY | |
| Eine historische Analyse von Malware und ihrem Kampf um die Kontrolle im Computersystem | 30 |
| MORITZ GEMPERLI | |
| Von Lastentieren, Fuhrtierhaltern und Lokführern | |
| Akteure und Organisation der Mobilität im Kanton Uri zwischen 1865 und 1921 | 31 |
| MARCO GROGG | |
| Die Genex GmbH und die Intershops als Teil der Konsumkultur der DDR (1971–1989)..... | 33 |
| CHANTAL HARI | |
| An Evaluation of Meteorological Observations by Samuel Studer (1807–1818) | 34 |
| ZORA MELINA HEIMLICHER | |
| Was bisher geschah | |
| Eine rezeptionsgeschichtliche Betrachtung der belgisch-kongolesischen Kolonialgeschichte..... | 35 |
| KILIAN HILTBRAND | |
| Der Strippenzieher der Gärten Ihrer Majestät | |
| Eine netzwerkanalytische und qualitative Untersuchung zu Aimé Bonpland als Intendant der kaiserlichen Domänen von Malmaison und Navarre (1808–1814) | 36 |
| MYRJAM GABRIELA HOSTETTLER | |
| Lebensgeschichten aus den Leichenkellern der Anatomen | |
| Die Leichenversorgung an der Berner Anatomie vom 19. Jahrhundert bis 1943 | 37 |

| | |
|---|----|
| MANUEL JANN Von Hankou nach Moskau Die Dominanz der russischen Teehändler im chinesisch-russischen Teehandel und die Veränderungen der Teerouten | 38 |
| AMANDA KAUFMANN Gel(i)ebte Geschwister Bürgerlich-patrizische Geschwisterbeziehungen in Bern im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel der Familie Zeerleder..... | 39 |
| SEYLAN KELES „Das Leben hat es gefordert und wir haben es durchlebt“ Der Partizipationsprozess einer Migrantin in der Türkei und der Schweiz 1961–2000 | 41 |
| CORINA LIEBI Vom Kastner bis zum Kammermeister Ein Rekonstruktionsversuch der bischöflich-fürstlichen Finanzverwaltung des Bamberger Hochstifts anhand der Kammeramtsrechnung 1487/88 | 41 |
| LUCA LOCHER Hochwasserschutz, Nutzungsformen und Revitalisierungsbemühungen Der Alpenrhein von Reichenau bis Buchs 1790–2020 | 43 |
| GORANE LOTTENBACH Der Wandel des Frauenbildes der Miliciana im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939)..... | 44 |
| JVAN LUCCHETTA Entwichene sowjetische Kriegsgefangene in der Schweiz Lebens- und Arbeitsbedingungen im neutralen Staat während des Zweiten Weltkriegs | 45 |
| LENA-SOPHIE MARGELISCH „Doch nun leb wohl für heute mein liebes Herz“ Der Briefwechsel zwischen Marie und Theodor Mommsen..... | 46 |
| SOPHIA EVAMARIA MARXER Die Siegelsammlung der Göldlin (von Tiefenau) Familien- und Sammlungsgeschichte | 48 |
| SVENJA MÜLHAUSER Von lebenden Maschinen und Hafermotoren Pferde als Arbeitstiere im Schweizer Postbetrieb des 19. Jahrhunderts | 49 |
| DOMINIK NÜTZI Wissen als Netzwerk? Die ETH-Professoren Schröter, Frey-Wyssling und Jaccard und ihr Wissensaustausch mit verschiedenen Akteuren | 50 |
| ALEKSANDRA PETROVIĆ Zwischen Nationalismus und Emigration Der Jugoslawische Hilfsverein in der Schweiz und sein Publikationsorgan <i>Poezija i proza</i> in den Jahren 1947 bis 1971: Vereinsgeschichte und Erinnerungskultur einer Exilgemeinschaft..... | 51 |

| | |
|--|----|
| AMON PORTMANN Tierschutzorganisationen und ihre Beziehungsdynamiken am Beispiel der Tierversuchsfrage in der Schweiz von 1970 bis 1990 | 52 |
| SANDRO PORTMANN Nachrichtenaustausch zwischen der Schweizer Armee und Österreich-Ungarn Die Relevanz des Nachrichtenbulletins der Schweizer Armee vor dem Hintergrund der offenen Quellen..... | 54 |
| SARA VALENTINA ROHR Die mittelalterliche Koadjutorenschaft Überlegungen zu einem gesamtkirchlichen Phänomen mit Schwerpunkt auf die Basler Koadjutorie zwischen 1499 und 1527 im Kontext des Hochstifts..... | 55 |
| LEONIE RUESCH Sex auf den Ruinen der bürgerlichen Moral Massenmediale Sexualaufklärung im sozialistischen Jugoslawien | 57 |
| DAVID MICHAEL SCHENKER Das Trainpferd in der Schweizer Armee Eine zivil-militärische Beziehung..... | 58 |
| NADINE SCHENKER Atomwaffen, nein danke? Der mediale Diskurs der Deutschschweiz über das Atomwaffenprogramm der Schweiz 1958–1969..... | 59 |
| YVETTE SCHMID „... mit noch schwereren Lastladungen wird das Uebel noch schlimmer ...“ Wie die 28t-Gewichtslimite die Öffentlichkeit polarisierte und die Transitverhandlungen zwischen der Schweiz und der EG von 1989 bis 1991 prägte..... | 61 |
| NOËMI SCHÖB Das Zucht- und Waisenhaus St. Leonhard 1661–1689 | 62 |
| SILVIO DAVID SCHOLL Von Druckerpressen und Strassenbahnwagen Eine quantitativ-qualitative Analyse der Inhalte der <i>Neuen Zürcher Zeitung</i> zur Strassenbahn und deren Bedeutung für die innerstädtische Mobilität in Zürich: Ein Blick auf die ersten drei Zürcher Tram-Jahrzehnte | 63 |
| ROMAN SPAHR Die sozialen Kontakte von Schutzsuchenden in der Schweiz zwischen 1933–1945 Eine Annäherung basierend auf Tagebüchern..... | 64 |
| MICHAEL STADLER „Ein Affe im Purpur“ Eine körpergeschichtliche Betrachtung von Kaiser Julians Herrschaft..... | 66 |
| LISA-MARIA STAUB Trauer und Trost in den Briefen von Marcus Tullius Cicero Gefühle in der ciceronischen Korrespondenz im Kontext des Exils | 67 |

| | |
|--|----|
| PHILIPPE THOMET Gelebter Sozialismus Eine mikrogeschichtliche Analyse der Ehe Glasier im Beziehungsgeflecht des britischen Sozialismus von 1911 bis 1917..... | 68 |
| DOMINIK WAGNER Der Kalte Krieg ist vorüber, was nun? Darstellung und Folgen einer epochalen Wende in der Schweiz..... | 70 |
| MICHA WOHLER „Das Landt Inzenemen“ Der Huldigungsumritt Christophs von Utenheim zwischen zeremonieller Harmonie und harter Realpolitik | 71 |
| YANICK ZAHND Im Zug zum Flug Verkehrsmittel zwischen Ergänzung und Konkurrenz: Die Flughafenlinien Zürich und Genf..... | 72 |
| ISABELLE ZIMMERMANN Das Geschäft mit der Auswanderung Ein Einblick in die Arbeit von Schweizer Auswanderungsagenturen zwischen 1880 und 1914..... | 74 |
| RAPHAEL BENEDIKT ZIMMERMANN Bürgerliches Berliner Porzellan als Statussymbol Eine Kulturgeschichte des Berliner Bürgertums und dessen Aufstieg im 19. Jahrhundert anhand von Porzellan..... | 75 |

Leo Grob

Bevor die Fabriken schliessen

Eine Arbeitsgeschichte der Alusuisse (1960–1991)

Dissertation bei Prof. em. Dr. Brigitte Studer und PD Dr. Peter-Paul Bänziger

Wie wandelte sich die industrielle Arbeitswelt mit dem Übergang von den Boomjahren der 1960er in die Krisenjahrzehnte danach? Das Dissertationsprojekt untersucht diese Forschungsfrage am Fallbeispiel des ehemaligen Schweizer Aluminiumkonzerns Alusuisse – damals einer der Big Six der weltweiten Aluminiumbranche und zugleich eines der grössten Schweizer Industrieunternehmen. Das Beispiel Alusuisse erlaubt es, die historiografischen Debatten um einen Strukturbruch „nach dem Boom“ empirisch mit den sozialwissenschaftlichen Forschungsansätzen der Neoliberalismus-Forschung und der Subjektivierung von Arbeit zu verbinden.

Im Fokus steht der Wandel des Arbeitsmanagements und der industriellen Beziehungen. Der forschende Blick richtet sich zum einen auf die Zürcher Konzernzentrale, auf die „*préoccupations*“ (Yves Cohen), mit denen das Topmanagement Probleme definierte, sich auf die zukünftige Aktion ausrichtete und die Machtressourcen anderer Akteur*innen zu antizipieren versuchte. Zum anderen werden die Alusuisse-Standorte in Australien, Italien und der Schweiz in den Blick genommen, um die Interaktion von Arbeitskräften, Management und staatlichen Stellen zu untersuchen. Die Quellenbasis bietet das 2016 zugänglich gemachte Firmenarchiv der Alusuisse. Ergänzende Materialien stammen aus regionalen Archiven aus der Schweiz und Italien; ausserdem werden private Nachlässe und Zeitzeugengespräche berücksichtigt.

Das Forschungsprojekt beleuchtet als erstes Fallbeispiel die Planungseuphorie des Alusuisse-Managements in den 1960er Jahren anhand der Expansion von Alusuisse nach Australien. Dort stampfte der Schweizer Konzern eine ganze Stadt aus dem Boden – ohne je die Zustimmung der vor Ort lebenden Aborigines einzuholen. Das Manage-

ment hoffte durch streikpräventive Technologien und eine suburbane städtebauliche Raumordnung, einen Standort der Superlative zu erschaffen. Dieser entpuppte sich aber als nachteilige Risikokonzentration. Denn Alusuisse war stark abhängig von den in Australien hergestellten Rohmaterialien. Streiks, eine hohe Fluktuation der Bewohner*innen und Währungsschwankungen bedrohten ab den 1970er Jahren die Profitabilität des Standorts.

Das zweite Fallbeispiel befasst sich mit der Aluminafabrik der Alusuisse in Italien. Sie wurde 1972 vom Zürcher Management geschlossen, womit in der betroffenen Region eine Phase der Deindustrialisierung eingeläutet wurde. Der Schweizer Aluminiumkonzern hatte es in Italien mit einer kämpferischen Belegschaft zu tun. Von den massiven Arbeitskämpfen des Heissen Herbstes 1969 angespornt, forderten die Arbeiter*innen Gesundheits- und Umweltschutzmassnahmen sowie ein Ende von Leistungsanreizen und betrieblichen Hierarchien. Das Management von Alusuisse sah derweil deren unternehmerischen Freiheiten in Gefahr, beklagte zahlreiche Streiks und eine kritische Öffentlichkeit. In Italien experimentierte das Unternehmen mit einer konfrontativen Strategie und versuchte die Betriebe zu restrukturieren. Dies führte zu einer politischen Eskalation. Streiks legten die Betriebe lahm und erst das Versprechen des Staates die Löhne fortzuzahlen, neue Stellen zu schaffen und die Betriebe zu übernehmen, beendete den Konflikt. Alusuisse zog sich jedoch aus Italien zurück.

Das dritte Fallbeispiel betrifft die Walliser Werke. In diesen mehrten sich ab Mitte der 1970er Jahre die Anzeichen für Umbrüche in den industriellen Beziehungen. Um 1975 setzte eine Trendwende bei den Beschäftigungszahlen und der Lohnentwicklung ein: Nach einer langen Wachstumsphase, begann die Zahl der Arbeitenden nun zu

sinken. Auch die Reallöhne stagnierten. In der ersten Hälfte der 1980er Jahren gerieten die Walliser Werke nicht nur in die roten Zahlen, auch mehrten sich die Friktionen zwischen Management und Gewerkschaften. Erstmals seit 30 Jahren scheiterten 1983 die betrieblichen Lohnverhandlungen, es kam zu Restrukturierungen und umfangreichen Personalentlassungen. Automatisierung, das Abschieben von Marktrisiken auf die Arbeitskräfte und die drohenden Betriebsschliessungen verunsicherten die Belegschaft. Die Angst vor der Deindustrialisierung überkam die ganze Region. Die Gewerkschaft SMUV, die mittlerweile das Standortdenken des Managements verinnerlicht hatte, reagierte nur defensiv. Vor diesem Hintergrund lancierte Alusuisse die neue Personalpolitik des *Total Quality Managements*, mit der das Unternehmen den Zugriff auf die subjektiven Potentiale und das Wissen der Arbeitskräfte stärken wollte.

Am Beispiel der Alusuisse kann das Forschungsprojekt die komplexen Prozesse nachzeichnen, welche die Zeitspanne zwischen Mitte der 1970er Jahre und dem Ende der 1980er Jahre als arbeitshistorische Übergangsphase erkennbar werden lassen, in der Arbeitsmanagement und industrielle Beziehungen neu geordnet wurden: Erstens mehrten sich seit den 1970er Jahren die Anzeichen für eine starke Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Das Topmanagement von Alusuisse beklagte in den 1960er und 1970er Jahren, dass deren ökonomische „Manövrierfreiheit“ eingeschränkt sei und es sorgte sich um Streiks und eine mangelnde Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte. Vor diesem Hintergrund wählte das Management ein konfron-

tativeres Vorgehen gegenüber kämpferischen Belegschaften – wie das Beispiel Italiens zeigt. In der Schweiz unterminierte das Management seit Mitte der 1970er Jahre die Arbeitsplatzsicherheit, die Lohnzuwächse und die ‚sozialpartnerschaftliche‘ Verhandlungskultur, die für die Hochkonjunktur charakteristisch gewesen waren.

Zweitens wurde in den 1980er Jahren eine generalisierte Wettbewerbsordnung innerhalb des Unternehmens verankert. Dies habe ich als dreigliedrigen Prozess der Vermarktlichung beschrieben: Das Unternehmen öffnete sich stärker zum Markt hin, implementierte Marktmechanismen im Innern und erhob „den Markt“ auch diskursiv zum Fluchtpunkt jeglicher Tätigkeit. Die Unternehmensstruktur wurde dezentralisiert. Kleinere, marktnahe Unternehmenseinheiten mussten mehr (Erfolgs-)Verantwortung tragen. Sie wurden durch Beratungsunternehmen durchleuchtet und anhand finanzmarktorientierter Kennzahlen verglichen und geprüft. In diesem System des *Survival of the Fittest* konkurrierten die Unternehmenseinheiten um Investitionsmittel und versuchten, Devestitionen oder Sparmassnahmen abzuwenden. Drittens setzte das Management ab Mitte der 1980er Jahre auf Formen der Personalführung, welche die Bewirtschaftung der subjektiven Potentiale und des Wissens der Arbeitskräfte in den Mittelpunkt rückten. Diese subjektivierenden Personalpolitiken waren nicht grundsätzlich neu, konnten sich aber angesichts der grassierenden Angst in der Belegschaft, der neuen vermarktlichten Steuerungsarchitektur und dem verallgemeinerten Standortdenken erfolgreich ausbreiten.



Konflikt und Konzil

Das Konzil als Bewältigungsstrategie im Donatistenstreit

Dissertation bei Prof. Dr. Stefan Rebenich und Prof. Dr. Katharina Heyden

Das Konzil als kircheninternes Instrument zur Klärung innerkirchlicher Fragen und Streitigkeiten prägte bereits die Alte Kirche, wie die Geschichte des Konzilswesens belegt. Die ersten fassbaren Konzile fanden gegen Ende des 2. Jahrhunderts n. Chr. in den östlichen Provinzen des Römischen Reichs als Treffen benachbarter Bischöfe statt und dienten dem Austausch zwischen den christlichen Gemeinden. An den Bischofsversammlungen wurden theologisch-dogmatische Inhalte besprochen, Fragen zur institutionellen Organisation der Kirche debattiert und disziplinarische Entscheidungen gefällt.

Obwohl viele Aspekte der Alten Kirche und des Konzilswesens bereits ausführlich erforscht worden sind, fehlen systematische Analysen der Konzile aus einer konflikttheoretischen Perspektive, die eine differenzierte Betrachtung der Funktionsweise von Konzilen erlauben. Dieser Forschungslücke nimmt sich die Dissertation an und untersucht im Rahmen der Interfakultären Forschungskoooperation (IFK) „Religious Conflicts and Coping Strategies“, inwiefern und unter welchen Umständen Konzile als kollektive Form von Konfrontation und Konsensbildung ein geeignetes Instrument zur Bearbeitung religiöser Konflikte sind.

Der forschungsleitenden Frage wird am Beispiel des sogenannten Donatistenstreits nachgegangen. Das Schisma der afrikanischen Kirche im 4. und 5. Jahrhundert ist dank der Schriften und Briefe der Bischöfe Eusebius von Caesarea, Optatus von Mileve und Augustinus von Hippo relativ gut dokumentiert und hat sowohl in der historischen als auch in der theologischen Forschung viel Aufmerksamkeit erhalten. Eine Vielzahl der wissenschaftlichen Publikationen befasst sich mit der Frage nach den Ursachen und den treibenden Kräften des Konflikts und spiegelt damit die für die Spätantike paradigmatische Verflechtung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und religiöser Faktoren; die Konzile werden zumeist unter diesen Gesichtspunkten analysiert. Der konflikttheoretische Zugang zu den Konzilen ge-

neriert deshalb nicht nur neue Erkenntnisse zur Funktionsweise von Konzilen, sondern eröffnet gleichzeitig eine neue Perspektive auf den Donatistenstreit: Anstatt eine Abwägung der verschiedenen, konfliktbestimmenden Faktoren vorzunehmen, wird der Beitrag der Konzile zum Konflikt und zu dessen Dynamik untersucht.

Aus einer akteurszentrierten Perspektive, die nach diversen Arten absichtsvoller, zielgerichteter und flexibler Konfliktbearbeitung fragt, und mit Blick auf die Interaktionsformen und deren vergesellschaftende Wirkung werden fünf exemplarisch ausgewählte Konzile ganzheitlich analysiert und vergleichend dargestellt. Dazu werden sie von der Einberufung und der Organisation über die Durchführung bis hin zum Abschluss mit der Umsetzung der konziliaren Urteile und deren Nachwirkungen dargestellt. Im Anschluss werden die Erkenntnisse dazu genutzt, um nach der Bedeutung der Konzile für die Konfliktdefinition, die interne Gruppenbildung und die Konfliktgestaltung zu fragen.

Die Dissertation zeigt auf, dass Konzile nicht zwangsläufig auf die Beendigung des Konflikts ausgelegt sind, sondern verschiedentlich konfliktgestaltend wirken, indem sie den Konflikt in einem kontrollierten und regulierten Rahmen sichtbar machen, identifizieren, lenken und langfristig dokumentieren, wobei die beteiligten Akteursgruppen vergesellschaftet werden. Da sie formal gesehen als Rechtsstreit abgehalten werden, identifizieren und definieren die Konzile sowohl die Streitparteien als auch den Streitgegenstand; dabei bestimmen Setting und Verhandlung, wer zu welchem Zeitpunkt auf welche Weise agieren kann sowie welche Problemlagen bearbeitet werden.

Weil sich Konzile als innerkirchliches Instrument zur Klärung kircheninterner Differenzen entwickelt haben, geht ihre Einberufung mit der impliziten Definition des Streitgegenstands als *negotium ecclesiasticum* einher, bevor die Verhandlungen und die Konzilsurteile die explizite Definition vornehmen. Diese Definition des Konflikts und die folgenden Konzilsurteile, die den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben, lösen

nach Abschluss der Verhandlung verschiedene, den Konflikt gestaltende Prozesse gleichzeitig und wechselseitig aus, indem sie die Wahrnehmung des Konflikts prägen, Streitinhalt beeinflussen und unterschiedliche Ausgangslagen und Handlungshorizonte für die Streitparteien schaffen. Interessensgemeinschaften und Organisationen werden dabei etabliert und modifiziert und verschiedene Formen des Mit- und Gegeneinanders konstituiert.

Insgesamt macht die Dissertation den prozessualen Charakter der Konfliktbearbeitung und Konfliktgestaltung im Rahmen der Konzile deut-

lich: Durch Konzile können Problemlagen sowohl bearbeitet als auch hervorgerufen werden, wobei verschiedenen Personen und Gruppen wechselseitig die Möglichkeit eröffnet wird, Strukturen und Bedingungen zu verändern, ihre Umwelt aktiv zu gestalten und Handlungsspielräume zu beeinflussen oder gar zu schaffen. Gleichzeitig wird der Einfluss der Konzile auf den Konflikt akzentuiert: Die Konfliktodynamik des Donatistenstreits ist zu beachtlichen Teilen auf seine Konzile zurückzuführen.

Eine monographische Veröffentlichung ist geplant.



Roland Senn

Das Täuferium im Berner Aargau 1525–1658

Überleben durch Adaption und Vernetzung

Dissertation bei Prof. Dr. André Holenstein und Prof. em. Dr. Kaspar von Greyerz

Während die bisherige Täuferforschung sich intensiv mit der Entstehung der Täuferbewegung in den 1520er und 1530er Jahren auseinandergesetzt hat, erhielt die Zeit ab der Mitte des 16. Jahrhunderts vergleichsweise wenig Beachtung. Auch das bernische Herrschaftsterritorium muss für den Zeitraum von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts als nur wenig erforscht eingestuft werden.

Die vorliegende Dissertation nimmt sich dem im Ancien Régime unter bernischer Herrschaft stehenden Berner Aargau (Landvogteien Aarburg, Biberstein, Königsfelden, Lenzburg, Schenkenberg; Munizipalstädte Aarau, Brugg, Lenzburg, Zofingen) an, der sich für diesen Zeitraum durch eine beachtliche Aktivität lokaler Täufergemeinden und aus Mähren entsandter hutterischer Missionare, die zahlreiche Berner Untertanen ins verheissene Täuferparadies nach Mähren (heute Tschechien) führten, auszeichnete.

Die schweizerische Täuferbewegung ging ursprünglich aus der Zürcher Reformation hervor und erfasste 1525 das bernische Territorium. Die bernische Obrigkeit war im Ancien Régime zu keiner Zeit bereit, die Täufer auf dem eigenen Ter-

ritorium zu dulden, und versuchte, diese auf dem eigenen Territorium auszumerzen.

Die Arbeit nimmt sich der Frage an, wie das Täuferium im Berner Aargau langfristig trotz der anhaltenden Verfolgung durch die Berner Obrigkeit überleben konnte. Zur Beantwortung der Frage wurden hauptsächlich Aktenbestände der damaligen weltlichen und kirchlichen Behörden in Form von Ratsmanualen, Mandaten, Missiven, Chorgerichtsmanualen, Verhörprotokollen, Amtsrechnungen und Kirchenbüchern ausgewertet, die in den Staatsarchiven Bern und Aargau sowie in Gemeinde- und Kirchengemeindearchiven im Berner Aargau aufbewahrt werden. Nur wenige Dokumente aus der Feder der Täufer sind erhalten geblieben und konnten beigezogen werden.

Die Arbeit ist in vier Teile (Kapitel 2 bis 5) unterteilt. Nach einem einleitenden Kapitel stellt das zweite Kapitel den Untersuchungsraum mit seinen herrschaftlichen, kirchlichen und geographischen Verhältnissen und Besonderheiten vor, macht Angaben zur Entwicklung, dem Ausmass sowie der sozialen Verortung der Täuferbewegung im Berner Aargau und versucht abschliessend, die Attraktivität der Täuferbewegung zu erklären.

Die Studie kommt dabei zum Schluss, dass die Täuferbewegung zumindest regional und zeitlich einen signifikanten Teil der Bevölkerung erfassen konnte. Die Anzahl der Auswanderer nach Mähren ist im niedrigen vierstelligen Bereich anzusiedeln. Auch wenn viele der Auswanderer jung oder weiblich und von Subsistenznöten bedroht waren, waren die Hutterer bei breiten Teilen der Bevölkerung erfolgreich und konnten, anders als die lokalen Täufergemeinden, auch Anhänger bei der reformierten Geistlichkeit, Familien lokaler Amtsträger und Ratsherrenfamilien der Munizipalstädte gewinnen. Mit Blick auf die Motive der Auswanderer lässt sich feststellen, dass für einen Auswanderungsentscheid soziale und ökonomische Faktoren eine wesentlich wichtigere Rolle spielten als die Verfolgung der Täufer durch die Obrigkeit oder Affinitäten zu den Täufergemeinden.

Das dritte Kapitel nimmt sich der bernischen Täuferpolitik an. Die bernische Täuferpolitik war von verschiedenen Richtungswechseln geprägt. Phasen intensiver Verfolgung lösten sich mit Phasen relativer Duldung ab. Verschiedene Arten von Krisen (bspw. die Pest in den 1560er Jahren oder Unruhen auf der Landschaft in den 1640er und 1650er Jahren) und ein Anwachsen der Täuferbewegung konnten Verfolgungswellen auslösen.

Die intensive Auseinandersetzung mit den Täufnern führte zu einem sich wandelnden und realistischeren Täuferbild sowie sich verändernden Massnahmen in der Täuferpolitik. Griff man im 16. Jahrhundert auf die Todesstrafe zurück (Bern richtete drei bis vier Dutzend Täufer hin), inhaftierte man die Täufer ab den 1640er Jahren im Schallenberg und ab 1657 im neu errichteten Zucht- und Waisenhaus. Durch Landesverweis, Güterkonfiskation und ein „Kontaktverbot“ (Verbot, Täufer zu beherbergen, mit ihnen Gemeinschaft zu haben, ihnen Güter und Waren abzukaufen oder mit ihnen Verträge abzuschliessen) versuchte die Obrigkeit, die Täufer räumlich, sozial und wirtschaftlich auszugrenzen. Ebenfalls wurde die Disziplinierung von Kirchendienern und weltlichen Amtsträgern Teil der Täuferpolitik.

Konstatieren lässt sich eine generelle Uneinigkeit in der Einschätzung der bernischen Gesellschaft, welche Bedrohung von den Täufnern ausging und welche Massnahmen gegen sie vorzuziehen waren. Die limitierten Ressourcen, die der schwach ausgebauten bernischen Herrschaft in der Täuferbekämpfung zur Verfügung standen, wie

auch Interessen- und Loyalitätskonflikte der mit der Umsetzung der Täuferbekämpfung betrauten Amtspersonen führten dazu, dass die bernischen Täufergesetze auf der Landschaft nicht rigoros umgesetzt wurden. So eröffneten sich den als Täufer verfolgten Personen Spielräume.

Mit dem vierten und fünften Kapitel richtet die Arbeit ihr Augenmerk auf die von den bernischen Repressionen betroffenen Personen, die sich den Täufnern anschlossen oder mit diesen sympathisierten. Wie konnten diese den bernischen Repressionsversuchen trotzen?

Das vierte Kapitel setzt sich mit der hutterischen Mission auseinander. Während rund hundert Jahren (ab den 1540er Jahren bis zum Ausbruch des Dreissigjährigen Krieges und ab Ende der 1630er Jahre bis in die 1660er Jahre) durchstreiften hutterische Missionare das bernische Territorium. Die Geschichte der hutterischen Mission auf dem bernischen Territorium erweist sich dabei wesentlich als die Geschichte von ehemaligen Berner Untertanen, die als Sendboten hutterischer Gemeinden in ihre einstige Heimat zurückkehrten, um Verwandte und Bekannte mit sich nach Mähren zu führen. Die Missionare profitierten dabei von der Unterstützung von Sympathisanten, die – den obrigkeitlichen Mandaten zuwider – die Sendboten nicht bei Amtspersonen anzeigten, sondern diese vielmehr beherbergten und selber Bekannte zu hutterischen Predigten führten und zur Auswanderung motivierten.

Das fünfte Kapitel wendet sich all denjenigen Personen zu, die sich trotz widriger Bedingungen an die lokalen Täufergemeinden in ihrer Heimat zu halten versuchten. Sie gingen Kompromisse ein und nutzten Schlupfwinkel aus. Sie schufen sich auf diese Weise Spielräume, innerhalb derer sie geduldet wurden. Sie profitierten dabei wesentlich von den sozialen Netzwerken der „Früntschaft“, in die sie trotz den Absonderungstendenzen der lokalen Täufergemeinden und den Isolationsversuchen der bernischen Obrigkeit weiterhin eingebunden waren. Die „Früntschaft“ schützte die Täufer vor den Repressionsversuchen der Obrigkeit, nahm aber die Absonderung der Täufer nicht einfach hin und trug zu deren Integration in die vormoderne Gesellschaft bei.

Der Druck und der Einfluss, die von verschiedener Seite auf die Täufer ausgeübt wurden, führten zu Wandlungen in der lokalen Täuferbewegung. So wehrten sich die Täufer in der Hoffnung

auf Duldung ab dem 17. Jahrhundert nicht mehr gegen die Taufe ihrer Kinder, schickten diese in die reformierte Kinderlehre und zogen sich immer mehr in Weiler und abgelegene Höfe zurück. Paradoxerweise ermöglichten solche Adaptionstrategie

das Überleben der Täufer auf dem bernischen Territorium, trugen aber auch zu deren zahlenmäßigen Dezimierung bei. Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts verschwand die Täuferbewegung aus dem Berner Aargau.



Nicole Stadelmann

Ökonomie in der Werkstatt?

Das Wirtschaften und Haushalten St. Galler Handwerkerfamilien im 17. und 18. Jahrhundert

Dissertation bei Prof. Dr. André Holenstein und Prof. Dr. Stefan Sonderegger

Die Stadt St. Gallen wird aufgrund des weltumspannenden Handels ihrer Textilkauflleute in der historischen Forschung vorwiegend als reiche Handelsstadt beschrieben. Diese reiche Elite prägt auch die geschichtliche Forschung zur Stadt. Zum Leben und Auskommen der Mehrheit der St. Galler und St. Gallerinnen – der Handwerkerfamilien – besteht dagegen eine Forschungslücke. Zwei Drittel der Bürgerschaft St. Gallens waren nämlich in der handwerklichen Produktion tätig.

Ziel der Studie ist es, das Wirtschaften und Haushalten der St. Galler Handwerkerfamilien im 17. und 18. Jahrhundert zu untersuchen. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei nicht isoliert die männlichen Handwerksmeister als Werkstattleiter, sondern die handwerklichen Familienökonomien. Gleichzeitig nimmt die Untersuchung die gesamte städtische Produktion, also sowohl die zünftige wie auch die ausserzünftige Wirtschaft, in den Blick. Dadurch wird die Arbeit der Ehefrauen und Töchter überhaupt erst sichtbar. Konzeptionell nimmt die Untersuchung Impulse aus der Forschung zur Protoindustrialisierung, der Geschlechter-, Familien-, Haus- und Prekariatsgeschichte sowie aus der jüngeren städtischen Handwerks- und Gewerbegegeschichte auf. Das Forschungskonzept der Untersuchung basiert auf zwei Ebenen: einer qualitativen und einer quantitativen. In einer prosopographischen Datenbank wurden Steuerbücher und Bürgerregister quantitativ ausgewertet und damit 3238 Stadtbürger erfasst, die zwischen 1680 und 1731 steuerpflichtig waren. Damit wird die sozioökonomische Verortung der Handwerkerfamilien

St. Gallens im untersuchten Zeitraum möglich. Im zweiten, analytischen Hauptteil werden die Angaben aus der Datenbank mit einer alltags- und mikrohistorischen Untersuchung von sechs ausgewählten, gut dokumentierten Handwerkerfamilien verknüpft.

Die Handwerker reagierten mit unterschiedlichen Strategien auf das sie umgebende ökonomische Milieu. Herausgearbeitet werden konnten drei unterschiedliche Muster handwerklicher Ökonomien, die im 17. und 18. Jahrhundert parallel existierten. Die Übergänge zwischen diesen einzelnen Mustern waren in der Realität fließend und keineswegs statisch. Allen drei Typen ist die Diversifizierung der Einkommensstruktur gemein, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen.

Der erste Typ handwerklicher Wirtschaft war geprägt von Pluriaktivität, Lohnarbeit und räumlicher Mobilität. Einzelpersonen und Familienmitglieder gingen gleichzeitig verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten nach. So stammten die Einnahmen dieser Haushalte meist aus mehreren ganz unterschiedlichen Quellen. Vor allem Ehefrauen und Töchter verdienten dabei häufig als Lohnarbeiterinnen in der ausserzünftigen Wirtschaft unabhängig von ihren Ehemännern und Vätern Geld. Der Bereich der ausserzünftigen Wirtschaft bot diesen Familien Möglichkeiten, mehrere Handwerke miteinander zu kombinieren. Lohnarbeit und selbstständige Produktion existierten dabei parallel und wurden kombiniert mit weiteren Tätigkeiten. Extrem hohe Mobilität in einem umfassenden, das heisst nicht nur in einem

räumlichen, sondern auch in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sinn zählte neben der Lohnarbeit zu den Charakteristika dieses Typs.

Der zweite Typ handwerklichen Wirtschaftens reagierte ebenfalls flexibel auf die ökonomischen Rahmenbedingungen. Im Unterschied zum ersten Typ besaßen Handwerkerfamilien des zweiten Typs aufgrund ihrer grösseren Vermögenswerte mehr Spielraum, um ihre Ökonomien zu diversifizieren. Charakteristisch für das zweite Muster handwerklicher Wirtschaft waren gut laufende Familienbetriebe, die Arbeit der Ehefrauen und Töchter in der Familienwerkstatt, Mitgliedschaften in gewerblichen Zünften, Auflehnung gegen zünftige Beschränkungen der Produktionskapazitäten, ausgeprägte Kredit- und Beziehungsnetzwerke zu reichen Stadtbürgern, Land- und Immobilienbesitz sowie der Verzicht auf Lohnarbeit und auf die fehlende freiwillige Migration anlässlich und nach der Heirat.

Der dritte Typ handwerklicher Ökonomie ähnelte jenem des zweiten Typs stark. Die Diversifizierungsstrategien waren dieselben. Hinzu kam allerdings ein höheres soziales Kapital, das entweder auf der Ausübung eines Ehrenamtes basierte oder mit der grundlegenden Verlagerung des Arbeitsalltags hin zum Handwerksverlag und zum Handel einherging. Diese eigentlichen „Herren“ im Handwerk zählten zur höchsten Gruppe innerhalb des „Handwerkerstands“. Sie waren Zunftvorstände, Ratsmitglieder oder Handwerksverleger, die andere die Handarbeit erledigen liessen und sich selbst mit Buchhaltung, der Organisation des Verlags und dem Verkauf ihrer Produkte beschäftigten. Auch hier wurde auf Lohnarbeit und Migration verzichtet.

Die Strategie, wie Handwerker in einer Wirtschaft der Knappheit und in einer zunftverfassten Stadt ihren Alltag bestritten, liegt – das kann die Studie zeigen – in der Mobilität, Diversifikation und anpassungsfähigen Familienwirtschaft. Der Fokus auf eine offene Familienwirtschaft ermöglichte es, diese flexiblen handwerklichen Ökonomien zu erfassen, da damit nicht nur einzelne Handwerker, sondern ganze Haushalte ins Zentrum der

Untersuchung rückten. Die handwerklichen Familienökonomien kombinierten Selbstständigkeit mit Lohnarbeit, ausserzünftige mit zünftiger Wirtschaft und handwerkliche Produktion mit Handel, Bewirtung und Landwirtschaft. Der Beitrag der Arbeit zur deutschsprachigen Handwerks- und Zunftforschung liegt in der Zusammenführung der zünftigen und ausserzünftigen Produktion. Dadurch wird eine Dichotomisierung zwischen Zunftwirtschaft und der oft marginalisierten Form der ausserzünftigen Produktion vermieden und stattdessen eine ganzheitliche Sichtweise eingenommen. Beide Bereiche waren eng verwoben und sind im handwerklichen Alltag kaum voneinander zu trennen.

Nur mit dieser Zusammenführung wird auch die Arbeit der Frauen in der Produktionssphäre, die keinesfalls unbedeutend war, sichtbar und untersuchbar. Die mikrohistorische Analyse der einzelnen Akteure und Akteurinnen leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Frauen- und Geschlechtergeschichte in einem Bereich, der zu den Forschungsdesideraten zählt: Die Arbeit verheirateter Frauen und lediger Töchter in der handwerklichen, frühneuzeitlichen Produktion.

Für die Regionalgeschichte und die Stadtgeschichte von Interesse ist der Befund, dass der Anteil der Handwerker an der Gesamtbevölkerung sehr hoch war und auch in einer zunftverfassten Stadt ein grosser Teil der Produktion im bislang nicht beachteten ausserzünftigen Sektor stattfand. Dies erweitert die Perspektive der bisherigen Forschung, welche St. Gallen einerseits allzu stark als Stadt von Textilhändlern betrachtet, andererseits die unterschiedlichen Ausprägungen von gewerblichen Zünften nicht beachtet und diese mit den politischen Zünften gleichsetzt.

Auf der Ebene der allgemeinen Geschichte ist das Ergebnis hervorzuheben, dass Handwerkswirtschaft stark Familienwirtschaft war, in der Väter, Mütter, Söhne und Töchter mitarbeiteten. Zu den hervorstechendsten Charakteristiken gehörte eine hohe geografische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Mobilität und Agilität.



Todesstrafen für 17 „Landesverräter“ durch die Schweizer Militärjustiz während des Zweiten Weltkrieges

Dissertation bei Prof. em. Dr. Brigitte Studer und Prof. Dr. Christof Dejung

Zwischen 1942 und 1945 fällten Schweizer Militärgerichte 33 Todesurteile, wovon 17 vollstreckt wurden. 15 Todesurteile wurden in Abwesenheit der Angeklagten gefällt, ein Verurteilter wurde begnadigt. Sämtliche Todesurteile erfolgten aufgrund von Militärspionage zu Gunsten des nationalsozialistischen Deutschlands.

Ausgehend von einem Verständnis, welches das Recht als kulturelle und soziale Kategorie auffasst, macht dieses Forschungsprojekt die militärjuristischen Hinrichtungen während des Zweiten Weltkrieges zur Ausgangslage einer historischen Betrachtung der Todesstrafe, welche konkrete Fragen rund um diese Exekutionen mit einer Analyse längerfristiger Entwicklungen verbindet. Das Hauptkenntnisinteresse liegt dabei auf den Beweggründen und Legitimationen für diese Hinrichtungen, fragt wer davon betroffen war sowie welche Bedeutungen diese Todesstrafen für die Gesellschaft hatten. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden verschiedene Archivbestände ausgewertet, insbesondere Akten der Militärjustiz sowie weiterer militärischer und politischer Institutionen im schweizerischen Bundesarchiv. Die kombinierte Betrachtung der militärstrafrechtlichen und der zivilstrafrechtlichen Todesstrafe über einen längeren Zeitraum hat sich als fruchtbar erwiesen, um die Fragen nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Geschichte der Todesstrafe zu beantworten.

Die 17 Hinrichtungen, die innerhalb von wenigen Jahren und auf Basis des Militärstrafgesetzbuches (MStG) erfolgten, waren ein einmaliges Phänomen in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates. Seit 1848 gab es ansonsten keine militärgerichtlichen Exekutionen. Und seit 1879 wurden bis zum Inkrafttreten des bürgerlichen Strafgesetzbuches (StGB), das die Todesstrafe im zivilen Bereich ab 1942 bundesweit untersagte, lediglich 9 Hinrichtungen vollzogen.

Die kombinierte Analyse der Entstehungsgeschichte des MStG 1927 und des StGB 1938 zeigte, dass beide Gesetzbücher als Produkt desselben Entwicklungsprozesses gesehen werden müssen.

Auch der Umgang mit der Todesstrafe wurde in beiden Gesetzbüchern massgeblich von denselben politischen und juristischen Akteuren geprägt.

Die vorherrschende Auffassung war, dass die Todesstrafe in Friedenszeiten sowohl im StGB als auch im MStG (inklusive juristischen Aktivdienstzeiten) nutzlos und verwerflich sei. Für den Kriegsfall wurde die Todesstrafe im MStG 1927 jedoch als Möglichkeit beibehalten, weil diese Strafe für die Disziplinierung von Soldaten mit Todesangst an der Front im Vergleich zu einer lebenserhaltenden Freiheitsstrafe als effektiver angesehen wurde. Ausserdem waren Juristen, Offiziere und Politiker in der Zwischenkriegszeit der Ansicht, die Soldaten und die Bevölkerung würden nicht verstehen, wenn Saboteure, Spione und „Landesverräter“ in Kriegszeiten nicht hingerichtet würden, da deren Delikte in Kriegszeiten das Leben anderer sowie das Überleben der Nation gefährdeten.

Ende Mai 1940 erfolgte die im ordentlichen Gesetz nicht vorgesehene Inkraftsetzung der Todesstrafe für Spionage- und Sabotagedelikte durch eine bundesrätliche Vollmachtenverordnung.

Im April und Mai 1940 herrschte in der Schweiz – auf allen Ebenen – die Angst vor einem deutschen Angriff, der in Verbindung mit Sabotage, Spionage und Verrat von bisher unbekanntem Ausmass imaginiert wurde. Unter diesen – als neuartig wahrgenommenen – Umständen, erhofften sich einige militärische Akteure von der Todesstrafe eine zusätzliche Abschreckungswirkung. Insbesondere erhofften sich die an der Inkraftsetzung der Todesstrafe Beteiligten eine positive Wirkung auf die Bevölkerung und die Soldaten, da die Todesstrafe die entschlossene Verteidigungsbereitschaft politischer und militärischer Landesvertreter zum Ausdruck bringen sollte. Die als nützlich beurteilte Todesstrafe war auch in der Zwischenkriegszeit bei militärischen, juristischen und politischen Akteuren mehrheitsfähig.

Verändert haben sich 1940 nicht in erster Linie die Konzeptionen oder der Einfluss unterschiedlicher Akteure, sondern die Situation und ihre Wahrnehmung.

Nach der Inkraftsetzung der militärstrafrechtlichen Todesstrafe vergingen mehr als zwei Jahre bis zu ihrer erstmaligen Anwendung im Herbst 1942. Die deutsche Militärspionage gegen die Schweiz intensivte sich ab Sommer 1940. Erst ab Ende 1941 wurden die ersten grösseren Spionageringe aufgedeckt, ihre Aburteilung nahm 1942 sukzessive zu, erreichte den quantitativen Höhepunkt aber erst im Jahr 1944. Aufgrund der sich mehrenden Spionageurteile verstärkte sich die Presseaufmerksamkeit für diese Fälle, die überwiegend deutsche Spionage gegen die Schweiz betrafen. Als Anfang 1942 publik wurde, dass in einem geheimen Spionageprozess verurteilte Frontenführer nach Deutschland hatten fliehen können, weil sie auf Kautionsfreilassung freigelassen worden waren, verstärkte sich die Kritik an den militärischen und auch politischen Behörden nachhaltig. Der sich auch ins bürgerliche Lager ausbreitende Vorwurf lautete, die verantwortlichen Behörden und namentlich die Militärjustiz würden gegenüber Frontisten und Nationalsozialisten mit unverantwortlicher Zurückhaltung agieren. In diesem Kontext hielt der höchste Militärjurist die militärischen Grossrichter im Sommer 1942 dazu an, nun Todesurteile auszusprechen.

Bei unterschiedlichen Akteuren finden sich verschiedene Beweggründe zur Befürwortung der Todesstrafe, beispielsweise Rachemotive oder die Hoffnung auf eine Abschreckungswirkung. Der zentrale Beweggrund für die einflussreichsten Akteure wie den Armeeauditor oder den General war aber die anhand der Todesurteile symbolisierte Botschaft an die Bevölkerung und die Soldaten, dass die Militärjustiz gegen die gefährliche deutsche Spionage entschlossen durchgreife. In der Folge wurden zwischen 1942 und 1944 16 Schweizer und ein Liechtensteiner als „Landesverräter“ hingerichtet.

Eine Analyse von 344 militärgerichtlichen Spionageurteilen zeigte, dass Deutsche nie hingerichtet wurden, obschon sie verschiedentlich schwerwiegender delinquent hatten als exeku-

tierte Schweizer. Bei sehr schwerwiegenden Tatbeständen wurden nicht nur Schweizer aus den unteren Schichten zum Tod verurteilt und hingerichtet. Unterschichtsangehörige wurden aber für verhältnismässig geringfügige Delikte hingerichtet, während Schweizer aus höheren Schichten für vergleichbare Tatbestände nicht zum Tod verurteilt wurden. Alle zum Tod Verurteilten waren Männer. Von den rund 10% weiblichen Verurteilten delinquenten zwar einige wenige Schweizerinnen in einem Ausmass, das bei Schweizern zumeist ein Todesurteil zur Folge hatte, doch wurden sie aufgrund ihres Geschlechts nicht zum Tod verurteilt.

Im Herbst 1942 dominierten die ersten Todesurteile über Wochen die öffentlichen Debatten in der Schweiz und mindestens 30 verschiedene Presseorgane befürworteten in redaktionellen Stellungnahmen die bevorstehenden Hinrichtungen. Vor den ersten Begnadigungsentscheiden der Vereinigten Bundesversammlung sprachen sich auch Autoritäten wie General Henri Guisan, der Theologe Emil Brunner oder der Gesamtbundesrat öffentlich für den Vollzug der Todesurteile aus. Auch das Parlament stimmte den Exekutionen grossmehrheitlich zu. Aufgrund der breiten Zustimmung entwickelte sich die Selbstlegitimation von politischen und militärischen Akteuren anhand der Befürwortung der Hinrichtungen und der damit gekoppelten Widerstandsbereitschaft zu einer nationalen Integration *ex negativo*.

Da die Botschaft eines entschlossenen Durchgreifens gegen Frontismus und deutsche Spionage ein zentraler Beweggrund für die Anwendung der Todesstrafe war und diese Botschaft von der Presse und laut militärischen Erhebungen auch von der breiten Bevölkerung in der gewünschten Form aufgefasst wurde, hielten die Hinrichtungen bis im Dezember 1944 an. Dies geschah, obschon gut informierte Politiker und Offiziere wussten, dass die deutsche Militärspionage seit Sommer 1942 stark reduziert und ab Sommer 1943 weitgehend eingestellt worden war.



Thomas Ammann

Bahnboom beim Bodensee

Die Entwicklung des Thurgauer Eisenbahnnetzes bis zur Vollendung der Stammlinien 1911

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

2018 legten Reisende in der Schweiz über 21 Milliarden Kilometer mit dem Zug zurück. Die Schweiz ist damit in Europa mit grossem Abstand Spitzenreiterin. Die Basis dafür, dass die Eisenbahn diese einzigartige Stellung im Land einnehmen konnte, wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschaffen. Über 3700 Kilometer Schienen wurden zwischen 1847 und 1900 verlegt. Eine zentrale Rolle in dieser Entwicklung übernahm die Schweizerische Nordostbahn (NOB). Sie sorgte auch für eine im schweizweiten Vergleich frühe Erschliessung des Kantons Thurgau mit der Eisenbahn dank der Linie von Winterthur nach Romanshorn, welche 1855 eröffnet wurde.

Die Masterarbeit nimmt sich der Frage an, wie sich der Thurgau in dieser Pionierphase mit der Eisenbahn auseinandersetzte und zeichnet die Entwicklung des Eisenbahnnetzes bis zur Vollendung des Stammnetzes 1911 detailliert nach. Dabei wird auch untersucht, welche Rahmenbedingungen, Faktoren und Ursachen den Ausbau des Schienennetzes prägten. Basis für die Forschung bilden in erster Linie Quellen der verschiedenen Akteure, insbesondere von Initiativkomitees, Politikern, Behörden und Eisenbahnunternehmen. Das Material reicht von Protokollen und Korrespondenzen über Geschäftsberichte bis hin zu Gutachten und Zeitungsartikeln. Methodisch bedient sich die Arbeit weitestgehend an der gängigen historisch-hermeneutischen Vorgehensweise in der Geschichtswissenschaft. Dabei bleibt die Perspektive bewusst lokal begrenzt.

Dank der Thurtalstrecke nach Romanshorn sowie der Linien Winterthur-Schaffhausen und Winterthur-Rorschach kamen der Kanton Thurgau und die angrenzenden Gebiete früh in Kontakt mit dem neuen Massentransportmittel. Doch anstatt von der frühen Erschliessung und der im Güterverkehr bedeutenden Stellung als Transitland zu

profitieren und den anhaltenden Bahnboom in der Pionierphase zu nutzen, warf eine jahrelange Auseinandersetzung über die Linienführung der ersten Zweigbahn von Rorschach nach Konstanz den Kanton in den 1860er Jahren weit zurück. Es handelte sich um eine politische Fehde, dessen Zechen am Ende das Volk zu zahlen hatte. Erst 1871 konnte die komplette Bodenseeuferbahn eröffnet werden.

Die Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen rund um die Etablierung der *Demokratischen Bewegung* führten ab 1872 zu einer neuen staatlichen Interventionspolitik, die eine kurze, ausgeprägte Boomphase im Eisenbahnbau im Kanton Thurgau einläutete. Die Nordostbahn ging in mehreren Kantonen Verpflichtungen zur Erstellung von insgesamt 346 Kilometern Streckennetz ein – bei einem Gesamtnetz von 292 Kilometern. Gleichzeitig entstand mit der Schweizerischen Nationalbahn ein primär durch die öffentliche Hand finanziertes Bahnunternehmen, welches 1875 die für den Kanton Thurgau eminent wichtigen Linien Winterthur-Singen und Stein am Rhein-Kreuzlingen eröffnete. 1876 ging mit der Bischofszeller Bahn zudem eine erste Verbindungslinie vom Thurtal nach St. Gallen in Betrieb.

Zu diesem Zeitpunkt schlitterte der Eisenbahnbau im Zuge der aufkommenden *Grossen Depression* jedoch bereits in eine finanzielle Krise. An dessen Ende waren die Nationalbahn und die Bischofszeller Bahn liquidiert respektive an die Nordostbahn übergegangen, die NOB selbst jedoch gezwungen, ihre ambitionierten Bauvorhaben durch den Bund sistieren zu lassen.

Der Rückkauf der Nordostbahn und vier weiterer Privatbahnen durch den Bund um die Jahrhundertwende verhalf den Thurgauer Eisenbahnbestrebungen schliesslich zu einem letzten Aufschwung, der in der Eröffnung der Boden-

see-Toggenburg-Bahn (1910) und der Mittel-Thurgau-Bahn (1911) gipfelte.

Die Aufarbeitung zeigt, dass die Entwicklung des Thurgauer Eisenbahnnetzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einigen Wendungen unterworfen war. Doch auf welche Ursachen, Motive und Gegebenheiten sind die Ausbausritte im Kanton zurückzuführen? Waren im Thurgau primär wirtschaftliche Motive ausschlaggebend für die Entscheidung, welche Linien realisiert wurden? Diese These findet in der Fachliteratur über die nationale Eisenbahntwicklung weite Verbreitung. Oder spielten im Kanton Thurgau, der über kein wirtschaftliches Zentrum verfügte, möglicherweise andere Aspekte eine Rolle? Im Blick zurück und in der Erörterung dieser Frage offen-

baren sich einige lokal bedeutende Aspekte, welche die Ausbausritte wesentlich beeinflussten. Bemerkenswert sind insbesondere die Dominanz und Omnipräsenz der Nordostbahn, die starke politische Komponente in den Aushandlungsprozessen, die stets von Abhängigkeitsverhältnissen geprägte Finanzierung der Bahnanlagen, die lange Zeit passive Rolle der Kantonsregierung, das ausgeprägte Engagement der Zivilbevölkerung und die entscheidenden Veränderungen auf der rechtlichen Ebene.

Konstatieren lässt sich abschliessend, dass sich im Thurgau die Bevölkerung, die Industrie und der Aussenhandel zwischen 1870 und 1910 stark entwickelten – und auf diesen Wandel hatte die Eisenbahn einen entscheidenden Einfluss.



Sandro Andreatta

YouTube macht Geschichte(n)

Die Möglichkeiten der digital konstruierten Antike

Masterarbeit bei Prof. em. Dr. Thomas Späth

Die vorliegende Masterarbeit untersucht YouTube-Videos mit historischen Inhalten, die den Spartacusaufstand 73–71 v. Chr. thematisieren, mit dem Ziel, unter rezeptionsgeschichtlichen Gesichtspunkten ein Antikebild aus den Videoquellen herauszuarbeiten, und dieses mit den Geschichtsdarstellungen aus gängigen wissenschaftlichen Handbüchern und Lexika zu vergleichen. So lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den digitalen Darstellungen auf YouTube und den textuellen der wissenschaftlichen Nachschlagewerke herauskristallisieren.

Da es nur wenige geschichtswissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Schnittstelle von YouTube und Geschichte gibt, erstellte der Autor ein Analyseraster, das sich thematisch an bereits bestehenden rezeptionsgeschichtlichen Arbeiten orientierte, die sich mit dem Thema „Spartacus“ in anderen Massenmedien, vor allem dem Film, beschäftigen haben. Im begrenzten Rahmen der Masterarbeit wurde das Antikebild anhand der Kriterien „Sklaverei“, „Heldentum“ und „Fremdheit“ untersucht.

Das Quellenkorpus umfasst insgesamt 11 Videos, die alle über 1000 und bis zu 3 800 000 Mal aufgerufen und auf Deutsch oder Englisch veröffentlicht worden sind. Diese Videos wurden in ein primäres und ein sekundäres Quellenkorpus eingeteilt. Dabei bildeten die drei Videos des primären Quellenkorpus, die mit Abstand am häufigsten angeschaut worden sind, den eigentlichen Untersuchungsgegenstand, während die Videos des Sekundärkorpus vor allem zu Vergleichszwecken herangezogen wurden.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Plattform YouTube eine extreme Varietät an Antike- und Geschichtsbildern vorweist, daher sind Generalisierungen, vor allem in Anbetracht der wenigen Quellen, die im Rahmen einer solchen Arbeit untersucht werden können, mit Vorsicht zu geniessen. Innerhalb der untersuchten Quellenkorpora haben sich jedoch einige Konstanten herauskristallisiert: Erstens wird die antike Sklaverei konzeptionell kaum von der (früh)neuzeitlichen Institution unterschieden, dabei wird aufkläreri-

sches Gedankengut wie das Prinzip, dass jedes Individuum ein Recht auf Freiheit habe, in der Regel in die Antike hineinprojiziert. Oftmals erscheinen die Römer dabei als die bösen Sklavenhalter und die Sklaven als unterdrückte homogene Schicht.

Zweitens wird Spartacus, im Gegensatz zur Antike, in der er per se nicht als positives *exemplum* gelten konnte, als Held, also als vorbildhafter Charakter, wahrgenommen. Wie der „Held“ Spartacus verstanden wird und wofür er steht, gestaltet sich aber sehr unterschiedlich: Spartacus kann ein Held für die Freiheit und die Unterdrückten sein, aber auch einfach ein pragmatisch agierender General. Zuweilen wird er auch einfach als literarische Konstruktion sichtbar gemacht, die nur anhand der Darstellungen von Appian und Plutarch Konturen gewinnt. Spartacus ist aber stets positiv konnotiert und im Gegensatz zu den antiken Quellen, die sich vor allem mit Crassus und Pompeius beschäftigen, immer der Mittelpunkt der Geschehnisse. Dass Spartacus aber erst seit der frühen Neuzeit als positive Figur verstanden wurde (als Plutarchs Doppelbiographien auf Englisch, Spanisch, Französisch und Deutsch übersetzt wurden), wird jedoch nicht in Betracht gezogen.

Drittens wird die Antike grundsätzlich nicht als etwas Fremdes wahrgenommen. Es gibt zwar Ansätze wie das Verwenden von lateinischen Termini (*ludus*, *lanista* etc.) oder das Aufgreifen antiker Kunst, um die Antike als fremd erscheinen zu lassen, aber die Versuche bleiben rudimentär. Der

Gesamteindruck, den die Videoquellen abgeben, ist, dass die Antike als etwas durchaus Verständliches wahrgenommen wird.

Ein weiteres Teilergebnis der Analyse war, dass YouTube-Videos sich visuell und inhaltlich gerne an Computerspielen, Kinofilmen, TV-Serien, E-Books und anderen digitalen Medien orientieren. Somit entsteht das digitale Antikebild auf YouTube innerhalb einer anderen intertextuellen Umgebung als textuelle Darstellungen in wissenschaftlichen Nachschlagewerken.

In einem letzten Schritt wurden die Resultate der Quellenanalyse mit Geschichtsdarstellungen aus wissenschaftlichen Nachschlagewerken verglichen. Dabei zeigte sich, dass gängige Nachschlagewerke wie das *Lexikon der Alten Welt*, *The Cambridge Ancient History*, das *Handbuch der klassischen Altertumswissenschaften*, die *Encyclopedia of the Ancient World* oder *The Oxford Classical Dictionary* Antikebilder ausgestalten, die jenen der YouTube-Videos durchaus ähnlich sind. Die Freiheitsnarrative, die positiven Beschreibungen oder gar Heroisierungen von Spartacus (die immer eine spezifische Quellenauswahl bedingen) und die positivistische Darstellung des Spartacusaufstandes (trotz der widersprüchlichen und dünnen Quellenlage) sind Kernbestandteil von vielen wissenschaftlichen Nachschlagewerken; eine klare Ausnahme bildete innerhalb der untersuchten Nachschlagewerke nur der *Neue Pauly*.



Desirée Besomi

Die Macht der Familie Beroldingen in den ennetbirgischen Vogteien im 18. Jahrhundert am Beispiel des Land- und Gerichtsschreibers Johann Sebastian Pellegrin Beroldingen

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Das eidgenössische Regierungssystem des Ancien Régime war aufgrund seines politischen Polyzentrismus durch große Komplexität gekennzeichnet. Da es nur sehr schwache staatliche Strukturen gab, waren Einzelpersonen, Familien und Netzwerke von großer Bedeutung. In den

italienischen Vogteien erlangte eine kleine Gruppe lokaler Familien das Monopol auf politische Ämter, begünstigt durch die Politik der Zwölf Orte, die durch die Zusammenarbeit mit den lokalen Machteliten der Region Kontinuität und Stabilität anstrebten. Mit der Konsolidierung der

eidgenössischen Herrschaft über die italienischen Landvogteien begannen viele mächtige Familien aus der Zentralschweiz, Vermögen und Kapital dorthin zu verlegen, ein immer dichteres Netz von Beziehungen und Geschäften zu knüpfen und Teil der lokalen Führungsschicht zu werden.

Die Studien *A cavallo delle Alpi: Ascese, declini e collaborazioni dei ceti dirigenti tra Ticino e Svizzera centrale (1400–1600)* von Leonardo Broillet und *Famiglie e potere: il ceto dirigente di Lugano e Mendrisio tra Seicento e Settecento* von Marco Schnyder zeigen, dass die lokalen Beamten (vor allem die Landschreiber), wenn sie enge Beziehungen zur lokalen Gesellschaft unterhielten und aufgrund ihrer öffentlichen Rolle, eine Macht erlangten, die jene des Landvogts weit übertraf, der wenig integriert war und nach einigen Jahren die Vogtei wieder verliess.

An dieser Stelle setzt die Masterarbeit an. Sie befasst sich mit der Urner Familie Beroldingen, von der sich ein Zweig dauerhaft in den Landvogteien von Lugano und Mendrisio niederliess, wo sie fast zwei Jahrhunderte lang das Amt des Landschreibers innehatte. Im Mittelpunkt steht der Land- und Gerichtsschreiber sowie Dolmetscher Johann Sebastian Pellegrin Beroldingen (1700–1780), dem es gelang, seine Ämter trotz zahlreicher Angriffe zu verteidigen. Ziel dieser Studie war es zu verstehen, wie Beroldingen seine Position behaupten konnte. Durch die Analyse von Archivquellen sowohl aus dem Tessin (Bellinzona, Lugano, Mendrisio, Balerna) als auch aus der Deutschschweiz (Zürich, Luzern, Bern, Basel, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Uri) konnten die Konflikte der Jahre 1722–1724, 1741–1745 und 1757–1758 sowie die Grundlagen von Berol-

dingens Macht (Familie und Titel, Ausbildung, Heiratsbündnisse, wirtschaftliche Macht, Kunden- und Kreditnetzwerke) im Detail rekonstruiert werden. Ergänzend zum lückenhaften Familienarchiv wurden auch die Überlieferung lokaler Institutionen und die Fonds anderer Familien berücksichtigt.

Die Arbeit zeigt, dass Johann Sebastian Pellegrin Beroldingen auf beiden Seiten der Alpen wichtige Verbündete hatte, nicht nur wegen seines persönlichen Ansehens, sondern vor allem wegen seiner Zugehörigkeit zur Familie Beroldingen und den Heiratsverbindungen der Familie. Seine Präsenz vor Ort und seine Nähe zur lokalen Bevölkerung gründeten auch auf dem Besitz von Grundstücken und Häusern in der ganzen Region von Mendrisio, die er dank seiner Einkünfte aus dem Weinhandel und aus politischen Ämtern erwarb und die ihm auch den Aufbau von Kreditbeziehungen erlaubten.

All dies hätte jedoch nicht ausgereicht, wenn er nicht Landschreiber gewesen wäre. Als Landschreiber kannte er alle Rechtsangelegenheiten und wusste um alle Spannungen, Rivalitäten, Bündnisse und Missgunst, die innerhalb der Vogtei herrschten und konnte dementsprechend die richtigen Leute einsetzen oder sie, wenn nötig, gegeneinander aufhetzen. Seine Stelle als Landschreiber hat ihm viel Neid eingebracht, gleichzeitig hat sie es ihm ermöglicht, sich gegen alle Anschuldigungen durch Beweise zu wehren und seine Position als Dolmetscher und Gerichtsschreiber zu behalten. Landschreiber zu sein, scheint also die größte Stärke von Johann Sebastian Pellegrin Beroldingen gewesen zu sein.



Il Ticino e l'8 settembre 1943

Conseguenze politiche, sociali, culturali, spirituali ed economiche dell'armistizio italiano a Cassibile

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Italien und den Alliierten in Cassibile war ein wichtiger Wendepunkt für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs. Mit der Unterzeichnung des Vertrags akzeptierte General Giuseppe Castellano im Namen von Pietro Badoglio die bedingungslose Kapitulation Italiens vor den alliierten Mächten und den damit verbundenen Ausstieg aus dem Bündnis mit Hitlerdeutschland. Die italienische Illusion, sich aus dem Konflikt zurückziehen zu können und so zumindest teilweise einer drohenden und ruinösen Niederlage zu entgehen, hatte wesentlich dramatischere Konsequenzen als viele erwartet hatten. Die öffentliche Bekanntgabe des Waffenstillstands am 8. September 1943, die anschliessende Auflösung der italienischen Streitkräfte und die folgende Besetzung eines grossen Teils der Halbinsel durch nationalsozialistische Verbände verwandelten Italien für fast zwei Jahre in ein riesiges und blutiges Schlachtfeld mit schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung und das Militär.

Die vorliegende, auf Italienisch verfasste, Masterarbeit legt den Fokus jedoch nicht in erster Linie auf die italienische Halbinsel, sondern analysiert vor allem die politischen, sozialen, kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Kanton Tessin, der aufgrund seiner geografischen und kulturellen Nähe von der Flucht vieler Italienerinnen und Italiener unweigerlich und massiv betroffen war. Welche Auswirkungen hatten der Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten und der darauffolgende Flüchtlingsstrom auf das politische, soziale, wirtschaftliche, geistige und kulturelle Leben des Kantons Tessin in den Monaten unmittelbar nach seinem Inkrafttreten und bis zur Beendigung der Kampfhandlungen in Italien?

Zur Beantwortung dieser Frage analysiert die Arbeit eine Vielzahl von Literatur und Quellen mit dem Ziel, ein umfassenderes Bild zu gewinnen als es in der bisherigen Forschung besteht. Die hauptsächlich benutzten Quellen sind die wich-

tigsten Tessiner Zeitungen der damaligen Zeit, die auf der digitalen Plattform des Tessiner Bibliothekssystems oder im Staatsarchiv des Kantons Tessin in Bellinzona eingesehen werden können. Da diese Zeitungen mehr oder weniger offiziell mit den Parteien verbunden waren oder bestimmten Strömungen nahestanden, konnte die Arbeit die verschiedenen Positionen der damaligen politischen Akteure herausarbeiten. Zudem ermöglichten sie auch einen Einblick in das politische Klima der Zeit und in die Art und Weise, wie die Bevölkerung im Tessin über diese Konsequenzen der kriegsbedingten Ereignisse informiert wurde.

Neben Zeitungsartikeln besteht das Quellenkorpus der Arbeit aus Tagebüchern, Briefen und weiteren Zeugnissen von Zeitgenossen, darunter Politiker, Flüchtlinge und Soldaten. Ein grosser Teil davon ist in gedruckter Form leicht zugänglich und zeigt die verschiedenen Standpunkte der beteiligten Personen sowie deren Wahrnehmung der Ereignisse auf.

Der dritte und letzte Teil des Quellenkorpus besteht aus hauptsächlich im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern aufbewahrten Protokollen, Berichten und politischen Mitteilungen zum Umgang mit Flüchtlingen, zu ihrer Aufnahme und die damit zusammenhängenden Problemstellungen. Wertvoll sind hier der sogenannte *Bericht Schürch* und vor allem der in den 1950er Jahren im Auftrag des Bundesrates erstellte zusammenfassende Bericht des Juristen Carl Ludwig zur schweizerischen Flüchtlingspolitik. Für die Arbeit erhob der Autor auch einige nützliche statistische Daten, so zur Anzahl der Flüchtlinge, die im Berichtszeitraum im Tessin ankamen, oder zu den Kosten, die von den Behörden für ihre Aufnahme übernommen wurden. Die Arbeit verknüpft also qualitative und quantitative Methoden, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Die Masterarbeit konnte aufzeigen, dass die Verkündung des Waffenstillstands am 8. September 1943 und die darauffolgenden Phasen des starken Flüchtlingszustroms aus Italien bedeutsame

Konsequenzen hatten und Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Kanton Tessin direkt oder indirekt erheblich belasteten. Die Konsequenzen waren aber nicht immer negativ. Gerade im Bereich des Journalismus und der lokalen Literatur brachte die Aufnahme italienischer Flüchtlinge wichtige Impulse für die Gesellschaft im Tessin

mit sich. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung war gross und die Behörden versuchten, durch die Anpassung der kantonalen Gesetze und Verordnungen ihren Spielraum zugunsten der Flüchtlinge zu nutzen. So war auch der Kanton Tessin von grossen nationalen und internationalen Entwicklungen der damaligen Zeit betroffen.



Nadine Duss

Wie revolutionierte der Einfluss der Chemiker die Nahrungsmittelsicherheit?

Die Rolle der Chemiker bei der Regulierung, Kontrolle und Überprüfung von Nahrungsmitteln im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Masterarbeit widmet sich der Rolle der Chemiker bei der Entstehung und Umsetzung des ersten eidgenössischen Lebensmittelgesetzes von 1909. Dabei wird bewusst lediglich die männliche Bezeichnung „Chemiker“ verwendet, da zu dieser Zeit weder dem Verein schweizerischer analytischer Chemiker (VSAC) noch dem Verband der Kantonschemiker und Stadtchemiker der Schweiz (VKCS) Frauen angehörten. Der VSAC setzte sich bereits ab 1887 vertieft mit Untersuchungsmethoden der Lebensmittelchemie auseinander und pflegte den Austausch mit internationalen Berufskollegen, wohingegen der VKCS erst 1909 als Sektion des VSAC zum nationalen Austausch gegründet wurde.

Insbesondere anhand der Protokolle des VSAC und des VKCS wird untersucht, inwiefern die Tätigkeiten der Chemiker zur Lebensmittelkontrolle beitrugen und wie sich der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Chemikern gestalteten. Die Protokolle des VKCS sind unter anderem im Bundesarchiv der Schweiz einsehbar, jene des VSAC wurden in verschiedenen Fachzeitschriften publiziert, konkret in der *Schweizerischen Wochenschrift für Chemie und Pharmacie*, im *Sanitarisch-demographischen Wochenbulletin der Schweiz* (1904–1909) und in den *Mitteilungen aus dem Gebiete der Lebensmitteluntersuchung und Hygiene* (ab 1910). Zudem wurde die analytische Chemie der Schweiz bislang vor allem vom Che-

miker Berend Strahlmann aufgearbeitet, der auch den spezifischen Bezug zur Lebensmittelchemie herstellte. Von grosser Bedeutung sind ausserdem zeitgenössische Publikationen der Chemiker, aber auch von weiteren Akteuren, die beispielsweise der Rekonstruktion des Abstimmungskampfes vor der eidgenössischen Abstimmung über das neue Lebensmittelgesetz vom 10. Juni 1906 dienen.

Zunächst werden in einem globalen Kontext die strukturellen Entwicklungen und Strömungen der Industrialisierung, Globalisierung und Urbanisierung des 19. Jahrhunderts betrachtet, die zum Bedürfnis einer besser organisierten Lebensmittelkontrolle führten. Danach liegt der Fokus auf den Entwicklungen in der Schweiz. Die meisten Kantone besaßen vor dem ersten eidgenössischen Lebensmittelgesetz bereits eine eigene, teilweise jedoch sehr unterschiedliche Gesetzgebung oder lediglich einzelne Verordnungen mit Bezug auf die Lebensmittelkontrolle.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung konnte durch die Befürwortenden deutlich gemacht werden: Die Vereinheitlichung sollte zu mehr Gerechtigkeit in den Strafbestimmungen für Lebensmittelfälschungen und -täuschungen führen sowie der Gesundheit der Gesamtbevölkerung förderlich sein, indem qualitativ bedenkenlose Nahrungs- und Genussmittel wie auch Gebrauchsgegenstände garantiert werden konnten. Durch das Gesetz konnte ausserdem eine Grundlage für

gründlichere Grenzkontrollen geschaffen werden.

Gegenargumente wurden vor allem vom Verband schweizerischer Konsumvereine und von einzelnen Handelskammern hervorgebracht, die steigende Preise sowie Lieferverzögerungen durch umständliche Grenzkontrollen prognostizierten. Die Opposition sah des Weiteren schlichtweg keine Notwendigkeit für eine Regelung auf Bundesebene und vermutete vielmehr Eigennutz der Landwirtschaft. Der Bauernverband wiederum kann als treibende Kraft zur Anbahnung des Gesetzes betrachtet werden – insbesondere der Sekretär Ernst Laur exponierte sich mit mehreren Schriften. Doch auch die Chemiker setzten sich mit dem VSAC durch Publikationen und Petitionen an die Bundesversammlung für die Notwendigkeit eines eidgenössischen Gesetzes ein – neben diversen weiteren Vereinen und Verbänden, wie dem Verein schweizerischer Metzgermeister, dem ärztlichen Zentralverein oder dem Schweizer Apothekerverein.

Von noch grösserer Bedeutung waren die Chemiker allerdings in der Ausarbeitung der Lebensmittelverordnungen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 1909 und der fortlaufenden Interpretation und Revision desselben. Auch danach ergaben sich in der täglichen Praxis neue Unsicherheiten, welche Richt- und Grenzwerte für welche Nahrungsmittel gelten sollten oder wie manche schlecht umsetzbare Verordnungen angepasst werden könnten. Hierfür besprachen sich insbesondere die Kantonschemiker untereinander und schlossen sich nach der Initiative des sankt-gallischen Kantonschemikers Gottwald Ambühl 1909 zum VKCS zusammen.

Die Chemiker – und später auch Chemikerinnen – waren für die Lebensmittelkontrolle unerlässlich (und sind es bis heute): Ohne sie wären lediglich einfachste Untersuchungsmethoden möglich, mit welchen die immer raffinierter werdenden Verfälschungen nicht entdeckt werden könnten.



Joel Fimian

Expansion auf Kredit

Der Solothurner Finanzhaushalt und dessen Belastung durch die Territorialpolitik im 15. und 16. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Im Jahr 1458 kaufte die Stadt Solothurn für 8200 rheinische Gulden diverse Hoheits- und Herrschaftsrechte, welche in der Herrschaft Gösigen zusammengefasst und zuvor im Besitz der Freiherren von Falkenstein gewesen waren. Diese Erwerbung stellt den Ausgangspunkt der aktivsten Phase solothurnischer Territorialpolitik dar, welche bis in die 1530er Jahre andauern sollte.

Zwar widmete sich die bisherige Forschung einerseits in umfassenden Beiträgen zur Stadt- und Kantonsgeschichte und andererseits in einigen wenigen monographischen Studien den Ausdehnungsbestrebungen spätmittelalterlicher Städte im eidgenössischen Raum, jedoch nahmen dabei finanzielle Aspekte eher eine untergeordnete Rolle ein.

An diesem Punkt setzt diese Arbeit an. Sie untersucht anhand der Territorialpolitik des Solothurner Rates zwischen ca. 1450 und 1530, welche kurzfristigen und langfristigen Folgen die territoriale Expansion auf den Finanzhaushalt der Stadt hatte. Wie und wo kam Solothurn zum benötigten Kapital und welche Belastung stellten die daraus entstehenden finanziellen Verpflichtungen für den städtischen Finanzhaushalt dar?

Zunächst ist jedoch zu klären, warum die Aarstadt für die territoriale Ausdehnung ihres Herrschaftsgebietes im Vergleich zu anderen Städten in erhöhtem Mass auf finanzielle Mittel zurückgreifen musste. Die Beantwortung dieses Fragenkorpus' setzt vertiefte Kenntnisse des Solothurner Finanzhaushaltes voraus, weshalb diese Untersu-

chung sich ausführlich mit dessen Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Entwicklung im Untersuchungszeitraum auseinandersetzt.

Das Quellenkorpus umfasst 72 Rechnungsbücher der Seckelmeister aus dem Zeitraum von 1442 bis 1532 und drei Zinsrodel aus den Jahren 1458, 1470 und 1531 im Bestand des Staatsarchivs Solothurn, welche mit quantitativen Methoden aufbereitet und ausgewertet wurden. Hinzu kommen weitere Quellengattungen wie Ratsmanuale und Urkundenregesten, welche unter anderem die Anleihen- und Territorialpolitik des Solothurner Rates dokumentieren.

Die Mittel und Wege, welche Solothurn für seine territoriale Expansion zur Verfügung standen, unterschieden sich nicht von denjenigen anderer Städte wie Basel, Bern, Freiburg i.Ü., Luzern, Schaffhausen oder Zürich. Neben militärischen Eroberungen konnten umfangreiche Herrschafts- und Hoheitsrechte auch durch den Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel in den Besitz einer Stadt gelangen. Durch Burgrechte mit dem zumeist verschuldeten Adel, die Aufnahme von Personengruppen ins städtische Bürgerrecht oder die Gewährung von Darlehen für weltliche Adelige gelangten in der Regel keine Rechte in unmittelbaren städtischen Besitz. Es wurde vielmehr ein Abhängigkeitsverhältnis geschaffen, welches die spätere Erwerbung vorbereiten sollte.

Die Untersuchung des Solothurner Finanzhaushaltes zeigt, dass das Volumen sowohl der Einnahmen wie auch der Ausgaben im Untersuchungszeitraum stark zugenommen hat. Des Weiteren kam es ab den 1470er Jahren mit dem Eintreffen französischer und weiterer Pensionen zu einer Strukturveränderung auf der Einnahmenseite. Die ordentlichen Einnahmen durch Verbrauchssteuern auf Wein, Zölle und Abgaben aus den Vogteien

verloren zunehmend an Gewicht. Auf der anderen Seite sorgten vor allem die erhöhte Schuldenlast der Stadt und der damit verbundene Schuldendienst für Veränderungen in der Ausgabenstruktur. Die Summen für die Pfandschaft oder den Kauf von Herrschaften sowie für Darlehen an weltliche Fürsten überstiegen nicht selten die jährlichen Einnahmen der Stadt, was die Beschaffung von zusätzlichem Kapital notwendig machte.

Die Analyse der überlieferten Rechnungsquellen zeigt, dass sich die Stadt in den 1460er bis 1470er und in den 1520er Jahren verschuldete. Wobei in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts rund die Hälfte und im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts über 85% der auf dem Finanzhaushalt der Stadt lastenden Schulden direkt auf die städtische Territorialpolitik zurückzuführen sind.

Auf die Aufnahme von Darlehen bei Geldhändlern wie Juden oder Lombarden verzichteten die Solothurner wahrscheinlich wegen wucherrechtlichen Bedenken und verkauften stattdessen Leib- oder Wiederkaufsrenten an zumeist auswärtige Gläubiger, die sich damit einen jährlichen Zins sicherten. Dabei lässt sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine Konzentration auf die Rentenmärkte in Aarau und Basel feststellen, wobei es sich bei Letzterem mit Abstand um den Wichtigsten handelte. Im 16. Jahrhundert hingegen wurden die Rentenmärkte im Elsass, vor allem in Strassburg, bedeutender. Diese Entwicklung hatte ihren Ursprung in den für die Pfandschaft Blamont 1525 und für diverse Darlehen an Herzog Ulrich von Württemberg zwischen 1517 und 1524 aufgewendeten Summen, welche hohe Geldbeträge erforderten. Die wachsende Belastung des Solothurner Finanzhaushaltes hing also direkt mit den territorialen Bestrebungen des Rates zusammen.



Geschlechter in der Anthropologie

Konstruktionen von Geschlecht im *Archiv der Julius Klaus-Stiftung* und dem *Lehrbuch der Anthropologie* von 1914 bis 1945

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Das *Archiv der Julius Klaus-Stiftung für Vererbungsforschung, Sozialanthropologie und Rassenhygiene* wurde ab 1925 in Zürich als interdisziplinäres wissenschaftliches Publikationsmedium der gleichnamigen Stiftung herausgegeben. Die Zeitschrift sowie die Stiftung stehen in enger Verbindung mit Otto Schlaginhausen. Dieser war nicht nur Herausgeber des *Archivs*, sondern auch Präsident und Gründungsmitglied der Stiftung. Schlaginhausen war Anthropologe und von 1911 – 1951 Inhaber des Lehrstuhls für Anthropologie an der Universität Zürich. Das anthropologische Institut der Universität Zürich folgte einer stark naturwissenschaftlich ausgerichteten Form der Anthropologie – der physischen Anthropologie.

Die Arbeit der physischen Anthropologie beruhte auf der Überzeugung, dass sich Differenz, egal ob in ethnischer, geschlechtlicher oder sozialer Hinsicht, ob sichtbar oder nur mathematisch berechenbar, am Körper festmachen liesse. In welcher Form und Ausprägung diese Unterschiede aber auftraten, war unklar. Diese Überzeugung der Anthropologinnen und Anthropologen war die Voraussetzung dafür, dass die Kategorien „Rasse“ und „Geschlecht“ sowohl in die grundlegenden Fragestellungen der Forscherinnen und Forscher als auch in ihre Interpretationen der Untersuchungsergebnisse miteinflussen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mittels einer Diskursanalyse den Konstruktionscharakter der Kategorie „Geschlecht“ in anthropologischen Veröffentlichungen des *Archivs der Julius Klaus-Stiftung* zwischen 1914 und 1945 herauszuarbeiten. Diese Quellenbasis wird durch das damalige Standardwerk der Anthropologie, Rudolf Martins *Lehrbuch der Anthropologie* von 1914, ergänzt.

Martins formuliertes Ideal, dass Männer und Frauen als gleichwertige Vertreter und Vertreterinnen bestimmter „Rassen“ angesehen werden könnten, wurde durch die damalige anthropologische Praxis unterminiert. Der erschwerte Zugang zu weiblichen Untersuchungsobjekten stand in

starkem Kontrast zum vergleichsweise einfachen Zugang zu männlichen Untersuchungsobjekten. Daher wurde die Relevanz der Frauen innerhalb der anthropologischen Studien aus praktischen Gründen oft relativiert. So erstaunt es kaum, dass die Datendichte zu Frauen im Verhältnis viel geringer ausfiel als die zu Männern. Indem die Anthropologen das Fehlen der Frauen innerhalb ihrer Untersuchungen oftmals in Kauf nahmen, konstruierten sie gleichzeitig im Widerspruch zum Lehrbuch eine Zentralität des Mannes als „Rassenvertreter“.

Das beeinflusste auch die Formulierung der Normen innerhalb der Anthropologie. Die physische Anthropologie arbeitete mit Normen, um ihrem Ziel einer systematischen Einteilungslehre der Menschheit näher zu kommen. Wenn entsprechende Vermessungsdaten fehlten, wurden Normbereiche und Normvorstellungen ohne Errechnung von Mittelwerten festgesetzt. Das konnte bedeuten, dass von einem subjektiven Urteil oder allgemeingültigen Idealvorstellungen ausgegangen wurde, wie unter anderem von demjenigen des „europäischen Mannes“. Sogenannte Naturvölker, niedere Klassen und Frauen wurden als Abweichung von dieser Norm konstruiert. Die Abgrenzung erfolgte in der Regel durch eine Analogisierung von Frauen mit Kindern, „niederen Klassen“ oder „Naturvölkern“. Als zentrale Gemeinsamkeit dieser Gruppen stand die Bezeichnung der „Primitivität“ im Zentrum. Im Rahmen eines evolutionistischen Fortschrittsdenkens wurde das Ideal des „europäischen Mannes“ als progressiv konstruiert. Progressivität und Primitivität wurden sowohl in Geist, in Form von Intelligenz oder Moral, als auch am Körper festgemacht.

So wurde die Geschlechterdifferenz unter anderem an sekundären Geschlechtsmerkmalen wie der Körperstatur festgemacht. Frauen wurden im Verhältnis zu Männern als klein konstruiert. Diese Kleinheit konnte angeblich in fast allen Körperteilen festgestellt werden. So unter anderem am Schädel, dem auch eine direkte Verbindung

zur Intelligenz zugesprochen wurde. Die primären Geschlechtsmerkmale wie die reproduktiven Keimdrüsen fanden keinen Eingang in die Geschlechterkonstruktionen. In den Artikeln des *Archivs* finden sich auch Texte zur Sterilisations- und Kastrationspraxis. Dabei handelte es sich um künstliche Eingriffe in die geschlechtlichen Funktionen. Diese wurden im Rahmen dieser Arbeit hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Geschlechtlichkeit untersucht.

Es konnte festgestellt werden, dass die Sterilisation sowie die Kastration nichts daran än-

dernten, wie die Betroffenen wahrgenommen wurden. Die Kastration vor der Pubertät führte jedoch zu einer Veränderung von geschlechtstypischen Merkmalen im Wachstum. Diese hatte erneut eine diskursive Annäherung des Betroffenen an einen kindlichen oder auch weiblichen Körper zur Folge, der in Abgrenzung zum „europäischen Mann“ konstruiert wurde. Die Geschlechterkonstruktionen innerhalb der Anthropologie erfolgten also durch eine diskursive Abgrenzung vom Ideal des „europäischen Mannes“.



Michael Flütsch

Die Bedeutung von Johann Wilhelm Fortunat Coaz (1822–1918) für die wissenschaftliche Erforschung von Lawinen und den Lawinenschutz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Wurzeln des modernen Schweizer Lawinenschutzes reichen zurück bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Masterarbeit beschäftigt sich in Form einer wissenschaftlichen Biografie mit dem Wirken von Johann Wilhelm Fortunat Coaz (1822–1918) rund um die Erforschung von Lawinen und die Entwicklung entsprechender aktiver Schutzmassnahmen. Coaz absolvierte nach seiner Schulzeit in Chur von 1841–1843 die Königlich-Sächsische Forstakademie in Tharandt und war anschliessend als Gebirgstopograf an den Vermessungsarbeiten der Dufourkarte beteiligt. Daneben war er als Alpinist Erstbesteiger verschiedener Gipfel in den Schweizer Alpen. Bei dieser Tätigkeit kam er zum ersten Mal nachweislich in Kontakt mit der Lawinenthematik.

Die historisch-hermeneutisch ausgerichtete Untersuchung zeichnet nach, wie es Coaz zuerst als Bündner Forstinspektor und später als eidgenössischer Oberforstinspektor verstand, im Rahmen seines Engagements zur Einführung einer modernen Forstlegislation auf kantonaler und nationaler Ebene den Lawinenschutz gesetzlich zu verankern. Als zentrale Quelle dienen Coaz' zahlreiche publizierte Werke und Artikel, welche sich mit der Thematik rund um Lawinenfor-

schung und -schutz befassen. Zusätzlich wurden seine *Forstlichen Tagebücher* sowie das private Tagebuch aus dem Staatsarchiv Graubünden digitalisiert und mittels eines eigens trainierten *Handwritten-Text-Recognition-Modells* transkribiert. Ausserdem wurden weitere Archivquellen berücksichtigt.

Der Hauptteil der Untersuchung beschäftigt sich mit dem auf den rechtlichen Rahmenbedingungen aufbauenden praktischen Wirken von Coaz im frühen Schweizer Lawinenverbau. Dabei wird anhand verschiedener Fallbeispiele nachvollzogen, wie Coaz nach der gemeinhin als Pionierprojekt bekannten Verbauung von Motta d'Alp in Tschlin im Unterengadin im Verlauf der 1870er Jahre zunehmend praktische Erfahrungen sammeln konnte.

Dieses Wissen bündelte er in seinem 1881 erschienenen und bis heute als Standardwerk bekannten Buch *Die Lawinen der Schweizeralpen*. Ausserdem lieferte Coaz darin eine Zusammenstellung von naturwissenschaftlichen Daten und Beobachtungen zum besseren Verständnis des Phänomens Lawine. Die Masterarbeit analysiert das Werk inhaltlich und illustriert die darin von Coaz aufgestellten Normen zur Erstellung von

Lawinenverbauungen und zur Umsetzung von Aufforstungen. Dies geschieht anhand der beim Bau der Albulabahn 1898–1904 realisierten Verbauung Muot bei Bergün im Kanton Graubünden. Anhand dieses Fallbeispiels werden auch die finanziellen und rechtlichen Konsequenzen einer solchen frühen aktiven Lawinenverbauung thematisiert. Die Arbeit führt für den Prozess der Planung und Durchführung einer Lawinenverbauung nach diesen Normen den Begriff des „Coaz’schen Lawinenschutzkonzepts“ ein und liefert zusätzlich eine tabellarische Darstellung, wie solche Projekte in diesen frühen Jahren des Schweizer Lawinenschutzes idealtypisch abliefen.

Coaz legte nach der Publikation seines ersten Werkes 1881 Wert darauf, dass seine Normen durch die zuständigen örtlichen Akteure exakt eingehalten wurden. Um zu zeigen, wie nachdrücklich er seine Positionen nötigenfalls vertrat, dient ein Fallbeispiel, in welchem er in einem Artikel der *Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen* seinen jüngeren Fachkollegen Fritz Marti kritisierte. Dieser hatte 1882 in einem eigenen Artikel über Ideen zum Lawinenverbau Coaz’ gerade erst aufgestellte Normen implizit hinterfragt.

Coaz achtete bei der Planung einer Verbauung stets darauf, eine Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen und bemühte sich, die lokale Bevölkerung vom Nutzen einer Verbauung zu überzeugen. Dass dieses Vorgehen nicht immer zum Erfolg führte, zeigt das Fallbeispiel St. Antönien. Dort verhinderten wirtschaftliche Bedenken lokaler Akteure und fehlendes Interesse der kantonalen und eidgenössischen Instanzen an Schutzmassnahmen die Verbauung des stark lawinengefährdeten Tales nach dem Coaz’schen Lawinenschutzkonzept.

Darüber hinaus beschäftigt sich die Arbeit mit Coaz’ Bestrebungen, möglichst umfangreiche Datensammlungen zu Lawinenphänomenen anzustellen, um diese anschliessend publizieren zu können. Bereits ab 1878 verfolgte er das Ziel, alle Lawinenzüge der Schweiz anhand genauer Parameter zu erfassen und in einer „Schweizerischen Lawinenkarte“ zu verzeichnen. Dass er als eidgenössischer Oberforstinspektor auf das hierar-

chisch organisierte, ihm unterstellte Forstpersonal zurückgreifen konnte, machte dieses Vorhaben möglich. Wie die Untersuchungen nachzeichnen, gestaltete sich dieses Bestreben allerdings schwierig, da sowohl die eidgenössischen wie auch die kantonalen Forstexperten an chronischer Überlastung durch ihre zahlreichen Aufgaben litten. Ein Schlaglicht auf den schweren Lawinenwinter von 1887/88 zeigt auf, wie dieser die Entwicklung des Schweizer Lawinenschutzes beeinflusste, indem sich die erstellten Verbauungen weitestgehend bewährten und Coaz von den kantonalen Forstämtern detaillierte Dokumentationen der Lawinen-niedergänge einforderte.

Erst 1910 waren die Arbeiten an der Datenaufnahme abgeschlossen und es erfolgte die Publikation des Buches *Statistik und Verbau der Lawinen in den Schweizeralpen*, das neben aktualisierten Handlungsanweisungen und Praxisberichten auch die besagte Lawinenkarte und das zugehörige Verzeichnis beinhaltete. Die Originalkarte wurde unter anderem an Landesausstellungen gezeigt, was demonstriert, wie zentral es für Coaz war, das Thema Lawinenforschung und -verbau der Schweizer Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Ein gesondertes Kapitel der Arbeit widmet sich dem Lawinenschutz unter Coaz in seiner finanziellen Dimension, indem sein Verzeichnis aller 269 bis Ende 1909 erstellten Verbauungen in aussagekräftigen Diagrammen dargestellt wird und diese anschliessend eine konzise Besprechung und Einordnung erfahren.

Abschliessend fokussieren sich die Betrachtungen auf den transnationalen Austausch von Lawinenwissen, indem verschiedene ausländische Kontakte von Coaz besprochen werden. Dabei wird skizziert, wie gerade im Bereich von baulichen Schutzmassnahmen ein bilateraler Erfahrungsaustausch stattfand, welcher die Lawinenverbauungspraxis in den verschiedenen beteiligten Staaten jeweils beeinflusste und veränderte. Gleichzeitig erlaubten diese transnationalen Netzwerke, auf informeller Ebene Blockaden auf institutionellen Kanälen zu umgehen.



Händewaschen und Abstand halten

Der behördliche Umgang von Bund, Kanton Bern und dessen Ämtern und Gemeinden mit der Spanischen Grippe von 1918 bis 1920

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Aus den Grippepandemien der letzten 500 Jahre sticht jene von 1918 bis 1920 durch ihre Heftigkeit heraus. Der Ausbruch der sogenannten Spanischen Grippe Ende Juni 1918 fiel in die Endphase des Ersten Weltkriegs und stellte eine neue Herausforderung dar. Die Seuche forderte weltweit zwischen 25 und 50 Millionen Todesopfer und ist mit dem Ausbruch der Pest von 1348 vergleichbar. Auch die Schweiz war betroffen. Hier erlagen der Pandemie knapp 25 000 Menschen. In der Schweiz verlief die Pandemie in drei unterschiedlich starken Wellen: Eine erste Welle im Sommer 1918, eine zweite Welle vom Herbst 1918 bis in den Sommer 1919 und eine dritte, schwächere Welle zum Jahresbeginn 1920.

Die Arbeit untersucht, mit welchen Massnahmen die zuständigen Sanitätsbehörden von Bund und Kanton Bern auf die Spanische Grippe reagierten und welche Rückmeldungen sie aus den Gemeinden erhielten. Für die Beantwortung der Fragestellung stützt sich die Arbeit primär auf das Bulletin des schweizerischen Gesundheitsamtes von 1918 bis 1920 und auf Akten der Serie S „Allgemeines Sanitätswesen (1876–1945)“ BB XI 129–136, Sanitätswesen Geschäftskontrolle X „Infektionskrankheiten“ BB XI 385–388 und die Aktenserie X „Krankheiten der Menschen“ BB XI 409–412 aus dem Staatsarchiv des Kantons Bern.

Die Arbeit kommt zum Schluss, dass das kantonbernische Sanitätsdepartement während der Spanischen Grippe ständig in Kontakt sowohl mit dem schweizerischen Gesundheitsamt als auch mit den Regierungsstatthalterämtern und Gemeinden stand. Für den Regierungsrat und die Sanitätsdirektion stand im Vordergrund, die vom Bund erlassenen Beschlüsse rasch umzusetzen, aber auch

die vielen Anfragen und Meldungen aus den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden zu beantworten und ihnen bei Fragen und Problemen möglichst Hilfestellungen anzubieten. Der rege Kontakt war nötig, um rasch auf eine Veränderung des Grippeverlaufs reagieren zu können, sei dies mit neuen kantonalen Massnahmen oder mit deren Aufhebung.

Die zur Anwendung kommenden Massnahmen waren grösstenteils dieselben, welche die Behörden bereits während der Grippepandemie von 1889/90 ergriffen hatten. Sowohl der Bund als auch der Kanton oder die Gemeinden selbst erliessen Versammlungsverbote und verpflichteten die Ärzte, Grippefälle den Behörden in wöchentlichen Berichten mit Angaben zu Alter und Geschlecht zu melden. Weiter ordneten die Behörden diverse prophylaktische Massnahmen an, deren Nutzen mehr oder weniger gross war. Neu hinzu kamen unter anderem die kostenlose Behandlung, ein Krankengeld und/oder Entschädigungszahlungen an die vom Kanton, Regierungsstatthalteramt oder Gemeinderat für die Pflege Grippekranker neu angestellten Ärzte, Pflegenden und Desinfektoren. Ziel dieses umstrittenen Erlasses war es, regulär angestellte Ärzte und Pflegenden zu entlasten und neues Personal zu rekrutieren. Für bereits regulär angestelltes Personal galt dieser Erlass jedoch nicht. Es musste sich weiterhin selbst privat versichern und konnte auf keine Entschädigungen hoffen.

Insgesamt zeigt die Arbeit, dass der Balanceakt zwischen der Gesundheit der Bevölkerung, wirtschaftlichen Interessen und der Akzeptanz der Massnahmen dem Regierungsrat und dem Sanitätsdepartement des Kantons Bern den Umständen entsprechend gut gelang.



„Jetzt rauchs auf Kuba“

Die Wahrnehmung und Darstellung der Kubakrise 1962 in den Deutschschweizer Medien

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Die Kubakrise ist ein zentraler Bestandteil der Historiographie des Kalten Kriegs. Vom 15. bis zum 28. Oktober 1962 stand die Welt am Rande eines Atomkriegs: Die Sowjetunion hatte unter anderem Mittelstreckenraketen auf Kuba installiert, mit denen jeder beliebige Punkt in den USA hätte erreicht werden können. Die Operation *Anadyr*, die eine gigantische Aufrüstung Kubas vorsah, war bereits im Sommer 1962 angelaufen. Dass Kuba zu einem Flugzeugträger hochgerüstet worden war, wollte der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow anlässlich eines Besuchs bei der UNO im November 1962 der Weltöffentlichkeit bekanntgeben. Doch dazu kam es nicht: Die Raketenstationierung auf Kuba wurde am 15. Oktober von einem US-amerikanischen Aufklärungsflugzeug entdeckt. Die USA verhängten aufgrund der Waffenstationierung eine ‚Quarantäne‘ genannte Blockade um Kuba; die Weltbevölkerung wurde durch eine Fernseh- und Radioansprache John F. Kennedys am 22. Oktober über diese Entdeckung und die von den USA getroffenen Massnahmen informiert. Aufgrund des massiven Drucks der USA erklärte sich Chruschtschow am 28. Oktober 1962 bereit, die Waffen von Kuba abzuziehen. Obwohl der zwei Wochen andauernde Konflikt friedlich ausging, ist sich die Forschung einig, dass die Welt nie näher an einem atomaren Konflikt stand. Die Kubakrise gilt deshalb als der gefährlichste Moment des Kalten Kriegs.

Die Kubakrise ereignete sich zu einer Zeit, als in der Schweiz eine bürgerlich-konservative, antikommunistische Grundstimmung vorherrschte. Der Antikommunismus war kein neu auftretendes Phänomen. Er durchzog sämtliche sozialen Schichten und politischen Strömungen und wurde durch Ereignisse wie den Ungarnaufstand 1956 noch verstärkt. Die Schweiz zählte sich geografisch, ideologisch, wirtschaftlich und staatspolitisch eindeutig zum Westen. Dennoch wurde die Neutralität grossgeschrieben. Aussenminister Max Petitpierre ergänzte diese Doktrin durch die Maximen Solidarität, Universalität, Disponibilität und Wohlstand. Verfolgt wurde damit das Ziel, die

Schweiz aus der Kriegsisolation herauszuführen, wobei die Maximen nicht nur der Schweiz, sondern auch Dritten dienen sollten. Um beispielsweise zu zeigen, dass die Schweiz zu internationalen Kooperationen bereit war, wurden die sogenannten Guten Dienste, die diplomatische Vermittlung zwischen zerstrittenen Staaten, angeboten. Seit 1961 vertrat die Schweiz beispielsweise die diplomatischen Interessen der USA in Kuba.

Die Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg wurde bereits ausführlich aufgearbeitet. Wie aber die Kubakrise in der Schweiz wahrgenommen wurde, ist weitgehend unerforscht. Diese Masterarbeit befasst sich mit der Wahrnehmung und Darstellung der Kubakrise in den Deutschschweizer Medien zwischen dem 23. und 29. Oktober 1962.

Als Quellengrundlagen dienen Artikel aus Zeitungen unterschiedlicher politischer Strömungen, Beiträge des Schweizer Fernsehens sowie Karikaturen des Satiremagazins *Nebelspalter*. Die Quellen konnten im Schweizerischen Sozialarchiv, im Schweizerischen Bundesarchiv und auf der Open-Access-Plattform E-Periodica eingesehen werden. Aus einer kulturhistorischen Perspektive zeichnet die Arbeit die einzelnen Tage der Berichterstattung über die Kubakrise nach. Im Fokus der Analyse stehen die Fragen, welche Ängste (oder auch Hoffnungen) in den Medien adressiert und welche möglichen Zukunftsszenarien entwickelt wurden, wie die antikommunistische Denkströmung die Berichterstattung beeinflusste und inwiefern die Rolle der Schweiz als Vermittlerin in der Kubakrise thematisiert wurde. Die Zeitungsartikel wurden dabei auf ihre Aussagen hin untersucht, während die filmischen Beiträge und die Karikaturen in Anlehnung an die *Visual History* auf ihre Bildmotive, Personenkonstellationen und Gestaltungselemente interpretiert wurden.

Die Arbeit zeigt auf, dass die Deutschschweizer Medien der Kubakrise hohe Beachtung schenkten. Sie bildete an allen untersuchten Tagen einen zentralen Bestandteil der Berichterstattung. Während in den Zeitungsberichten die Blockade vor Kuba im Mittelpunkt stand, fokussierten die untersuch-

ten Fernsehbeiträge die Stärke des amerikanischen Militärs und die antiamerikanischen Demonstrationen. In den Karikaturen des *Nebelspalter*s wiederum stand Chruschtschow als der die Amerikaner täuschende Hauptakteur im Zentrum. Alle Medien entwickelten Szenarien, die durch die Kubakrise hätten ausgelöst werden können. Sie reichten von Sanktionen gegen die USA über die Gefahr eines sowjetischen Gegenschlags in Berlin bis hin zu einem Dritten Weltkrieg. Der Antikommunismus

beeinflusste die Berichterstattung massgeblich. So wurde die Sowjetunion bzw. Chruschtschow als irrational, bösartig und verlogen verunglimpft. Dem gegenüber pries man die USA bzw. Kennedy als vernünftig und entschlossen. Die Guten Dienste dagegen spielten in keinem Medium eine Rolle.

Die Analyse unterstreicht, dass die Kubakrise schon während ihres Geschehens in der Schweiz als grosse Gefahr wahrgenommen und dargestellt wurde.



Daniel Gammenthaler

Von CREEPER zu I LOVE YOU bis WANNACRY

Eine historische Analyse von Malware und ihrem Kampf um die Kontrolle im Computersystem

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

„Oops, your files have been encrypted!“ Diese Nachricht stand auf unzähligen Bildschirmen, als im Mai 2017 das Computerprogramm WANNACRY anfang, Computersysteme weltweit anzugreifen und dabei Schäden in Millionenhöhe verursachte.

WANNACRY war dabei nicht der erste solche Angriff auf Computersysteme. Unzählige sogenannte Malicious Software, kurz Malware, gefährden Computersysteme und damit Personen, die auf deren Funktionen angewiesen sind. Der Begriff „Malware“ dient dabei als Sammelbegriff für verschiedene Arten von Software – deren prominenteste Art und ihr begrifflicher Wegbereiter wird unter dem Terminus ‚Computervirus‘ behandelt und veranschaulicht die Gefahr, die ein Softwareprogramm haben kann, das sich selbst vervielfältigt.

Die Problematik, die Malware in der digitalen Welt verursacht, ist tief mit der Entstehungsgeschichte der Computersoftware und der zunehmenden Digitalisierung verwoben. Die hier vorgestellte Masterarbeit taucht in die binäre Welt des Cyberspace ein, erforscht die junge Entwicklungsgeschichte der Malware auf der Suche nach Bruchlinien und diskutiert anhand dieser die Wahrnehmung der Kontrolle im Computersystem und vor allem des Kontrollverlusts, der eintritt,

wenn ein Malwareereignis ein Computersystem beeinträchtigt.

Die innerhalb der Technikgeschichte angesiedelte Masterarbeit schlägt methodisch eine Brücke zwischen den geisteswissenschaftlichen Theorien der *Software Studies* sowie des *New Materialism* und verbindet diese mit informatiktechnischen Methodiken zur Untersuchung von Malware. Der Fokus der Arbeit wird auf Software als mögliche Quellengattung gelegt, da sich bisherige Arbeiten in diesem Gebiet auf verschriftlichtes Quellenmaterial stützten und Malware als eigene Quelle in der Geschichtsforschung bisher nicht analysiert wurde. Um diese Forschungslücke zu schliessen, untersucht die Arbeit nicht das eigentliche Malwareereignis, sondern die Materialität der Malware an sich mit ihren Funktionen. Anhand der drei materiellen Grundfunktionalitäten der Verteilmethodik, der Nutzlast und dem Ausnutzen einer Schwachstelle wurde im Hauptteil dieser Arbeit die junge Entwicklungsgeschichte der Malware analysiert und nach Brüchen und Kontinuitäten gesucht.

Die Untersuchung des in der Forschung bisher gut untersuchten Themas der Verbreitungsmethodik hat gezeigt, dass die Entwicklung von Malware tief mit der Wissenschaftsgeschichte der

Informatik verknüpft ist. Theoriebasierte Veröffentlichungen zu diesem Thema zeigten schon früh mögliche Verteilungsmethoden auf, die aber erst später angewendet wurden. Der Kontrollverlust ist innerhalb der Verbreitungsmethodik anhand der scheinbaren Unkontrollierbarkeit durch das unendliche Replizieren der Malware erkennbar. Funktional hat sich die Verbreitungsmethode der Malware seit den ersten wissenschaftlichen Veröffentlichungen kaum verändert. Die Untersuchung der Nutzlast widerspiegelt stark das sich ändernde Ausführungsziel der Malware.

Zu Beginn wurde Malware mehrheitlich eingesetzt, um Präsenz zu markieren und ihre Kontrollmöglichkeit dem Computernutzenden kundzutun. In einem kleineren Ausmass nutzte Malware aus dieser Zeit ihr Zerstörungspotential. Die Nutzlastfunktionalität erhielt in den 1990er Jahren mit dem Aufkommen von Onlinebanking und in den 2000er Jahren mit der Erfindung von Digitalwährungen zuerst Überwachungsfunktionen und anschliessend Erpressungsmöglichkeiten.

Funktionstechnisch handelte es sich bei dieser Nutzlast ebenfalls um eine Errungenschaft, die bereits früh innerhalb der Entwicklung des

Computers erkannt und erforscht wurde. Einzig die Analyse der Ausnutzung von Schwachstellen zeigt ein diametral entgegengesetztes Bild dieser Entwicklungsgeschichte. Frühe Betriebssysteme besaßen schlichtweg nicht die Funktionen, ihre Computernutzenden vor der Malware zu schützen. Erst gegen die 2000er Jahre erhielten die weitverbreiteten Betriebssysteme die nötigen Sicherheitsfunktionen, um ihre Nutzenden vor Malware zu schützen und erst in dieser Zeit begannen Malwareautor*innen, Sicherheitslücken ausfindig zu machen und diese Schwachstellen auszunutzen. Der Schutz vor Malware schien dabei einzig dadurch möglich zu sein, dass Computernutzende entmündigt und nach und nach aus ihrem eigenen Computersystem ausgeschlossen wurden. Ihnen wurden zentrale Rechte zur Kontrolle ihres eigenen Computers entwendet.

Der materielle Blickwinkel auf das digitale Medienartefakt Malware bietet eine neue, etwas abenteuerliche Sichtweise. Indem die Ereignisgeschichte weitgehend ignoriert wurde, um den Fokus auf den Funktionsbereich der Malware zu legen, lässt sich diese Geschichte neu interpretieren und bietet spannende Anschlusspunkte.



Moritz Gemperli

Von Lastentieren, Fuhrtierhaltern und Lokführern

Akteure und Organisation der Mobilität im Kanton Uri zwischen 1865 und 1921

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Zeit zwischen 1865 und 1921 brachte für das Verkehrswesen im Kanton Uri bedeutende Veränderungen. Der untersuchte Zeitraum beginnt mit der Eröffnung der Axenstrasse, welche erstmals eine durchgehende Fahrstrasse im Gotthardtransit ermöglichte, und endet mit dem letzten Postkutschkurs über den Gotthardpass. Ein Ereignis, das im gewählten Zeitraum besonders heraussticht, ist die Eröffnung des Gotthard-Eisenbahntunnels im Jahre 1882 – eine technische Meisterleistung und innovative Kraft, die sowohl die Region als auch das Geschichtsgedächtnis prägte und immer noch prägt. Die Akteure der Mobilität, die täglich Wa-

ren, Menschen und landwirtschaftliche Produkte über die Urner Alpenpässe transportierten, werden dabei oftmals von den Lobgesängen über die technische Leistung und dem historischen Moment der Tunneleröffnung überschattet.

Alleine mit der Eisenbahn wäre der aufkommende Reiseverkehr jedoch nicht zu bewältigen gewesen. So hatte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts ein vielfältiges Kutschen-, Fuhr- und Transportwesen herausgebildet, das ein erstaunliches Transportvolumen aufwies und den ganzjährigen Transitverkehr von Norden nach Süden über den Gotthardpass ermöglichte. Das Funktionieren

dieses Verkehrswesens basierte auf einer grossen Diversität an Akteuren und deren Arbeitsteilung untereinander: Fuhrtiere, Kutscher, Landwirte, Wegknechte, Postillione und Fuhrhalter, um einige zu nennen.

Im Zentrum der Masterarbeit stehen die Akteure der tierlichen Last- und Zugarbeit, wobei auch den Tieren im Sinne der *Human Animal Studies* eine *agency* zugesprochen wird. Die Darstellung und Einordnung der Akteure wird dabei durch die Untersuchung des sozialen Kosmos, der Organisation und des Einsatzbereiches der Fuhrtiere ergänzt. Somit können einerseits die strukturierenden Komponenten des Zusammenspiels zwischen menschlichen Akteuren und Akteursgruppen und andererseits die Ordnungspraktiken innerhalb der kontext-abhängigen Mensch-Tier-Beziehung erschlossen werden. Wichtige Quellen zur Untersuchung der institutionalisierten Organisation des Fuhrtierwesens stellen die Bekanntmachungen der Urner Regierung im Amtsblatt des Kantons Uri dar. Die Quellenarbeit brachte zahlreiche gesetzliche Regulierungen und Verordnungen zutage, welche in ihrer Tendenz eine Professionalisierung und qualitative Verbesserung des Fuhrtierwesens antrieben. Beispiele dafür sind das Verbot der Wagen mit zwei Rädern (Gabelwagen) 1876, die *Verordnung gegen das Anwerben der Reisenden* 1882 und die gesetzliche Einführung des Kutscherpatents 1906. Die Professionalisierung vollzog sich im Wechselspiel mit dem zunehmenden Tourismus sowie der Konkurrenz durch neue Verkehrsmittel wie das Automobil ab der Wende zum 20. Jahrhundert.

Die informelle Organisation und die Mensch-Tier-Beziehung erschliessen sich weiter durch die zahlreich vorhandenen Bildquellen. Aus der Bildanalyse können Schlüsse zur Verteilung der Tierbestände und zum Einsatzbereich der

unterschiedlichen Tierarten gezogen werden. Im Kontext der Reisemobilität und an Knotenpunkten des Verkehrs, etwa den Bahnhöfen in Flüelen oder Göschenen, wurden diesen Quellen nach fast ausschliesslich Pferde eingesetzt, wohingegen in den Seitentälern und dem Schneebruch am Gotthard primär Rinder, also Ochsen und Arbeitskühe, die Last- und Zugarbeit verrichteten.

Neben der Bildanalyse stellen das Ideenkonzept der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ sowie die Einordnung der Zeitgeschehnisse und Veränderungen innerhalb des Spektrums zwischen „Kontinuität und Zäsur“ interpretative Instrumente zur Analyse dar. Der Verkehr im Kanton Uri seit der Eröffnung der Gotthard-Eisenbahnstrecke 1882 ist geprägt durch sich überlagernde Mobilitätsformen, die unterschiedlichen Narrativen unterliegen: auf der einen Seite die „moderne“ Eisenbahn, auf der anderen Seite das „veralte“ Fuhr- und Kutschenwesen. Die Masterarbeit relativiert diese These, indem sie den Wandel des Kutscherwesens und das Zusammenspiel zwischen Eisenbahn und Kutschen sowie Omnibussen als Weiterführung eines kontinuierlichen Adaptionsprozesses interpretiert. Auf andere Teilbereiche der tierlichen Last- und Zugarbeit, allen voran den Schneebruch und Wintertransport am Gotthardpass, trifft hingegen die These zu, dass die Eisenbahn zu einer Zäsur im Fuhrtierwesen führte.

Die Frage nach der Repräsentation der Tiere in den Quellen und der Historiografie kann nur durch das Herbeiziehen geografischer, wirtschaftlicher und sozialer Befunde beantwortet werden: So sind diejenigen Tiere, die an touristischen und verkehrstechnischen Hotspots eingesetzt wurden, im Falle des Urner Verkehrswesens die Pferde, auch die Tiere bzw. Tierarten, die am häufigsten abgebildet wurden.



Die Genex GmbH und die Intershops als Teil der Konsumkultur der DDR (1971–1989)

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Die DDR war während des Kalten Kriegs keineswegs ein isolierter Staat ohne jegliche Partizipation auf den internationalen Märkten. Ob Energieträger, Nahrungsmittel oder Konsumgüter, in vielerlei Hinsicht war die Demokratische Republik nicht nur von ihrem grossen Bruder, der Sowjetunion, oder anderen sozialistischen Staaten abhängig, sondern sie pflegte auch Handelsbeziehungen mit dem kapitalistischen Ausland. Da die Mark der DDR auf den internationalen Märkten jedoch nicht anerkannt wurde, war die Erwirtschaftung von ausländischer konvertierbarer Währung zwingend notwendig.

Hier kamen die Genex GmbH und die Intershops ins Spiel. Bei ersterer handelte es sich um einen Geschenkversand, über welchen vor allem Bekannte und Verwandte aus der Bundesrepublik gegen harte Währung aus Geschenkkatalogen der Genex Konsumgüter nach Ostdeutschland verschicken konnten. Intershop war eine Bezeichnung für in der DDR angesiedelte Devisenläden, in welchen gegen Dollar und hauptsächlich D-Mark westliche Konsumgüter gekauft werden konnten.

Erste Spannungen, zumindest auf einer ideologischen Ebene, werden hierbei bereits ersichtlich. Gegen kapitalistische Währung konnten im proklamierten Gleichheitsstaat aus dem Westen Konsumgüter gekauft werden. Allerdings war es bis 1974 in der DDR verboten, Devisen zu besitzen und nur gewisse Personengruppen und Institutionen hatten bis dahin direkten Zugang zu den Intershops oder konnten Bestellungen über Konten in der BRD bei der Genex tätigen.

Mit der Aufhebung des Devisenverbotes hatte nun eine breitere Masse die Möglichkeit, auf dieses Konsumgüterangebot zuzugreifen. Allerdings war es wiederum nur für gewisse Personengruppen – beispielsweise Handwerker*innen, Angestellte der Intershops, Auslandsvertretungen, höhere Kader – überhaupt möglich, Devisen zu erwirtschaften. Andere wiederum waren, sofern vorhanden, auf die Gunst von Bekannten und Verwandten aus dem kapitalistischen Ausland angewiesen. Die Zugänge zu den Genex- wie den Intershopprodukten

waren also begrenzt. In dieser Arbeit werden die durch Genex und die Intershops geschaffenen Ungleichheiten, Spannungen, aber auch Möglichkeiten innerhalb der DDR während der Honecker-Ära untersucht.

Mit dem Machtantritt Erich Honeckers im Jahr 1971 fand ein wirtschaftlicher Richtungswechsel statt. Nebst einem verstärkten Fokus auf planwirtschaftliche Massnahmen sollte die Konsumgüterbereitstellung ins Zentrum der wirtschaftlichen Bemühungen verlagert werden. Die Bevölkerung sollte nun endlich die Früchte der jahrelangen Arbeit unter der Ära Ulbricht ernten können, so der Kerngehalt des Parteitages. Wirtschaftliches Wachstum und Konsumation sollten durch einen erhöhten Wohlstand gewährleistet werden. Löhne und Renten wurden angehoben, Arbeitszeiten verringert, die Kinderbetreuung gefördert und der soziale Wohnungsbau wurde massiv vorangetrieben.

Die notwendigen Faktoren für Konsum, Geld und Zeit wurden zwar geschaffen, jedoch konnte die erhöhte Nachfrage durch das Angebot nicht befriedigt werden. Schlangen vor den Läden und Güterknappheit waren ein prägendes Bild der DDR. Wer allerdings Zugang zu Intershop- oder Genexprodukten hatte, hatte nicht nur die Möglichkeit, westliche und qualitativ hochwertige Güter zu ergattern, sondern besass das Privileg, ohne lange Wartezeiten zu konsumieren und Produkte zu kaufen: Westliche Autos konnten per Genex innert acht Wochen geliefert werden oder vereinzelt im Intershop bestellt werden, während man auf einen Trabant mehrere Jahre warten musste.

Der Arbeit dienen Briefe und Eingaben – schriftliche Zeugnisse, welche Bitten und Kritik enthalten und an die Behörden geschickt wurden – als Hauptquellen, um die alltäglichen Bedürfnisse, Wünsche und Bedeutungen von Konsumgütern zu analysieren. Des Weiteren wurden in diesen Dokumenten auch die Kritiken und Meinungen zu den Intershops, der Genex und der Rolle der D-Mark ersichtlich.

Mit konsumhistorischen Ansätzen und dem Ansatz der *Material Culture* wurden die sich unter

gesellschaftlichen Veränderungen und ausländischen Einflüssen veränderten Bedeutungen unter-

sucht, welche dem Konsum, Konsumgütern und dem Besitz ausländischer Währung zukamen.



Chantal Hari

An Evaluation of Meteorological Observations by Samuel Studer (1807–1818)

Masterarbeit im Rahmen des interdisziplinären Masterstudienganges „Climate Studies“
bei Prof. Dr. Christian Rohr

Early instrumental measurement series contain a vast amount of valuable climatological data. The focus of this study is a series of meteorological measurements and observations conducted by Samuel Studer over 48 years at the Burgerspital in Bern. The period 1807 to 1818 is evaluated within this study. The source itself is critically reviewed and the author is introduced.

By thoroughly elaborating on the life of Studer and his social environment, this study works out the motivation behind the lengthy endeavour of noting sub-daily measurements and observations over such a long period. Studer was amongst many during the Age of Enlightenment with an urge to explore and understand nature. He was highly involved in the Oekonomische Gesellschaft Bern. The members of this and other societies were driven to learn more about nature. Meteorological observations became an essential part of their interest, since they aimed to improve their knowledge about agriculture to avoid and combat food crises, as the weather had a direct impact on the food and income situation of many people.

The overarching aim of this study is to report on the potential and limitations of the series and to generally make the series more accessible for future research. The temperature and air pressure measurements by Studer underwent a homogeneity assessment. In addition, the precipitation observations are transformed into quantitative data. The homogeneity assessment mainly follows the WMO guidelines. As part of the metadata analysis, information on the instruments used, as well as on their location, position and exposure are investigated. The quality control is performed extremely thoroughly, as many errors as part of the digitization process could be found. For the breakpoint

detection, several reference series are used, however, a reference series is only accepted if the Pearson correlation coefficient was higher than 0.6. The homogeneity assessment revealed the general scarcity of metadata available for this time series.

Unlike the temperature and air pressure measurements, the precipitation observations are not available quantitatively, but as descriptive notes. Thus, these sub-daily observations are transformed to daily, binary, quantitative data on precipitation events. A major restriction for this process are the missing values, mostly found during the summer months, since Studer was then often travelling to the mountains. The final evaluation, namely, the case study, is eventually based on percentages of precipitation days per month. In addition, the achieved quantitative data is compared to the study conducted by Gimmi et al. (2007) and to the entries in the *Euro-Climhist* database.

Finally, a case study further investigates the climatic consequences of the Unknown Eruption (1808/09) and the eruption of Mount Tambora (1815). The research question, whether the climatic consequences of these eruptions can be found in the Studer series in the two summers following each eruption, is answered by applying hypothesis testing to the monthly temperature, air pressure and precipitation data. The investigated period of 1807–1818 is divided into a reference period and investigated years. The two years following each eruption are considered to be the years perturbed by the volcanic eruptions and thus, are the investigated years.

Overall, the study presents the Studer series and makes it more accessible to future research. The main limitations concern the availability of metadata for the entire Studer series and the vast

amount of missing values during Studer's travels (especially in the summer months). The length and high resolution of this series, however, provide a great opportunity to be embedded in studies that also include other early instrumental measure-

ments series of Switzerland; thus, it is a valuable source of information for climate research on the so-called Dalton Minimum at the end of Little Ice Age.



Zora Melina Heimlicher

Was bisher geschah

Eine rezeptionsgeschichtliche Betrachtung der belgisch-kongolesischen Kolonialgeschichte

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Masterarbeit befasst sich mit der Frage, wie die belgische Kolonialgeschichte in Belgien selbst – speziell in der belgischen Geschichtswissenschaft – aufgearbeitet wurde. Dazu fragt sie, wie die Kolonialgeschichte von wem rezipiert wurde, was Aufarbeitung in welchem Kontext genau bedeutet und vor welchen politischen und gesellschaftlichen Hintergründen diese Aufarbeitung stattfand. Des Weiteren fragt die Arbeit nach den aktuellen Entwicklungen zum Thema und nach der Rolle, welche die Geschichtswissenschaft im weiteren Verlauf des Prozesses übernehmen kann und möglicherweise soll.

Als Erstes schafft die Arbeit die theoretischen Grundlagen. Im Zentrum stehen hier die Geschichte der Historiographie und die Frage nach dem exakten analytischen Inhalt des Begriffs „Aufarbeitung“. Die Arbeit stellt fest, dass dieser meist nicht direkt übersetzbar ist und je nach Sprache sehr unterschiedliche Konnotationen aufweist.

Die Quellenbasis für die Studie setzt sich aus publizierter geschichtswissenschaftlicher Forschungsliteratur zusammen. Diese stammt von belgischen, aber auch französischen, englischen, deutschen und US-amerikanischen Autor*innen

sowie aus dem Zeitraum von der Unabhängigkeit der Kolonie Belgisch-Kongo (1960) bis und mit 2020. Diese breite Fächerung erklärt sich dadurch, dass das akademische Interesse am Thema zu vielen Zeitpunkten ausserhalb Belgiens grösser war als innerhalb. Die Studie arbeitet die verschiedenen Schwerpunkte der einzelnen Publikationen heraus und kontextualisiert diese innerhalb der Geschichte der hier relevanten Historiographie. So vermag sie, Forschungslücken sowie die teilweise grösseren Abstände zwischen Publikationen zu erklären und zeigt auf, wie in den letzten Jahren umgesetzte Projekte diese Lücken zu schliessen suchten.

Der letzte Teil der Arbeit baut auf den bisherigen Erkenntnissen auf und diskutiert die Bestrebungen in Belgien von Staat, Königshaus, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft, die belgische Kolonialgeschichte umfassender und multiperspektivischer zu erforschen, als das bisher der Fall war. Dabei macht die Arbeit deutlich, wie in der Geschichtswissenschaft die Art des Forschungsansatzes sowie die Formulierung von Hypothesen und Fragestellungen Ausdruck einer politischen Haltung sind.



Der Strippenzieher der Gärten Ihrer Majestät

Eine netzwerkanalytische und qualitative Untersuchung zu Aimé Bonpland als Intendant der kaiserlichen Domänen von Malmaison und Navarre (1808–1814)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Simona Boscani Leoni

In dieser Masterarbeit wird anhand eines netzwerkanalytischen und qualitativen Methodenmixes die bisher wenig erforschte Phase von Aimé Bonpland als Intendant der kaiserlichen Domänen von Malmaison und Navarre untersucht. Dazu wird zunächst ermittelt, welche Gründe und Beziehungen für eine Anstellung Bonplands als Intendant sprachen. Danach werden die domäneninternen und -externen wissenschaftlichen und administrativen Funktionen, Interaktionen und Praktiken Bonplands analysiert. Im letzten Analysekapitel werden schliesslich die Gründe für Bonplands Ende als Intendant in Malmaison beleuchtet.

Die wichtigsten Quellen zur Beantwortung der Fragestellungen bilden von Bonpland stammende sowie an ihn gerichtete und ihn betreffende Textzeugnisse. Dabei handelt es sich in erster Linie um Korrespondenzen und Gartenrapporte, die zum einen Teil aus Quelleneditionen stammen und zu einem anderen Teil in französischen Archiven vorliegen.

Die Domänen von Malmaison und Navarre, wo Kaiserin Joséphine ihren Wohnsitz hatte, waren um 1810 wichtige Orte der Einführung, Kultivierung und Verbreitung exotischer Gewächse. Ausserdem wurden in der prächtigen Parkanlage von Malmaison exotische Tiere und eine riesige Merinoschafherde gehalten, welche auf Wollmärkten wertvolle Einkünfte versprach.

Die Netzwerk- und Quellenanalyse haben ergeben, dass Bonpland bereits vor seiner Anstellung Kontakt zur Kaiserin pflegte, indem er ihr Pflanzen aus Amerika zusandte und mit ihr Korrespondenz führte.

Nach der Reise besuchte Bonpland Malmaison zwecks Pflanzenbeobachtung regelmässig. Ausserdem wies er als ehemaliger Student am Jardin des Plantes Kontakte auf, welche Joséphine beratend zur Seite standen. Kaum einen Bezug hatte Bonpland hingegen zu Napoleon.

Im zweiten Analysekapitel sticht besonders die Fertigstellung des botanischen Werks *Description des plantes rares cultivées à Malmaison et à Na-*

varre hervor, denn an diesem wird deutlich, dass innerhalb des Gartens ein Kollaborationsnetzwerk zwischen den Gewächsmalern, den Chefgärtnern, der Kaiserin, den Graveuren, den Druckern und dem Intendanten herrschte. Ausserdem setzte sich Bonpland als Botaniker mit Pflanzenexperimenten wie z. B. der Magnolienlikörherstellung und Vermehrungsmethoden auseinander.

Was die interne Akteursstruktur der Domänen anbelangt, lässt sich festhalten, dass sich Bonpland an der Schnittstelle zwischen administrativen und praktischen Akteuren befand. Seine wichtigste Ansprechperson war dabei der Generalintendant, von dem Bonpland Befehle empfing und Autorisationen für Tätigkeiten erhielt, welche er in der Domäne als notwendig erachtete. Auf diese Weise war Bonpland etwa als Berater in Landkaufgeschäften tätig.

Da Bonpland jedoch teilweise zu viel Geld ausgab und zu zögerlich handelte, wurde er vom Generalintendanten zu wöchentlichen Kontrollen einberufen und mit Lohnkürzungen bestraft. Mit dem Chefgärtner Delahaye hatte er ausserdem einen Kompetenzkonflikt, der erst durch die Intervention der Kaiserin gelöst werden konnte. Dafür lernte Bonpland mit Adeline Delahaye, der Chefgärtnerin von Navarre, in den Domänen seine künftige Ehefrau kennen.

In Bezug auf das dritte Analysekapitel lässt sich festhalten, dass Bonpland eine wichtige Rolle bei der Beschaffung und Vergabe von Pflanzen einnahm. Dafür tauschte er mit Botanikern, Pflanzenliebhabern und Gewächshändlern Kataloge und Pflanzendesiderata aus, auf deren Basis Gewächsaustauschgeschäfte organisiert wurden. So bestanden diesbezüglich etwa Kontakte nach London, Wien und Montpellier. Beim Transport war anschliessend wichtig, alles gut festzubinden und keine Verzögerungen zuzulassen, welche den Pflanzen schaden.

Ausserdem unternahm Bonpland verschiedentlich Reisen zur Begutachtung und Suche nach Pflanzen, wie seine Notizen aus Wien, Le

Mans, Angers, Nantes und Hyères zeigen. Auch Joséphine war in der Pflanzenbeschaffung aktiv, wie an Bonpland gerichtete Briefe aus Mailand offenbaren. Darin fragte sie den Intendanten um Rat, welche Pflanzen in Malmaison denn benötigt würden. Nicht zu vergessen ist ferner Bonplands Inspektionsreise nach Vitrolles, um den Zustand der verpachteten Merinoschafe zu begutachten.

Das Ende Bonplands in Malmaison war vor allem auf den Tod der Kaiserin zurückzuführen, denn dieser war verbunden mit einem Reputationsverlust der Domänen und einem Rückgang der finanziellen und wissenschaftlichen Möglichkeiten. Deshalb entschied sich Bonpland, gemeinsam mit Adeline und deren Tochter den Traum einer Rückkehr nach Amerika zu verwirklichen.



Myrjam Gabriela Hostettler

Lebensgeschichten aus den Leichenkellern der Anatomen

Die Leichenversorgung an der Berner Anatomie vom 19. Jahrhundert bis 1943

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Anfänge der anatomischen Arbeit in der Stadt Bern reichen ins 16. Jahrhundert zurück. Die früheste Erwähnung einer Leichensektion findet sich im Berner Ratsmanual von 1571; die „Leichenöffnung“ sollte Aufschluss über eine damals grassierende Krankheit geben.

Das erste Institut kam in Form von Albrecht v. Hallers *Theatrum Anatomicum* (1735/1740), gelegen im „Oberen Spital“. Trotz kurzer Betriebsdauer setzte Haller ein Ausrufezeichen und machte Bern vorübergehend zu einem Zentrum der Anatomiekunde. Ein zweiter Anlauf erfolgte am privaten Medizinischen Institut (1797–1805), als das Burgerspital den Anatomen Unterrichtsräume zur Verfügung stellte. 1805/06 entstand an der Gasse „Hinter den Speichern“, im Garten des Mädchenwaisenhauses, das Anatomische Institut der Akademie. Einen Quantensprung markierten die Gründung der Universität Bern um 1834 und das 1836 bezogene Anatomische Institut an der „Anatomiegasse“ (Genfergasse). Während Jahrzehnten hausten die Anatomen in Nachbarschaft zum *Grossen Zuchthaus* am Bollwerk, der einst grössten Strafanstalt in der Schweiz. Das Anatomische Institut zog 1897 an die Bühlstrasse um, wo es sich bis heute befindet – unter dem Namen *Institut für Anatomie*.

Für die medizinische Ausbildung sind die Körper von Verstorbenen unerlässlich; sie sind besondere Lehrmittel von unschätzbarem Wert. Am

Berner Institut wird der Bedarf an Körpern heute ausschliesslich durch freiwillige Körperspender und -spenderinnen gedeckt, die sich selbst zu Lebzeiten mit einer hinterlegten *Letztwilligen Verfügung* der Anatomie vermacht haben. Ein Blick in die Institutsgeschichte offenbart, dass Körperspender eine jüngere Entwicklung darstellen. Erst seit den 1980er Jahren kann sich der Lehrbetrieb vollumfänglich darauf stützen. In welchem Jahr der erste Körperspender an der Anatomie Bern einging, lässt sich aufgrund von Überlieferungslücken nicht mit Sicherheit eingrenzen. Die älteste noch erhaltene Erklärung zur Körperspende stammt aus dem Jahre 1936 – der Körperspender verstarb 1943.

Davor war die Berner Anatomie auf die Hilfe Dritter angewiesen, einerseits auf Überweisungen von Verstorbenen aus Spitälern, Psychiatrien, Gefängnissen und Armenhäusern, andererseits auf Freigaben durch Regierungsstatthalter, Gemeindevorstände, Polizeibehörden und Institute der Universität Bern (Pathologie, Rechtsmedizin). Jene eingewiesenen Verstorbenen waren keine Körperspender, weil sie sich zu Lebzeiten nicht persönlich für eine derartige Verwendung ihres Körpers nach dem Tod ausgesprochen hatten. Stattdessen war ihre Abtretung an die Anatomie durch Institutionen, durch Behörden oder selten durch Angehörige veranlasst worden. Bei den verabfolgten Toten handelte es sich mehrheitlich um Personen,

die keine Hinterbliebenen hatten, um deren Beerdigung sich niemand gekümmert hatte oder, bei Fundleichen, deren Identität nicht ermittelt werden konnte. Der Bezugsradius der Anatomie erstreckte sich auf das ganze Kantonsgebiet, ausserkantonale Überweisungen waren aufgrund der Konkurrenz mit der Basler und der Zürcher Anatomie rar.

Die Masterarbeit spürt diesen einstigen „Versorgungskanälen“ bis zum Eingang des ersten belegten Körperspenders 1943 nach und blickt auf die während Jahrzehnten von Leichenmangel geplagte Versorgungslage, das Ringen um die Körper von Verstorbenen sowie die Bestrebungen um rechtliche Absicherung.

Dafür greift die Masterarbeit auf einen breiten Quellenbestand zurück: Den Anfang machen die Berner Ratsmanuale des 16. bis 18. Jahrhunderts, Akten der Stadtkanzlei und Protokolle der Seckelschreiberei. Für die Ära am Medizinischen Institut (1797–1805) werden Manuale des Berner Sanitätsrats und das Dekretbuch der Verwaltungskammer herangezogen. Wie sich die Anatomie

an der Akademie (bis 1834) veränderte, zeigen Dossiers der Medizinischen Fakultät und Manuale der Kuratel. Anschliessend stehen Hochschulakten und ein umfangreiches Institutsarchiv zur Verfügung, um die Entwicklung der universitären Anatomie zu verfolgen.

Das Herzstück bilden die unmittelbar im Leichendienst entstandenen Zeugnisse, insbesondere der *Leichenrodel*, der von 1889 bis 2001 geführt wurde, ist von einzigartiger historischer Relevanz. Die Prosektoren erfassten darin alle am Institut eingegangenen Verstorbenen mit Namen, Alter und Abholort. Auch erzählt der *Leichenrodel* von Verstorbenen, die nach einer verfrühten Überweisung an Angehörige zurückgingen. Damit eröffnet der *Leichenrodel* für den Schweizer Raum neue Möglichkeiten, die frühere „Leichenversorgung“ an der Berner Anatomie zu erforschen, indem er eine qualitativ-quantitative Auswertung erlaubt, woher die Leichen stammten und aus welchen sozialen Gruppen sich diese zusammensetzten.



Manuel Jann

Von Hankou nach Moskau

Die Dominanz der russischen Teehändler im chinesisch-russischen Teehandel und die Veränderungen der Teerouten

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Tee ist neben Wasser das am häufigsten konsumierte Getränk der Welt. Mit Beginn des 16. Jahrhunderts gewann Tee als Handelsgut schrittweise an Bedeutung. Spätestens im 19. Jahrhundert hatte Tee einen hohen Anteil an den Handelsbeziehungen im asiatischen Raum. Dabei ist vor allem der britische Teehandel gut dokumentiert und erforscht. Dies, obwohl andere Länder und Regionen über viele Jahrzehnte einen ebenso bedeutenden Anteil am gesamten Teehandel abdeckten.

Die Arbeit will einen Beitrag dazu leisten, diese verzerrte Dokumentation zu korrigieren. Sie behandelt die Handelsbeziehungen zwischen Russland und China und setzt den Fokus auf den Teehandel im 19. Jahrhundert. Es wird die Frage

erörtert, weshalb russische Händler den chinesisch-russischen Teehandel über 50 Jahre dominieren konnten und nach der Oktoberrevolution 1917 abrupt verschwanden. Dies mit dem Ziel, folgende These zu überprüfen: Die russischen Teehändler konnten sich nur aufgrund der fehlenden europäischen Konkurrenz im chinesischen Teeexport von Ziegeltee etablieren und diesen über 50 Jahre lang dominieren.

Um diese These stützen oder entkräften zu können, werden Ursachen und Auswirkungen der Veränderungen der Handelsrouten unter Beleuchtung innen- und aussenpolitischer Faktoren sowie anhand von Analysen der Infrastruktur, der Transportwege und Transportarten beleuchtet.

Die Quellenlage ist eher ungünstig, da der Zugang zu chinesischen und russischen Quellen relativ schwierig ist und nur selten qualitative Übersetzungen vorliegen. Mit Hilfe von Nodegoat wird durch das Zusammenbringen von Routen aus der Sekundärliteratur eine visuelle Darstellung des sich über die Zeit verändernden Warenstroms chinesischen Tees nach Russland erstellt.

Politisch war der Handel im 19. Jahrhundert in Russland vor allem durch Zolltarifänderungen und gegen Ende des Jahrhunderts durch die Abschaffung des Feudalismus geprägt. Auf chinesischer Seite setzte man auf Expansion, was jedoch zu starken inneren Spannungen und Aufständen führte. Beide Länder sahen sich gezwungen, sich zunehmend mit dem europäischen Einfluss auseinanderzusetzen. Während Russland sich um eine zunehmende Vernetzung mit Europa bemühte, schottete sich China zunächst ab, um sich dann unter militärischem Druck dennoch stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Die Handelsbeziehungen zwischen Russland und China wurden über mehrere Jahrzehnte in der Form von Verträgen geregelt, beginnend 1689 mit dem Vertrag von Nerchinsk, welcher Grenzzusammenstöße regelte und Krieg als Konfliktlösung ausschloss. Damit wurden offiziell Handelsrouten definiert, welche die Voraussetzungen der beiden Länder, um Handel zu betreiben, signifikant beeinflussten. Wie bei den meisten Handelswaren beeinflusste auch beim Tee die Nachfrage entschei-

dend wie viele Ressourcen aufgewendet wurden, um das Produkt zu vertreiben. Besonders ab der Mitte des 18. Jahrhunderts nahm der Konsum von Tee im asiatischen und europäischen Russland stark zu.

Die Analyse zeigt auf, dass sich der russisch-chinesische Handel über vier Handelsrouten entwickelte, welche von 1689 bis Anfang des 20. Jahrhunderts zeitlich verschoben etabliert wurden. Jede neu erschlossene und vertraglich geregelte Route führte zu einer Verkürzung der Reisedauer. Waren es zu Beginn noch 15 Monate über Wasser- und Landstrecken, dauerte der Transport zuletzt dank der Transsibirischen Eisenbahn nur noch einen Monat.

Über die gesamte Entwicklungszeit dieser Routen zeigt sich, dass entgegen der oben vorgestellten These die europäische Konkurrenz gegenüber Russland in verschiedenen Phasen stark ausgeprägt war. Trotz dieses Drucks waren die russischen Händler in der Lage, den Teehandel aufrechtzuerhalten, auszuweiten und ihn zeitweise sogar zu dominieren. Entscheidende Faktoren für diese starke Stellung waren die gute Kenntnis der chinesischen Sprache, eine zeitweise politisch erwirkte Monopolstellung im Teehandel, technologischer Fortschritt in der Verarbeitung des Tees und gute Beziehungen zu China, was Russland im Vergleich zu Handelsnationen wie Grossbritannien einen Vorteil verschaffte.



Amanda Kaufmann

Gel(i)ebte Geschwister

Bürgerlich-patrizische Geschwisterbeziehungen in Bern im 18. und 19. Jahrhundert
am Beispiel der Familie Zeerleder

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Im Jahr 1842 beschrieb die Bernburgerin Albertine von Fellenberg-Zeerleder (1789–1869) in ihren Memoiren die Zusammensetzung ihrer Familie. Dabei rückte sie ihre Geschwister Ludwig, Albrecht, Karl, Gritli, Charlotte und Berni ins Zentrum ihrer Ausführungen – Geschwister als

Fundament der Familie. Der Bedeutung der Brüder und Schwestern innerhalb der Familie, wie sie diese historische Akteurin ausdrückte, wurde im Rahmen der bisherigen historischen Familienforschung nur marginal Aufmerksamkeit geschenkt. Wichtiger schienen bis anhin vertikale Familien-

beziehungen zwischen Eltern und Kindern oder horizontale Beziehungen zwischen Eheleuten. Wurden Geschwisterbeziehungen untersucht, so standen besonders inzestuöse Beziehungen oder materielle/ökonomische und machtpolitische Fragen – etwa die Sukzessionsregelung oder Erbschaftspraxis – im Fokus.

Während die bisherigen Untersuchungsansätze Geschwisterbeziehungen stark eingeschränkt analysierten, öffnet die vorliegende Arbeit die Perspektive und zeigt die Diversität der Beziehungen zwischen Geschwistern auf. Dabei geht es nicht darum zu fragen, *was* Geschwister genau waren, sondern vielmehr wird betrachtet, *wie* Geschwisterbeziehungen gelebt und gestaltet wurden. Die Arbeit fragt nach der Eingebundenheit der Geschwister im Alltag ihrer Brüder und Schwestern, ihrer Wichtigkeit bei der Ausgestaltung des eigenen Lebens und nach den Rollen und Funktionen, die Geschwister darin einnahmen.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Alltagspraktiken und die Beziehungspflege der neun Geschwister der bürgerlich-patrizischen Berner Familie Zeerleder im Zeitraum zwischen 1780 und 1850, die anhand von Selbstzeugnissen, im Besonderen Briefen, Memoiren und Tagebüchern, praxeologisch analysiert wurden. Die Arbeit mit Selbstzeugnissen ist aus mehreren Gründen interessant und fruchtbar. So erlauben sie etwa eine diskursorientierte Untersuchung ihres Inhalts und lassen gleichzeitig eine Analyse des sozialen Handelns der schreibenden Individuen zu. Sie begünstigen somit die Untersuchung des subjektiven Wahrnehmens und Deutens und – unter dem Blickwinkel der Praxeologie – des subjektiven Handelns.

Die achte in Bern ansässige Generation dieser Bernburger Familie hinterliess gerade in jener Zeit, in der die historische Familienforschung eine ‚Revolution‘ oder Transformation der Familie feststellt, also im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, ein Konvolut an Schriftstücken, die tiefe Einblicke in den familiären Alltag und die geschwisterlichen Beziehungen gewähren. Das umfangreiche, handschriftliche Quellenmaterial, verfasst von unterschiedlichen Geschwistern zu und in diversen Lebensabschnitten, erlaubt es, ein fragmentarisches Panorama der Geschwisterbe-

ziehungen der Brüder und Schwestern Zeerleder zu zeichnen. Angefangen in der Kindheit und Jugend über den *rite de passage* der ledigen Jahre zur Zeit der eigenen Familien- und Haushaltsgründung, beleuchtet die Arbeit drei Lebensphasen im Besonderen, in denen Geschwisterbeziehungen unterschiedlich geformt, gepflegt und konsolidiert wurden. In diesen Lebensabschnitten nahmen die Geschwister Zeerleder unterschiedliche Funktionen ein, sei dies als Erziehende, Pflegende und Fürsorgende, als unterstützende Kräfte im Alltag oder als Geschäftspartner. Strukturiert wurde diese geschwisterliche Multifunktionalität durch Parameter wie das soziale Milieu, das Alter und Geschlecht und die damit zusammenhängenden (gender)spezifischen Möglichkeiten und gesellschaftlichen Konformitätserwartungen.

Der in der Forschung beobachtete Bedeutungszuwachs horizontaler, innerfamiliärer Beziehungen im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts, charakterisiert durch eine zunehmende Emotionalisierung und Intimisierung zwischenmenschlicher Beziehungen, ist auch in der untersuchten Familie feststellbar. Die Analyse der Beziehungen der Geschwister Zeerleder zeigt, dass Bruder und Schwester mehr waren als Teile eines Familiengefüges, die aus familiären Solidaritäts- und Verantwortlichkeitsgefühlen handelten. Sie waren Freund und Freundin, wurden so zu zentralen Bezugspersonen und nahmen im Prozess der Selbstbildung und -findung ihrer Geschwister eine wichtige Rolle ein. So kam den Geschwistern auch eine bedeutende soziale Funktion zu.

Die Arbeit argumentiert, dass die verstärkte ‚Verfreundschaftlichung‘ geschwisterlicher Beziehungen dazu führte, dass im Leben und Austausch mit Geschwistern das Selbst konstituiert und in einen grösseren gesellschaftlichen Rahmen eingebettet werden konnte. Mittels geschwisterlicher Involviertheit wurde der eigene Platz in der Gesellschaft gefunden, gesellschaftliche Normen und Erwartungshaltungen vorgelebt, gelehrt und verinnerlicht und so das soziale Milieu zugleich produziert und reproduziert. Geschwister bildeten so nicht nur, wie von Albertine Zeerleder eingangs dargestellt, das Fundament der Familie, sondern waren auch wichtige Bausteine des gesellschaftlichen Gefüges.



Seylan Keles

„Das Leben hat es gefordert und wir haben es durchlebt“

Der Partizipationsprozess einer Migrantin in der Türkei und der Schweiz 1961 – 2000

Masterarbeit bei Dr. Francesca Falk

Im Zentrum dieser Masterarbeit stehen biografische *Oral History* Interviews mit einer Migrantin aus der Türkei. Die Analyse zeigt mit Rückgriff auf Studien von Pierre Bourdieu und Umut Erel, wie H. T. trotz minimaler Schulbildung durch ihr freiwilliges Engagement Mechanismen zur Aufwertung ihres kulturellen Kapitals schuf.

In der Türkei lernte sie durch ihr politisches Engagement, zielgerichtet zu recherchieren und vor grösseren Menschenmengen Ergebnisse rhetorisch geschickt zu präsentieren. In dieser Zeit erarbeitete sie sich auch Managementfähigkeiten und Kompetenzen zur Einschätzung von Menschen. Durch ihren Aufenthalt in einer Pflegefamilie eignete sie sich zudem eine Lesekultur an, die sie auch später beibehielt. In der Schweiz konnte

sie durch ehrenamtliche kulturelle und politische Arbeit ein Netzwerk aufbauen und so eine solide Basis schaffen für ihre Partizipation am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.

Durch einen Berufseinstieg im Bereich der Sozialen Arbeit verlagerte sich ihr kulturelles zunehmend in ökonomisches Kapital, was H. T. eine „Aufwärtsmobilität“ ermöglichte. So beteiligte sie sich auch am Aufbau von neuen Formen der Anerkennung von sozialem und kulturellem Kapital, was auch anderen Menschen in ähnlichen Situationen nützlich sein konnte.

Durch die Präsentation eines differenzierteren Bildes kann diese Untersuchung so auch stereotype Vorstellungen von „muslimischen Migrantinnen“ dekonstruieren.



Corina Liebi

Vom Kastner bis zum Kammermeister

Ein Rekonstruktionsversuch der bischöflich-fürstlichen Finanzverwaltung des Bamberger Hochstifts anhand der Kammeramtsrechnung 1487/88

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Im Spätmittelalter war der Bamberger Bischof Vorsteher zweier Verwaltungen, jener des Hochstifts und des Bistums. Diese Doppelfunktion der Reichsbischöfe ist hinreichend bekannt, doch standen ihre Auswirkungen auf die Herrschaftsführung und den Verwaltungsaufbau bisher kaum im Interesse der Forschung. So lassen sich zwar detaillierte Studien zu weltlichen Fürstentümern finden, doch können diese Forschungsergebnisse nicht einfach auf reichsbischöfliche Territorien übertragen werden.

Einzig das Hochstift Basel wurde bisher umfassend untersucht. Angesichts der Stellung der geistlichen Reichsfürsten im sozialen, rechtli-

chen und politischen Gefüge des Spätmittelalters erscheint das als bedeutendes Forschungsdefizit. Dies umso mehr in Anbetracht der Tatsache, dass reichhaltiges Quellenmaterial zur Verfügung stünde. Allein das Staatsarchiv Bamberg weist für den Zeitraum von 1438/39–1515/16 rund 370 Rechnungsbücher aus, welche der bischöflich-hochstiftischen Verwaltung zugerechnet werden können. Ab 1470 respektive 1487 sind zudem die Hofkastenamts- und Kammeramtsrechnungen seriell überliefert. Zudem weist das Bamberger Hochstift eine reiche Überlieferung an Urkunden, Urbaren, Zinsbüchern und weiteren Zeitzeugnissen auf.

Ausgehend von der Kammermeisterrechnung wurden in dieser Masterarbeit die Verwaltungsstrukturen der bischöflich-fürstlichen Finanzverwaltung im Jahr 1487/88 herausgearbeitet. Dabei steht die Frage nach der Rolle des Kammeramts innerhalb der hochstiftischen Verwaltung im Zentrum des Interesses.

Der Hauptteil der Arbeit umfasst eine ausführliche Beschreibung und Quellenanalyse der Kammeramtsrechnung von 1487/88. Ihr nachgeordnet folgen ein Beschrieb der Hofkastenamtsrechnung desselben Jahres sowie eine Übersicht über die lokale Amtsrechnung des Kastenamts Forchheim, Reut und Ebermannstadt. Der Aufbau der Arbeit orientiert sich an den Verwaltungsebenen und gibt einen tiefen Einblick in die Bamberger Rechnungsführungspraxis.

Basierend auf der Auslegeordnung dieser Rechnungsquellen kann gezeigt werden, dass das Kammeramt auf der obersten Verwaltungsebene der bischöflich-fürstlichen Finanzverwaltung anzusiedeln ist. Dem Kammeramt stand der Kammermeister vor, der die Rechnungen von allen untergeordneten Amtsträgern kontrollierte sowie alle Einnahmen und Ausgaben der Kammer (Kammergüter und zugehörige Ländereien) verwaltete. Der Einnahmeteil der Kammeramtsrechnung setzte sich dabei aus drei Teilen zusammen.

Erstens aus Einnahmen aus verschiedensten Herrschaftsrechten, die dem Kammermeister zur Amtsführung zugesprochen wurden (bspw. Zinse und Zehnten aus Wernsdorf). Zweitens aus Ansprüchen, die dem Bischof als weltlichem Herrscher zustanden (Regalien wie Zoll und Geleit) und drittens aus Überschüssen der lokalen Amtsrechnungen. Mit diesen Einnahmen deckte der Kammermeister die anfallenden Kosten für die Amtsführung des Bischofs sowie dessen Hofhaltung in der Stadt Bamberg. Diese reichten von Soldzahlungen über Konfekteinkäufe zu Hufeisen

für den Pferdestall bis zu sämtlichen Ausgaben, die im Alltag bei Hofe anfielen.

Auf der zweiten Verwaltungsebene war das Hofkastenamt angesiedelt. Es war für die Getreideeinnahmen und -ausgaben der Kammer zuständig und stellte die Versorgung des bischöflichen Hofes mit Korn, Weizen, Dinkel, Gerste und Hafer sicher. Das Hofkastenamt ist dabei sicherlich nicht als „Mittelbehörde“ zwischen Kammeramt und lokalem Amt zu werten. Obwohl das Amt gewisse zentrale Züge aufweist, nahm es wohl eher eine Sonderstellung unter den Kastenämtern ein, die aus seiner Angliederung an den bischöflichen Hof resultierte. Auffällig ist, dass der Hofkasten nur über eine sehr geringe Geldrechnung verfügte und die meisten Ausgaben des Hofkastners direkt über die Kammeramtsrechnung abgewickelt wurden.

Die letzte Verwaltungsebene bilden schliesslich die lokalen Ämter, die ihre Rechnungsüberschüsse in Geld ans Kammeramt und – je nach Bedarf – Getreide zur Versorgung des Hofes ans Hofkastenamt ablieferten. Ein Grossteil der Getreidebestände verblieb lokal bei den Kasten und wurde lediglich in den Rezessen ausgewiesen. Die Kastenamtsrechnungen bestanden jeweils aus einer Getreide- und einer Geldrechnung.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Kammeramtsrechnung zugleich als Zentralrechnung des Hochstifts, Amtsführungskasse des Bischofs und Bamberger Hofrechnung fungierte. In erster Linie ist sie aber Kammermeisterrechnung, also die Abrechnung des Kammermeisters, der gegenüber dem Bischof über seine Rechnungsführung Rechenschaft ablegte. Das Kammeramt ist damit zwar als zentrale Schnittstelle anzusehen, an der die Rechnungsergebnisse aller Verwaltungsebenen der bischöflich-fürstlichen Finanzverwaltung zusammenflossen, sie diente aber nicht unbedingt dazu, einen Gesamtüberblick über die hochstiftischen Finanzen zu geben.



Hochwasserschutz, Nutzungsformen und Revitalisierungsbemühungen

Der Alpenrhein von Reichenau bis Buchs 1790–2020

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Mit Ausnahme der *Internationalen Alpenrheinregulierung* und der Hochwasserereignisse von 1868 und 1927 sind umwelthistorische Aspekte des Alpenrheins nur spärlich erforscht. Wissenschaftliche Arbeiten, welche sich spezifisch mit dem Hochwasserschutz, den Nutzungsformen und den Revitalisierungsbemühungen auf dem Flussabschnitt von Reichenau bis Buchs auseinandersetzen, fehlen bisher gänzlich. Diese Forschungslücke soll durch die Masterarbeit geschlossen werden.

Das primäre Ziel bestand darin die Entwicklung der Hochwasserschutzmassnahmen und Nutzungsformen in einer Längsschnittstudie aufzuzeigen. Dabei wurde der erkenntnisleitenden Fragestellung nachgegangen, inwiefern sich der Hochwasserschutz und die Nutzungsformen am Alpenrhein auf dem Flussabschnitt von Reichenau bis Buchs im Verlauf der letzten zweihundert Jahre verändert haben. Ebenfalls wurden ökologische Missstände, die durch die Alpenrheinkorrektion und die gegenwärtigen Nutzungsformen hervorgerufen wurden, aus einer umwelthistorischen Perspektive aufgearbeitet. Als Untersuchungszeitraum wurde die Periode von 1790 bis 2020 analysiert.

Die Quellenlage ist umfangreich und vielschichtig: Um Informationen über den Uferschutz im 18. und 19. Jahrhundert zu erhalten, erwiesen sich Berichte und Denkschriften von Wasserbauingenieuren als aufschlussreich. Neben schriftlichen Quellen eigneten sich insbesondere Maleisen, Karten und Fotografien, um Veränderungen am Flusslauf und an der ufernahen Landschaft in Erfahrung zu bringen. Die Entwicklung der Nutzungsformen am Alpenrhein konnte mit Hilfe ungedruckter Archivquellen rekonstruiert werden. Methodisch gesehen wurde eine historisch-hermeneutische Herangehensweise gewählt.

Bevor der Mensch durch die Anlegung von Uferverbauungen Einfluss auf den Flusslauf nahm, hatte der Alpenrhein die Gestalt eines verzweigten Fließgewässers mit mehreren Seitenarmen. Die Landschaft war von weitläufigen Auenwäldern und Sumpfbereichen geprägt. Die meisten Dörfer

im Alpenrheintal wurden in erhöhter Lage errichtet, sodass die Wohngebäude im Hochwasserfall nicht von den Überschwemmungen betroffen waren. Der durch das regionale Bevölkerungswachstum verursachte Siedlungsausbau führte die Wohn- und Bauernhäuser im Spätmittelalter jedoch immer näher an den Fluss heran. Damals war der Hochwasserschutz in erster Linie Aufgabe der Gemeinden. Der unkoordinierte und unfachmännische Wuhrbau schützte die Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen nur unzureichend von den Hochwasserfolgen. Aus kostentechnischen Gründen waren ausschliesslich die Uferzonen in Häusernähe und die Anlegestationen der Fährstellen verbaut. Im Untersuchungsgebiet wurden Streich- und Schupfwuhre eingesetzt.

Im Jahr 1790 kam mit dem *Wuhrvertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Herrschaft Werdenberg* die historisch erste Vereinbarung zwischen zwei Herrschaftsgebieten bezüglich Hochwasserschutzbauten am Alpenrhein zustande. Die beiden Parteien legten gemeinsam die Flussbreite fest und erklärten die Anlegung von Schupfwuhren fortan für rechtswidrig. Zwischen 1850 und 1900 wurde der Hochwasserschutz am Alpenrhein aufgrund zahlreicher Hochwasserereignisse verschärft. Die bestehenden Wuhre wurden im Zeitraum von 1862 bis 1880 – im Rahmen der Ausführung der Alpenrheinkorrektion – durch Hochwasserschutzdämme ersetzt. Die Flussbegradigung verbesserte die Hochwassersicherheit um ein Vielfaches, ermöglichte den Brückenbau und legte Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung frei. Gleichzeitig bedeutete die Fertigstellung der Hochwuhre auch den Niedergang für mehrere Nutzungsformen am Alpenrhein. Sowohl die Flösserei als auch der Fährbetrieb wurden nach Vollendung der Uferdämme aufgegeben. Andererseits wurden die Kies- und Sandausbeutung sowie die Wasserkraftnutzung für die Stromerzeugung durch die Alpenrheinkorrektion erst ermöglicht respektive notwendig.

In der Gegenwart wirkt der Flusslauf ausgestorben und sein Erscheinungsbild ist von Mono-

tonie geprägt. Mit Ausnahme der alternierenden Kiesbänke auf dem Abschnitt von der Tardisbrücke bis Buchs besitzt der Alpenrhein keine strukturgebenden Elemente. Von den ursprünglich 30 Fischarten sind im 21. Jahrhundert lediglich noch neun Arten im Untersuchungsgebiet nachweisbar.

Seit den 1970er Jahren wuchs in der Bevölkerung und der Politik das Bewusstsein, dass die Begrädigung des Alpenrheins und dessen Nutzung für die Stromgewinnung weitreichende ökologische Konsequenzen nach sich gezogen haben. Als

Reaktion auf diesen Umstand veröffentlichte die Internationale Regierungskommission Alpenrhein im Jahr 2005 unter dem Titel *Entwicklungskonzept Alpenrhein* einen Massnahmenkatalog zur Gesamtrevitalisierung des Alpenrheins. Das Konzept umfasst verschiedene flussbauliche Massnahmen, welche dazu beitragen sollen, dass der Fluss seine gewässertypischen ökologischen Funktionen wiedererlangen kann. Die von menschlichen Eingriffen unberührten Mastrilser Rheinauen dienen dabei als Modell.



Gorane Lottenbach

Der Wandel des Frauenbildes der Miliciana im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Zu Beginn des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939), der durch den Militärputsch Francisco Francos seinen Anfang nahm, kam es zu einer Mobilisierung breiter Teile der Gesellschaft. Dabei beteiligten sich nicht nur spanische Männer, sondern auch viele Frauen am Widerstand gegen die Aufständischen.

Sie kämpften entweder als Milicianas (dt. Milizsoldatinnen) auf Seiten der Republikaner oder wurden an der Heimatfront tätig. Zur heroischen Figur der kampfbereiten Miliciana trat jedoch schon nach wenigen Monaten die Vorstellung hinzu, dass Milicianas Prostituierte seien.

Die vorliegende Masterarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Imagewandel auf den Grund zu gehen. In Anlehnung an die Historikerin Mary Nash wird dabei der Frage nachgegangen, ob die heldenhafte Figur der Miliciana tatsächlich nur zur Mobilisierung von Männern intendiert war, sodass Frauen, die sich ebenfalls davon angesprochen fühlten, als Prostituierte diskreditiert und schon bald wieder von der Front vertrieben wurden.

Zur Beantwortung dieser Frage wurden diverse Plakate, Zeitungsartikel, Zeitungsbilder, Zeitschriften, militärische Dekrete, Biografien und politische Reden im Zusammenhang mit dieser

Thematik sowie Aussagen einzelner Milicianas als Quellen herangezogen und mit dem Forschungsstand verglichen.

Im Einzelnen konnte nachgewiesen werden, dass in einer ersten Bürgerkriegsphase Frauen als Frontkämpferinnen durchaus willkommen waren. Prominentestes Beispiel dafür ist die Rede „No pasarán“ von Dolores Ibárruri, in welcher sie Frauen explizit zur bewaffneten Verteidigung der Zweiten Spanischen Republik aufrief. Diesem Appell folgten denn auch bis zu 7000 Frauen, bis heute sind allerdings keine exakten Zahlen zu den am Spanischen Bürgerkrieg als Milicianas beteiligten Frauen verfügbar.

In der zweiten Phase des Spanischen Bürgerkrieges, als sich ein Arbeitskräftemangel abzuzeichnen begann, wurde der Aufruf an die spanischen Frauen, sich an der Heimatfront zu betätigen, stärker. Dieser Stimmungswandel lässt sich besonders deutlich an der auf Plakaten und anderen Publikationen abgedruckten Losung ablesen: „Los hombres al frente, las mujeres a la retaguardia“ (dt. „Die Männer an die Front, die Frauen an die Heimatfront“).

In diese Phase fällt auch der Erlass diverser Militarisierungsdekrete zur Neuordnung der den franquistischen Truppen an Disziplin und Profes-

sionalität unterlegenen republikanischen Volksmilizen.

Ab 1937 wurden die Milicianas verstärkt mit Prostituierten assoziiert. Die Ursachen dieser veränderten Wahrnehmung lassen sich dabei nicht nur in den damals grassierenden Geschlechtskrankheiten finden, sondern sind auch in Publikationen der franquistischen Seite zu suchen, welche die Milicianas als vermännlichte, blutrünstige und amoralische Frauen verunglimpften. Ausserdem befanden sich unter den Milicianas tatsächlich auch einige (ehemalige) Prostituierte.

Die Masterarbeit gelangt zum Ergebnis, dass die Figur der Milicianas keineswegs nur Männer mobilisieren sollte und dass weder die Militarisierungsdekrete noch der Vorwurf, die Milicianas seien Prostituierte, dazu dienten, die Milicianas von der Front zurückzuziehen und an die Heimatfront zu drängen. Vielmehr traten einige Milicianas sogar in das neugeordnete republikanische Volksheer über, wie namentlich die Milicianas Mika Etchebéhère, welche den Rang eines Feldwebels bekleidete.



Jvan Lucchetta

Entwichene sowjetische Kriegsgefangene in der Schweiz

Lebens- und Arbeitsbedingungen im neutralen Staat während des Zweiten Weltkriegs

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Der Zweite Weltkrieg, Nazideutschland und die Judenvernichtung sind Themen, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder analysiert, untersucht und rekonstruiert wurden. Während des Zweiten Weltkriegs waren in der Schweiz mehr als 100 000 fremde Militärpersonen interniert. Davon waren etwa 20% sogenannte ‚entwichene Kriegsgefangene‘. Als entwichene Kriegsgefangene wurden nur diejenigen Militärpersonen behandelt, die im Verlauf von Kriegshandlungen gefangen genommen worden waren und danach aus der Gefangenschaft in die Schweiz entkommen konnten. Diese Arbeit thematisiert die Arbeits- und Internierungslager der Schweiz, in denen die Schweizer Behörden zwischen den Jahren 1942 und 1945 die entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen internierten.

In der Masterarbeit wird untersucht, wie diese Flüchtlinge in der Schweiz behandelt wurden, welchen Einfluss die Einführung der Arbeitspflicht für Ausländer in der Schweiz auf sie hatte und welche Konsequenzen die strikte Linie der Schweizer Behörden gegen die Verbreitung des Kommunismus für die entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen nach sich zog. Darüber hinaus wird hinterfragt, ob die Misshandlungsvorwürfe in der russischen

Zeitung *Iswestija* zutreffend waren. Zudem wird der Aufbau der Arbeits- und Internierungslager intensiv erforscht, um die Lebensbedingungen der sowjetischen Internierten nachzuzeichnen.

Im Bundesarchiv Bern, im Archiv der ETH Zürich für Zeitgeschichte sowie im schweizerischen Sozialarchiv in Zürich wurden sämtliche Quellen analysiert, die direkt oder indirekt mit den entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen in Verbindung standen. Da die Quellenlage nur die Sicht der Schweizer Behörden sowie der Schweizer Beteiligten widerspiegelt und nur sehr wenige sowjetische Zeitzeugnisse verfügbar sind, wird das Quellenmaterial auch aus einer lebensweltlichen Perspektive betrachtet, um die sowjetischen Lebenswelten in der Schweiz zu erfassen. Damit soll eine einseitige Reproduktion des Themas verhindert werden. Die Arbeit bedient sich einer Mischform aus quantitativer und qualitativer Analyse, um eine induktive Reproduktion der Erfahrung der entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen zu generieren.

Die essenziellen Strukturen der Arbeits- und Internierungslager der Schweiz, die in den Jahren 1942 bis 1945 für die entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen gebaut wurden, werden rekons-

truiert. Dabei stehen nicht nur materielle Strukturen im Vordergrund, die von besonderer Bedeutung für die sowjetischen Internierten waren – so etwa der Aufenthaltsraum, wo Musik gehört werden konnte – sondern auch die personellen Strukturen der Schweizer Lager. Von zentraler Bedeutung stellt sich die fehlende politische Vertretung der Sowjetunion in der Schweiz heraus.

Einer der Schwerpunkte dieser Arbeit betrifft die Untersuchung der Arbeitswelt der entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Nachdem die ersten Flüchtlinge über die Grenze kamen, wurden diese in der Landwirtschaft eingesetzt. Es wird aufgezeigt, wie die Arbeitsmoral der entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen mit der Zeit mehr und mehr sank. Als problematisch wird die unterschiedliche Arbeitskultur der beiden Länder identifiziert. Durch die fehlende politische Vertretung gab es seit dem Generalstreik 1918 in der Schweiz keinen Austausch mit der Sowjetunion mehr, sodass die beiden Parteien in den Arbeits- und Internierungslagern keine Vorkenntnisse bezüglich der jeweiligen kulturellen Unterschiede hatten.

Nicht nur bei der Arbeit kam es zu Konfrontationen. Die Analyse des Quellenmaterials zeigt auf, wie die Restriktionen der Schweizer Behörden die entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen isolierten, sodass ihre Lebenswelt stark reduziert

wurde. Die Alkoholexzesse im Ausgang waren ein Ventil für die sowjetischen Internierten, führten jedoch unter anderem zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der zivilen Bevölkerung sowie zu zwei Todesfällen.

Gegen Ende der Internierungszeit erhob die sowjetische Zeitung *Iswestija* schwere Vorwürfe gegenüber der Schweiz, in denen von Misshandlungen und Folter in den Arbeitslagern gesprochen wurde. Diese Vorwürfe werden aufgegriffen und die Quellen im Hinblick auf die tatsächliche Behandlung der Internierten begutachtet. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema des Kommunismus aufgegriffen und gezeigt, wie Schweizer Kommunisten versuchten, Einfluss auf die Internierten zu gewinnen. Weiterführend wird dargestellt, wie diese unter den daraus resultierenden Gegenmassnahmen litten.

Zuletzt werden die Schweizer Medien untersucht und es wird gezeigt, wie unterschiedlich bezüglich der entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen berichtet wurde. Diese Arbeit vermittelt einen Einblick in das harte Leben der entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen in der Schweiz sowie deren Schwierigkeiten. Die Untersuchung kann jedoch auch zeigen, dass keine Hinweise gefunden wurden, die die Misshandlungsvorwürfe bekräftigen könnten.



Lena-Sophie Margelisch

„Doch nun leb wohl für heute mein liebes Herz“ Der Briefwechsel zwischen Marie und Theodor Mommsen

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

Theodor Mommsen ist Gegenstand einer intensiven wissenschaftlichen Forschung. Nachdem sein Nachlass im Jahr 1933 zugänglich wurde, sind zahlreiche Aufsätze, Editionen und Biografien erschienen, die sich Leben und Leistung des Althistorikers widmeten. Innerhalb dieser umfangreichen wissenschaftsgeschichtlichen Forschung findet Mommsens privat-häusliches Umfeld – und insbesondere seine Gattin Marie geb. Reimer – erstaunlich wenig Beachtung. Die Be-

rücksichtigung seiner familiären Lebenswelt mit ihren spezifischen Praktiken und sozialen Rollen ist ein Desiderat.

Um die familiäre Lebenswelt dieses bedeutenden Vertreters des Berliner Bildungsbürgertums des späten 19. Jahrhunderts zu rekonstruieren, wurde die sich über 50 Jahre erstreckende Korrespondenz zwischen Theodor und Marie Mommsen ins Zentrum dieser Masterarbeit gestellt. Aus dem Quellenkorpus von 1170 Briefen wurden rund 200

Briefe im Zeitraum von 1862 bis 1896 zur Untersuchung herangezogen, die während Mommsens zehn Forschungsreisen nach Rom entstanden sind.

Ausgehend von der These, dass die Korrespondenz Phasen der physischen Trennung bewusst überbrückte, lag das Ziel dieser Arbeit darin, die unterschiedlichen sozialen und praktischen Funktionen zu definieren, welche das gegenseitige Schreiben für die Bildung und Erhaltung des häuslichen Alltags erfüllte. Dafür wurden die Briefe auf drei unterschiedlichen Ebenen beleuchtet:

Auf selbstreferenzieller Ebene wurde die Frage behandelt, wie die Ehegatten über das Schreiben an sich und das schriftliche Medium als Ereignis und Objekt sprachen. Dabei zeigte sich, dass die selbstreferenziellen Bezüge besonders in der gegenseitigen Vergegenwärtigung der Schreib- und Leseposition bestanden, zu der sowohl Schilderungen des Empfangs, der örtlichen oder zeitlichen Schreibsituationen oder der von aussen erzwungenen Störungen des Schreibakts gehörten. Beide Ehepartner waren darum bemüht, die Hinwendung zu Papier und Tinte als ausdrücklich für und in den Partner investierte Zeit zu inszenieren.

Auf performativer Ebene ging es um die Fragen, wie der normalerweise gemeinsam geführte Alltag in gegenseitiger Abwesenheit dargestellt wurde, welche gesellschaftlichen Ereignisse und täglichen Praktiken in den Briefen erwähnt wurden und inwiefern die Ehepartner bei diesen Beschreibungen bewusst mit stereotypen Geschlechterrollen spielten. Es waren die Bereiche Kindererziehung, Haushaltsorganisation und Geselligkeit, welche die dominierenden Themen der Korrespondenz bildeten. Die Briefe boten dabei nicht eine genaue Schau in den Alltag, sondern sehr bewusst selektionierte und reflektierte Einblicke, anhand derer das Ehepaar seine häusliche Lebenswelt und die komplexen Beziehungsver-

hältnisse ausdifferenzierte. Die Gatten nutzten die schriftlichen Interaktionen ausdrücklich als Bühne, um eheliche Rollen und Pflichten über den Akt des Schreibens zu präsentieren und zu nuancieren.

Auf pragmatischer Ebene interessierte, welche konkreten Aufgaben Marie Mommsen als familiäre Stellvertreterin ihres abwesenden Mannes einnahm. Die entscheidende Frage hierbei war, welche Rolle die Gattin bei der Aufrechterhaltung des für Mommsens Tätigkeit notwendigen Berufsnetzwerks hatte. Marie Mommsen protokollierte für ihren Ehemann nicht nur genauestens den personalen Ein- und Austritt im Haushalt, sondern versorgte diesen durch ihr aktives Eingreifen in die Berliner Bekanntenkreise auch kontinuierlich mit gesellschaftlichem und universitätspolitischem Wissen, um diesen aus der Ferne in die bürgerlich-akademischen Kreise Berlins zu inkludieren. Die Hausherrin fungierte zudem als wichtige Mittlerin, durch die mündlich oder schriftlich vorgebrachte Mitteilungen und Kontaktaufnahmen von und zu Mommsen zwischen Rom und Berlin gewährleistet wurden.

Das Ehepaar pflegte, regelte und kompensierte in seinem Briefwechsel unterschiedliche Facetten des getrennt verbrachten Alltags. Einerseits wurde das Schreiben dazu genutzt, um private Sphären zu zelebrieren, Intimität zu erzeugen und Alltagspflichten zu vergegenwärtigen. Das Ehepaar schuf damit innerhalb des Briefes ein wechselseitig ausgehandeltes, diskursives und nicht zwangsläufig der häuslichen Wirklichkeit entsprechendes Ideal. Andererseits diente der Briefwechsel dazu, den realen Alltag strategisch und effizient zu organisieren, wobei gerade Marie Mommsen über den ihr in zeitgenössischer Literatur zugeteilten weiblichen Kompetenzbereich hinauswirkte und Teil der althistorischen Grossforschung ihres Gatten wurde.



Die Siegelsammlung der Göldlin (von Tiefenau)

Familien- und Sammlungsgeschichte

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

In der vorgestellten Masterarbeit wurde versucht, mittels Methoden aus der Museums- und Archivarbeit sowie der Archäologie eine umfassende Untersuchung einer Sammlung von Siegeln durchzuführen. Dies geschah vor dem Hintergrund einer übergeordneten Fragestellung zur Familiengeschichte und der korrekten Inventarisierung der Objekte.

Die untersuchte Siegelsammlung befindet sich im Fideikommiss-Haus der Göldlin von Tiefenau am Hirschenplatz in Luzern. In der Sammlung befinden sich Abgüsse und Abdrücke aus Wachs oder Gips, grösstenteils von Siegeln von Familienmitgliedern der Göldlin (von Tiefenau). Das Geschlecht der Göldli siedelte Anfang des 15. Jahrhundert von Pforzheim in Baden-Württemberg nach Zürich über. Die Göldli gehörten im 15. Jahrhundert zu den einflussreichsten Familien Zürichs und stellten mit Heinrich Göldli (vor 1445–1514) von 1476 bis 1483 und 1486 einen Bürgermeister. Nach der Reformation brach die Macht der Göldli in Zürich zusammen. Mehrere Mitglieder wanderten nach Luzern oder Rapperswil aus. Die Luzerner Linie der Göldli erlosch 1600 und die Zürcher Linie 1677. Ein anderer Zweig der Familie, die sich nun Göldlin von Tiefenau nannte, kam über Sursee und Rapperswil nach Luzern. Von ihnen erhielt Hans Renward als erster 1604 das Luzerner Bürgerrecht.

Die Siegelsammlung selbst und die beiliegenden Dokumente bilden die wichtigsten Grundlagen der Untersuchung. Als weitere nicht gedruckte Quellen wurden die Familiengeschichte von Adalrich Arnold (1875–1941) und die mehrbändige Dokumentation der Familienmitglieder aus der Bibliothek im Haus am Hirschenplatz in Luzern hinzugezogen. Um mit der Sammlung arbeiten zu können, ist die wissenschaftliche Aufarbeitung und Aufnahme der Abgüsse und Abdrücke grundlegend. Dies bedeutet, dass jedem Objekt eine Inventarnummer vergeben wurde, die Daten der Objekte in einer eigens für die Arbeit erstellte Datenbank in FileMaker aufgenommen wurden, jedes Objekt fotografiert und schlussendlich fach-

gerecht verpackt wurde. Es wurden insgesamt 252 verschiedene Objekte gesichtet. Von diesen 252 Stücken wurden die Abdrücke und Abgüsse mit demselben Siegelbild und demselben Material als ein Objekt gezählt. Somit reduzierte sich die Anzahl der verschiedenen Siegelbilder auf insgesamt 119 Objekte.

Es konnten mehrere Sammlungsserien erkannt werden. Unterschieden werden kann zwischen der Serie von Gipsabgüssen auf blauem Karton mit Informationen zum Siegelführer, der Serie von hauptsächlich Wachsabdrücken mit Informationszetteln zum Siegelführer, welche mit Schreibmaschine verfasst worden sind und der Serie von Wachsabdrücken mit Nummern auf Karton mit Bleistift. Alle drei Serien können mit Vergleichen von Quellen aus dem Familienarchiv und den Aussagen von Christian und Marianne Göldlin von Tiefenau Heinrich Göldlin von Tiefenau (1866–1942) und Pater Adalrich Arnold (1875–1941) zugeordnet werden. Dies führt zu einem Entstehungsdatum der Sammlung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Der häufigste Siegeltyp bilden die Vollwappen- und Wappensiegel mit 76 Stück, hinzu kommt ein geistliches Wappensiegel. Die Sammlung enthält zudem vier Allianzwappensiegel und sieben geistliche Allianzwappensiegel, die grösstenteils von Privatpersonen geführt wurden und eine Zugehörigkeit zu einem Ort, einer weiteren Person oder einer Institution ausdrücken. Zudem sind elf Heiligensiegel, sechs Stadtsiegel und zwei Symbolsiegel vorhanden. Die am wenigsten vertretenen Siegeltypen bilden mit je einem Stück die Initialsiegel, die Schriftsiegel und die Bildnissiegel. Leider können 9 Stück aufgrund ihres schlechten Erhaltungszustands keinem Siegeltyp zugeordnet werden. Bei 60 Stück konnten die Siegelführer ermittelt werden, da sie aufgrund der Angaben auf Siegel und dazugehörigen Dokumenten nicht nur einem Archiv, sondern auch einer erhaltenen Urkunde zuweisbar waren. Alle bekannten nicht-institutionellen Siegelführer waren männliche Mitglieder der Familie Göldlin (von Tiefenau).

Es ist auffallend, dass ausschliesslich die katholischen Mitglieder der Familie mit besonderem Augenmerk auf die Mitglieder im kirchlichen Dienst in der Sammlung vertreten sind. Dies stimmt auch mit den Dokumenten aus dem Familienarchiv überein. Auch hier liegt das Hauptaugenmerk auf den katholischen Mitgliedern und viele der Siegelführer sind hier zu finden. Die hohe Anzahl an Wappen-, Vollwappen- und Alli-

anzwappensiegel macht in Bezug auf die Sammlung, welche mit dem Aspekt des Sammelns der Familiengeschichte gewachsen ist, durchaus Sinn. Die Siegelsammlung scheint ein weiterer Teil der Dokumentation der Familiengeschichte zu sein, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Auftrag von Heinrich Göldlin von Tiefenau (1866–1942) durchgeführt worden ist.



Svenja Mülhauser

Von lebenden Maschinen und Hafermotoren

Pferde als Arbeitstiere im Schweizer Postbetrieb des 19. Jahrhunderts

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Transport von Paketen, Geld, Briefen und Reisenden wurde im 19. Jahrhundert weitgehend durch tierische Zugleistung bewerkstelligt. So war auch die 1850 operativ gewordene eidgenössische Post keine Ausnahme und setzte gänzlich auf ihre Postpferde. Dennoch fanden die postalischen Arbeitstiere in der Literatur zumeist nur auf organisatorischer Ebene Erwähnung.

Die Masterarbeit stellt den Versuch dar, diese Lücke zu schliessen. Im theoretischen Rahmen der *Human Animal Studies* und mit einem historisch-hermeneutischen Zugang stehen die Pferde, ihre Rolle im Postbetrieb und ihre Beziehung zu den Menschen im Mittelpunkt der Untersuchungen.

Neben einschlägiger Literatur wurde vorwiegend postinterne Korrespondenz analysiert. Der Beizug von Bildquellen erlaubte es, die Mensch-Tier-Beziehung und die Organisation der Post zusätzlich aus einer visuellen Perspektive zu beleuchten.

Als Fundament gaben die Pferde die allgemeine Struktur des Postwesens vor. Aufgrund ihrer vielseitigen Einsatzmöglichkeiten prägten sie den entwicklungsfähigen und funktionalen Charakter der Post, ohne den sie im Kampf gegen die Eisenbahn nicht hätte bestehen können. Doch auch die tierische Zugkraft konnte der allmählichen Verdrängung der Pferdepост weg von den Haupt-

hin zu den Nebenstrassen und in die Bergregionen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht entgegenwirken. Dennoch leisteten die Postpferde weiterhin einen erheblichen Beitrag zur landesweiten Ausbreitung des öffentlichen Verkehrs- und Kommunikationswesens, bis sie mit dem Ersten Weltkrieg gänzlich durch moderne Verkehrsmittel ersetzt wurden.

Um diese Rolle im dynamischen Transportnetzwerk wahrzunehmen, war die gesamte Betriebsorganisation der Pferdepост auf Leistungs-optimierung ausgelegt. Entsprechend stand die Kontrolle über die tierische Zugkraft an oberster Stelle. Angesichts ihrer unentbehrlichen Nützlichkeit wurden die Pferde mit Kontrollmitteln wie Scheuklappen und Peitschen zum effizienten Arbeiten geleitet. Das Wohlbefinden der Tiere wurde dabei nicht massgebend berücksichtigt. Vielmehr war das Pferd nur ein Zahnrad in der Postmaschinerie, welches wortwörtlich zum Laufen gebracht werden musste.

Diese intensive Nutzung der Pferdeleistung bedeutete für die Post und alle Beteiligten wiederum einen grossen logistischen, materiellen, bürokratischen wie auch wirtschaftlichen Aufwand. Das verlangte nach einer zielgerichteten Organisation von der niedrigsten bis zur obersten Ebene des postalischen Netzwerkes, welche mit strenger Disziplin und straffer Ordnung durchgesetzt wurde. In

dieser leistungsorientierten Umgebung wurden die Pferde weitgehend als lebende Maschinen betrachtet und nicht als Individuen wahrgenommen. Dadurch wurde die Mensch-Tier-Beziehung auf eine ökonomische Rationalität reduziert und war von erheblichem Leistungsdruck gekennzeichnet. Das Verhalten gegenüber den Tieren war entsprechend weniger geprägt von der persönlichen Einstellung als vielmehr von der disziplinierten Umgebung.

Dennoch lassen sich zwischen den personellen Hierarchiestufen innerhalb des postalischen Netzwerkes Wahrnehmungsunterschiede feststellen. Während die Postverwaltung und die vertraglich an sie gebundenen Pferdehalter in den Tieren kaum mehr als Arbeitsgerätschaften sahen, kam den Postillionen als vermittelndes Bindeglied zwischen Tier und Umwelt eine spezielle Rolle zu. Doch auch sie hatten stets die Regeln der Postverwaltung einzuhalten und die leistungsorientierte Betriebsphilosophie umzusetzen.

Im Gegensatz zu diesen geschäftlichen Beziehungen wurde den Pferden von Aussenstehenden durchaus emotionale Beachtung geschenkt. Je weiter weg die entsprechende Person in einem Verhältnis zur Postverwaltung stand, umso mehr wurden die Postpferde auf einer emotionalen Ebene wahrgenommen; das Wohl der Tiere rückte in den Vordergrund. Diese Wahrnehmung veränderte sich auch im Verlauf der Zeit; rückblickend wurde bzw. wird die Pferdepost geradezu romantisiert.

Folglich waren es zum einen die Bedingungen, unter denen die Mensch-Tier-Beziehung stand und zum anderen die Ansprüche an das Bündnis, welche die Art der Beziehung zu den Pferden bestimmten und Wahrnehmungsveränderungen hervorriefen. Damit wirkten die Postpferde in ihrer Rolle als Arbeitstiere unter anderem auf ihre soziale Umwelt ein. Ein Umstand, der ihnen und anderen Tieren in der Geschichtswissenschaft mehr Beachtung einbringen sollte.



Dominik Nützi

Wissen als Netzwerk?

Die ETH-Professoren Schröter, Frey-Wyssling und Jaccard und ihr Wissensaustausch mit verschiedenen Akteuren

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Die ETH-Botaniker Carl Schröter, Albert Frey-Wyssling und Paul Jaccard waren zwischen den 1880er und 1930er Jahren wichtige Anlaufstellen für Auskünfte über tropische Kulturpflanzen wie Kautschuk oder Tabak. Die Forscher agierten jedoch nicht isoliert, sondern tauschten sich ständig untereinander und mit anderen Personen aus.

Um diese Beziehungen zu untersuchen, wurde der Austausch der Forscher anhand des *Akteur-Netzwerk-Modells* von Bruno Latour analysiert. Daraus ergab sich die Fragestellung, inwiefern das Wissen und der Wissensaustausch der drei ETH-Professoren als Netzwerk nach Latour eingestuft werden kann. Zusätzlich geht die Masterarbeit der Frage nach, welche Akteure und Aktanten in welcher Funktion Bestandteil eines solchen Netzwerkes sind.

Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen wurde eine breite Palette an verschiedenen Quellen unter die Lupe genommen. Von brieflicher Korrespondenz und Vortragsnotizen, über Notizbücher und Reisetagebücher, bis hin zu Fachartikeln wurden im Hochschularchiv der ETH Zürich sämtliche Unterlagen zu den drei Akteuren gesichtet und auf ihre Relevanz hinsichtlich der Fragestellung untersucht.

Die Eingrenzung des Forschungsgegenstandes erfolgte hauptsächlich anhand räumlicher Kriterien und beschränkte sich auf die Schweiz und die indonesischen Inseln Java und Sumatra, wo sich die Wege mehrerer Forscher und Akteure kreuzten.

Die „Lücken“, die danach in der Vernetzung der Forscher noch Bestand hatten, wurden mit

Quellen von Ernst Fickendey und Unterlagen verschiedener Kautschukkongresse weiter komplettiert. Diese Quellen beinhalten Informationen, welche die Unterlagen von Schröter, Frey-Wyssling und Jaccard aus verschiedenen Gründen nicht abdecken konnten. Durch den schwer fassbaren Begriff des „Wissens“ überschneidet sich die Arbeit mit verschiedenen Forschungsgebieten.

Zunächst wäre da die Forschung nach dem Wissen und Wissenstransfer, wobei dieses Themenfeld häufig Entwicklungen vor oder nach dem Untersuchungszeitraum dieser Masterarbeit untersucht.

Durch den transnationalen Ansatz bei der Untersuchung der Fragestellung und gerade hinsichtlich der Ausführungen über die Plantagen bewegte sich die Arbeit auch im Feld der *Post-colonial Studies* und versuchte in diesem Sinne, auch eine *agency* der lokalen Kleinbauern auf Java und Sumatra aufzuzeigen. Durch die Schnittstelle zwischen Schweizer Forschern und kolonialen Akteuren und Systemen wurde auch die Rolle der postkolonialen Schweiz und die gängige Volksmeinung, dass die Schweiz nichts mit dem Kolonialismus am Hut hatte, hinterfragt.



Aleksandra Petrović

Zwischen Nationalismus und Emigration

Der Jugoslawische Hilfsverein in der Schweiz und sein Publikationsorgan *Poezija i proza* in den Jahren 1947 bis 1971: Vereinsgeschichte und Erinnerungskultur einer Exilgemeinschaft

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

In der Schweiz leben zurzeit um die 300 000 Personen (ohne Schweizer Staatsangehörigkeit), die entweder selbst aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens in die Schweiz migriert sind oder deren Eltern oder Grosseltern aus diesem Gebiet stammen – eine beachtliche Zahl. Viele dieser Menschen kamen vor allem ab den 1960er Jahren als Gastarbeiter*innen oder politische Flüchtlinge in die Schweiz, einige jedoch bereits vor den 1960er Jahren. Darunterfallen fast 300 königstreue Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Jugoslawischen Armee, die grösstenteils aus italienischer Kriegsgefangenschaft im Verlauf des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz flüchten konnten und sich nach der Internierungszeit aus politischen Gründen dauerhaft in der Schweiz niederliessen.

Unter diesen royalistischen Militärangehörigen, die das kommunistische Jugoslawien offen ablehnten, befanden sich auch die Gründungsmitglieder des Jugoslawischen Hilfsvereins in der Schweiz (*Udruženje Jugoslovena u Švajcarskoj za uzajamnu pomoć*), der im Jahr 1947 unter dem Namen „Association d’entr’aide des Yougoslaves en Suisse“ in Lausanne gegründet wurde. Der Verein

sah sich als kulturelle und humanitäre Vereinigung und gab von 1964 bis 1988 sein eigenes kulturell-literarisches Bulletin namens *Poezija i proza* (Poesie und Prosa) heraus.

Die Masterarbeit ist die erste wissenschaftliche Arbeit, die sich vertieft mit dem Jugoslawischen Hilfsverein in der Schweiz beschäftigt. In einem ersten Schritt wurde die Vereinsgeschichte bis zum Jahr 1971 aufgearbeitet, wobei sich die zeitliche Eingrenzung an den Lebensdaten des ersten Präsidenten des Vereins, Vlastimir S. Petković, orientiert. Petković verstarb nach 24-jähriger Amtszeit als Vereinspräsident 1971 in Genf.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass der eigentlich explizit als nicht politisch gegründete Verein durch seine Angebote und die in den Monatsberichten benutzte Sprache dennoch als politischer Akteur mit internationalen Verbindungen eingestuft werden kann. Scheint der Verein durch seinen Namen auf den ersten Blick integrativ, in Bezug auf die Ethnien des ehemaligen Jugoslawiens, so wird diese Inklusivität in seiner Tätigkeit jedoch nicht wiedergefunden. Es ist eine spezifische Gruppe von Menschen, die zum Verein gezählt

und mit seiner Zeitschrift – auch international – angesprochen wurde. Grösstenteils handelte es sich dabei um ethnische Serb*innen, die die Vorstellung eines monarchischen Jugoslawiens mit serbischer Vormachtstellung teilten.

Der zweite Teil der Masterarbeit widmet sich der Untersuchung des Publikationsorgans des Vereins, *Poezija i proza*, im erinnerungskulturellen Kontext. Mithilfe der diskursanalytischen Methode wurde die in *Poezija i proza* artikulierte Erinnerungskultur mit Fokus auf die Identitätskonkretheit (wer wird zur eigenen Gruppe gezählt bzw. wer nicht), die Rekonstruktivität (Veränderungen in den Narrativen) und die Verbindlichkeit (wer zu uns gehört, hat so zu sein) herausgearbeitet. Dabei kristallisierte sich die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 als das wichtigste Erinnerungssymbol heraus. Die seit dem 19. Jahrhundert zum bedeutendsten Nationalmythos Serbiens arrivierte Schlacht erfuhr in den Texten in *Poezija i proza* eine vertiefte Mystifizierung und diente im Bulletin zur Überhöhung der „serbischen“ Geschichte. Zudem fungierte die Schlacht in rekonstruktiver Weise als Hoffnungssymbol für die politische Exilgemeinschaft und diente auch als Dreh- und Angelpunkt für weitere Erinnerungssymbole wie die Balkankriege 1912 und 1913 sowie den Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Die im Kontext der Erinnerungssymbole artikulierte Identitätskonkretheit zeigte verän-

derliche Variablen auf, wobei entweder die Religionszugehörigkeit oder die politische Einstellung als Indikator zur Abgrenzung dienten. Die untersuchten Texte konnten aufgrund der verwendeten Sprache grösstenteils als serbisch-national bis hin zu rassistisch bzw. nationalistisch eingestuft werden. Zudem agierte *Poezija i proza* vor allem im Zusammenhang mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als Gegenpol zur offiziellen Historiographie Jugoslawiens und war bemüht um eine „Richtigstellung“ der Geschichte. Die Geschichtsdarstellung in *Poezija i proza* zeigte sich jedoch nicht minder ideologisch verblendet als die offizielle Geschichtsschreibung Jugoslawiens.

Der Nachlass des Vereins für die Jahre 1953 bis 1984 kann im Stadtarchiv Zürich eingesehen werden. Im Nachlass sind neben den fast vollständig vorhandenen Monatsberichten des Vereins auch weitere Dokumente wie Todesanzeigen vorhanden. Ebenso im Stadtarchiv Zürich kann eine Dokumentensammlung der Stadtpolizei Zürich zum Verein eingesehen werden, die vereinzelte, aber nicht vollständig erhaltene, polizeiinterne Korrespondenzen zum Verein beinhaltet. Für die Zeit vor 1953 sind nur die Statuten des Vereins überliefert, die in der Zentralbibliothek Zürich eingesehen werden können. Alle Ausgaben von *Poezija i proza* sind in der Schweizerischen Nationalbibliothek der Schweiz archiviert.



Amon Portmann

Tierschutzorganisationen und ihre Beziehungsdynamiken am Beispiel der Tierversuchsfrage in der Schweiz von 1970 bis 1990

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Tierversuche waren ein Thema, dass die Tierschützer*innen in der Schweiz bereits in den 1870er Jahren in ein gemässigt und ein radikales Lager zu spalten vermochte. Nachdem es lange Zeit ruhig blieb um die Tierversuche, wurde die Diskussion in den 1970er Jahren wieder aufgenommen und in den 1980er Jahren verstärkt in der breiten Öffentlichkeit geführt. Der sozialhistorische Kon-

text dieser Zeit war geprägt durch kontinuierlichen technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dieser brachte auch Unsicherheiten und Zukunftssängste mit sich, die in Zurück-zur-Natur-Rufen ihren Ausdruck fanden. Die Frage nach dem richtigen Umgang des Menschen mit seiner Umwelt führte auch zur Frage nach dem Umgang mit seinen Mitgeschöpfen. Die Tierversuche wurden zum

Sinnbild einer zügellosen Ausbeutung und Zerstörung der Natur durch den Menschen.

Die Masterarbeit zeigt einerseits auf, was für Tierversuche in der Schweiz in den 1970er und 1980er Jahren von wem durchgeführt wurden. Andererseits wird der Frage nachgegangen, wer die Tierversuchsgegner*innen waren, wie sie in Beziehung zueinander standen, welche unterschiedlichen Argumente und politischen Aktionsformen sie verwendeten und was für Spannungen und Konflikte dabei entstanden.

Dabei wird ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt, der als politische Sozialgeschichte verstanden werden kann und der nebst politikwissenschaftlichen Konzepten auch soziologische und ferner kommunikationswissenschaftliche Ansätze miteinflussen lässt. Es finden Analyseinstrumente der sozialen Bewegungsforschung Verwendung, die bisher von der sozialgeschichtlichen Forschung wenig beachtet wurden. Mit Konzepten, die spezifisch auf die Neuen Sozialen Bewegungen abgestimmt sind, werden die organisationalen Strukturen, politischen Handlungsrepertoires und Beziehungsnetzwerke der Tierschutzorganisationen sowie die zugrunde liegenden Spannungsverhältnisse aufgedeckt.

Die verwendeten Quellen stammen alle aus dem bisher ebenfalls wenig beachteten Privatarchiv des Schweizer Tierschutzes (STS). Neben einer Sammlung der Vereinszeitschrift wurden auch zehn Ordner zum Thema Tierversuche nach relevanten Dokumenten durchsucht. Die Quellen besitzen grosses Potential zur weiteren Erforschung des Tierschutzes in der Schweiz.

Die Spaltung der Tierschutzorganisationen in ein gemässigt und ein radikales Lager zeigt sich auch in den 1970er und 1980er Jahren. Die Radikalen setzten sich zum Ziel, Tierversuche komplett abzuschaffen, während die Gemässigten den pragmatischen Weg einer Reduzierung verfolgten.

Obwohl sich beide auf umweltschützerisches Gedankengut stützten, unterschieden sie sich doch sehr stark hinsichtlich Ideologie und daraus resultierenden politischen Aktionsformen. Die Radikalen beschworen mittels einer polarisierenden

Ideologie einen Entweder-oder-Konflikt herauf, bei dem die chemisch-pharmazeutische Industrie und die gemässigten Tierschützer*innen als böse Mächte hochstilisiert wurden. Dabei folgten sie einer Logik des Konflikts und des Aktivismus', wie sie für soziale Bewegungen typisch sind. Die Gemässigten rund um den STS hingegen waren geprägt durch eine Logik der Zusammenarbeit und der Repräsentation.

Der STS als alteingesessene Tierschutzorganisation war weitgehend institutionalisiert und hatte Zugang zu den neokorporativen Machtstrukturen. Die Radikalen versuchten dieses Defizit mittels einer Inszenierung des Politischen, die in einer polemischen Sprache und militanten Aktionen ihren Ausdruck fand, zu substituieren. Der STS andererseits griff vorwiegend auf institutionelle Taktiken zurück, nahm etwa an Eidgenössischen Kommissionen teil oder versuchte in der internationalen Tierschutzpolitik Veränderungen anzustossen, was mit einer ab den 1970er Jahren zunehmende Internationalisierung des Tierschutzes zusammenhing.

Die Tierversuchsgegner*innen befanden sich in einem Spannungsfeld, das durch die Tierschutzorganisationen, deren Mitglieder, die Machtträger*innen und ferner die Medien und die Öffentlichkeit definiert wurde. Es wurden einerseits Allianzpartnerschaften geschmiedet, andererseits Kontroversen ausgetragen, wobei die Konflikte zwischen den Gemässigten und den Radikalen besonders heftig waren.

Spannungsverhältnisse zwischen Lokalismus und Globalisierung, Aktivismus und Repräsentation, Zusammenarbeit und Konflikt stellen charakteristische Elemente dar, die in der Forschungsliteratur der Umweltbewegung zugeschrieben werden, aber auch auf die Tierschutzbewegung zutreffen. Es wird argumentiert, dass die Tierschutzbewegung der 1970er und 1980er Jahre als eine von der Umweltbewegung unabhängige Neue Soziale Bewegung verstanden werden kann, deren Entstehung durch den sozialhistorischen Kontext begünstigt wurde und die durch das offene politische System der Schweiz geprägt war.



Nachrichtenaustausch zwischen der Schweizer Armee und Österreich-Ungarn

Die Relevanz des Nachrichtenbulletins der Schweizer Armee vor dem Hintergrund der offenen Quellen

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Nachrichten und damit auch die Nachrichtenbeschaffung waren bereits für Clausewitz ein essenzieller Teil militärischer Planung. Als am 1. August 1914 die Schweizer Armee mobil machte, stand die Nachrichtensektion des schweizerischen Armeestabes jedoch vor einem Dilemma. Wie die gesamte Schweizer Armee war auch sie nur mit geringen finanziellen Mitteln ausgestattet und stand entsprechend vor dem Problem, dass sie zur Beschaffung von Nachrichten nicht auf ein eigenes Agentennetz zurückgreifen konnte.

Die Obersten Karl Egli und Moritz von Wattenwyl entschieden sich daher dazu, mit dem Deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn einen Nachrichtenaustausch zu etablieren. Dieser sah vor, dass die Schweiz von den beiden Zentralmächten kriegsrelevante Nachrichten erhielt und die Schweiz im Gegenzug Nachrichten an die beiden Staaten lieferte.

Um diese Abmachungen einzuhalten, lieferte ein Radfahrer des Armeestabes das *Nachrichtenbulletin des Armeestabes* jeweils an die Militärattachés sowohl des Deutschen Kaiserreichs als auch Österreich-Ungarns aus. Diese Lieferungen blieben jedoch nicht unbemerkt und führten zum Jahreswechsel 1915/16 zur Oberstenaffäre sowie einem Prozess. Egli und von Wattenwyl wurden zwar militärstrafrechtlich freigesprochen, erhielten jedoch eine drastische Disziplinarstrafe und wurden aus dem Militärdienst entlassen. Hauptanklagepunkt war die Preisgabe geheimer Informationen an einen Drittstaat, also die Weitergabe des Nachrichtenbulletins.

Die Vertreter des Deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns bezeichneten die Bulletins immer als äusserst relevant und für ihre Zwecke wichtig. Es stellt sich jedoch die Frage, inwiefern diese im nachrichtendienstlichen Gesamtrahmen der Zentralmächte tatsächlich relevant waren. Hierzu ist eine Untersuchung notwendig, um festzustellen, woher die in den Nachrichtenbulletins aufgeführten Nachrichten stammten. In Gänze ist dies in einer Masterarbeit nicht machbar, aber da

sowohl die Schweiz als auch Österreich-Ungarn den italienischen Irredentismus als eine der grössten Gefahren des Krieges betrachteten, ist zu erwarten, dass der Nachrichtenaustausch zwischen der Schweizer Armee und Österreich-Ungarn diesbezüglich Aufschluss zumindest in einem Teilbereich zu geben vermag. Die vorliegende Masterarbeit konzentriert sich daher darauf und fragt nach dem Gehalt des Nachrichtenaustausches zwischen der Schweizer Armee und Österreich-Ungarn.

Als Erstes enthält die Arbeit ein theoretisches Grundgerüst zur Nachrichtenbeschaffung und der Geschichte der Nachrichtendienste. Danach folgt eine Darstellung der Oberstenaffäre als Ausgangspunkt der Untersuchung. Für das Verständnis, wie es zum Nachrichtenaustausch kam, gilt es auch, die bereits vor dem Krieg bestehenden militärischen Kontakte zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vertiefter zu betrachten. Zentral dafür war ein Treffen zwischen Generalstabschef Oberstkorpskommandant Theophil Sprecher von Bernegg und dem Leiter des k.u.k. Evidenzbüros Oberst Eugen Hordliczka von 1907. Die Folge dieses Treffens war ein von Sprecher *Punktuationen* genannter Eventualbündnisvertrag und die Entsendung eines österreichisch-ungarischen Militärattachés nach Bern. Die Zusammenarbeit hörte hier jedoch nicht auf. In den Akten des k.u.k. Militärattachés in Bern finden sich Briefwechsel zu diversen Besuchen von Schweizer Offizieren auf den österreichisch-ungarischen Kriegsschauplätzen.

Um die Fragen nach der Relevanz des Nachrichtenbulletins und der Provenienz der darin enthaltenen Nachrichten zu beantworten, zog der Autor nebst den Akten des k.u.k. Militärattachés in Bern auch die Akten der Nachrichtensektion des schweizerischen Armeestabes heran. Bei der Analyse der Akten des k.u.k. Militärattachés stellte sich heraus, dass dieser eine Vielzahl von Zeitungen abonniert und Ausschnitte daraus nach Wien gesendet hatte. Um diese besser kontextualisieren zu können, untersuchte der Autor mit der *Neuen*

Zürcher Zeitung und dem *Freien Rätler* auch Zeitungen als Quellengrundlage.

Die Analyse der Inhalte der Unterlagen der Nachrichtensektion des schweizerischen Armeestabes zeigte für all jene Unterlagen, die der Autor nicht dem Nachrichtenbulletin zuordnen konnte, dass die Informationen mehrheitlich von den eigenen Grenztruppen kamen oder, gerade vor dem Hintergrund, dass die Schweiz kein funktionierendes eigenes Agentennetz hatte, aus Österreich-Ungarn selbst stammen mussten. Die Nachrichtenbulletins selber enthielten mehrheitlich amtliche Meldungen, welche sich auch in der *Neuen Zürcher Zeitung* finden liessen, oder Meldungen ausländischer Zeitungen wie dem *Corriere della Sera* oder dem *Secolo*. Der Inhalt des Nachrichtenbulletins stammte also mehrheitlich aus offenen Quellen und war somit frei zugänglich.

Es zeigte sich also, dass die Relevanz des Bulletin mit Blick auf die Übermittlung von geheimen Informationen nicht besonders hoch war. Die bis zum Oberstenprozess an die Zentralmächte gelieferten Nachrichtenbulletins enthielten, bezogen auf Österreich-Ungarn, einen verschwindend kleinen Anteil an Informationen, den die Donaumonarchie nicht ohnehin schon auf Grund ihrer eigenen Arbeit respektive aus Zeitungsanalysen hatte. Die Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Armee und den österreichisch-ungarischen Militärbehörden hatte mit Blick auf den Nachrichtenaustausch also nicht die Dimension einer Spionageaffäre, sondern diente primär dazu, einigermassen valide Informationen trotz geringer eigener Ressourcen über das als potentieller Feind angesehene Königreich Italien und seine militärischen Verbände zu gewinnen.



Sara Valentina Rohr

Die mittelalterliche Koadjutorenschaft

Überlegungen zu einem gesamtkirchlichen Phänomen mit Schwerpunkt auf die Basler Koadjutorie zwischen 1499 und 1527 im Kontext des Hochstifts

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Im Laufe des Spätmittelalters fanden sich im Heiligen Römischen Reich an der Seite von Bischöfen vermehrt Koadjutore. Bei diesen handelte es sich laut dem zeitgenössischen kanonischen Recht um Stellvertreter für Bischöfe, welche aufgrund von Arbeitsüberlastung, Altersschwäche sowie körperlicher oder geistiger Krankheit dauerhaft an der Ausführung ihres Amtes verhindert waren.

Da die Bischöfe des Heiligen Römischen Reichs zusätzlich zu ihrer Funktion als geistliche Oberhirten auch als weltliche Fürsten über ein eigenes Territorium herrschten, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Koadjutore ihren Koadjutus nur in der Leitung und Verwaltung des Bistums oder auch in der Regierung des Hochstifts vertraten. Letzteres setzt voraus, dass in der Praxis des Heiligen Römischen Reichs bereits eine Erweiterung der Koadjutorie als geistliches Amt um

eine weltliche Komponente nach dem Vorbild des Doppelcharakters der Bischöfe erfolgt war.

Ab dem 14. Jahrhundert wurden Koadjutore ausserdem vermehrt für noch regierungsfähige Bischöfe ernannt. Dies hatte zur Folge, dass aus rechtlicher Sicht zwei legitimierte Regenten in der Diözese – und möglicherweise auch im Hochstift – nebeneinander existierten. Es stellt sich also die Frage nach der Funktion und den Kompetenzen solcher Koadjutorien, insbesondere auch im Kontext des Hochstifts.

In einem ersten Arbeitsschritt wurden die Grundlagen der mittelalterlichen bischöflichen Koadjutorie erarbeitet, indem der Koadjutor in Abgrenzung zu weiteren Formen der bischöflichen Stellvertreterschaft typologisiert wurde. Dies erlaubte auch die Problematik eines *sede impedita*, also eines verhinderten Bischofs, aufzuzeigen. Die dadurch gewonnenen Ergebnisse dienen in Ver-

bindung mit der Auswertung einer repräsentativen Studie zu Koadjutorien im Heiligen Römischen Reich zwischen dem Erlass des grundlegenden Dekrets *De Clerico Aegrotante Vel Debilitato* 1296 und dem Beginn des Konzils von Trient 1545 als Referenzrahmen für die Aufarbeitung der Basler Koadjutorie zwischen 1499 und 1527. Dabei lag der Fokus stets auf der noch unerforschten Rolle der Koadjutore in der Leitung und Verwaltung der Temporalia.

Die Rekonstruktion der Gründe für die Einrichtung der 94 identifizierten Koadjutorien, der daran beteiligten Parteien sowie der konkreten Kompetenzen der Koadjutore zeigt, dass diese hinsichtlich ihres Sozialprofils, ihres Bildungshintergrunds und ihrer Professionalisierung dieselben Tendenzen wie das Reichsepiskopat aufwiesen. So stammte die Mehrheit aus dem Adel, hatte eine Universität besucht, war anschliessend im Umfeld von weltlichen und geistlichen Höfen tätig, besass ein Domkanonikat und war teilweise – in unterschiedlichem Umfang – an der Leitung und Verwaltung des Hochstifts beteiligt.

Diese Sachverhalte zeigen sich auch am Fallbeispiel Basel. Die dort errichteten drei Koadjutorien wurden in Bezug auf die vier Aspekte Herkunft, bischöflicher Hof, ökonomische Basis sowie konkurrierende Mächte untersucht. Die untersuchten Koadjutorien erfolgten während den Episkopaten von Kaspar zu Rhein (1479–1502) und Christoph von Utenheim (1502–1527), welche von der aktuellen Forschung in die Gruppe der ‚Kleinen Bischöfe‘ eingeordnet werden, da sich der Basler Episkopat zu Beginn des 16. Jahrhunderts in einer Finanzkrise befand und nur geringe Bedeutung für Königtum und Reich aufwies.

Kaspar zu Rhein und Christoph von Utenheim konnten im Gegensatz zu ihren Vorgängern das finanzielle Defizit nicht durch private Investitio-

nen ausgleichen. Vor diesem Hintergrund wurde daher zusätzlich die These geprüft, dass der Basler Bischof und sein Domkapitel die Koadjutorie als Mittel verstand, um die Sanierung der Finanzen voranzutreiben. So sollte ein vermöglicher Koadjutor einerseits anstelle des finanzschwachen Bischofs Geldbeträge aus seinem Privatvermögen ins Hochstift investieren und andererseits durch eine umsichtige und gut organisierte Finanzverwaltung die Schulden abbauen. Im Gegenzug konnte er die Regierung übernehmen und erhielt die Aussicht auf die Nachfolge auf die Basler *cathedra*.

Dementsprechend wurden dem Statthalter und Regenten Christoph von Utenheim und dem Koadjutor Niklaus von Diessbach bei ihrer Einsetzung die Finanzadministration übertragen. Wie vom Domkapitel verlangt, erstellte Utenheim eine Übersicht über den laufenden Finanzhaushalt und bemühte sich um die Begleichung der von seinem Koadjutor hinterlassenen Schulden. Obwohl er in der Folge eine leichte Senkung des jährlichen Defizites erreichte, gelang ihm die Sanierung der Finanzen nicht, weshalb er sich – nun als Bischof – seinerseits ab 1511 um die Einsetzung eines vermöglichen Koadjutors bemühte. Sein Koadjutor Niklaus von Diessbach gewährte ihm daher 1519 bei Amtsantritt ein zinsloses Darlehen über 3000 Gulden. Allerdings vermochte auch er den baslerischen Finanzhaushalt nicht zu sanieren. Zudem war Bischof Utenheim nicht bereit, durch die Übertragung der Leitung und Verwaltung des Hochstifts an seinen Koadjutor, seine bereits ‚kleinen‘ Handlungsmöglichkeiten weiter einzuengen.

Als Fazit kann daher festgehalten werden, dass aufgrund der entstandenen Streitigkeiten die Basler Koadjutorie anstatt die Schulden abzubauen, zusätzliche Kosten generierte.



Sex auf den Ruinen der bürgerlichen Moral

Massenmediale Sexuaufklärung im sozialistischen Jugoslawien

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Die Installierung eines sozialistischen Staats- und Gesellschaftsmodells (1945) und der Bruch mit der Sowjetunion (1948) beeinflusste den jugoslawischen Sexualitätsdiskurs mehrfach: Einerseits führte die daraus resultierende Ablehnung von religiös, traditionell, patriarchal oder sowjetisch interpretierten Wertkomplexen zu einer Offenheit gegenüber progressiven Normen zur Sexualität. Andererseits hatte diese Ablehnung ein Vakuum an sexuellem Wissen zur Folge. Diese Lücken, die die zurückgewiesenen Wissensbestände hinterlassen hatten, wurden alsbald durch medizinische Expert*innen gefüllt, die unter anderem in Zeitschriften Wissen zu Sexualität vermittelten.

Die vorliegende Arbeit untersucht diese massenmediale Wissensvermittlung zur Sexualität im sozialistischen Jugoslawien anhand der Aufklärungskolumnen *Intimni razgovori* in der Kommunistischen Jugendzeitschrift *Mladost* (1956–1966) und *Evin notes* im Zeitschriftenhybrid *Start* (1972–1979). Sie geht erstens der Frage nach, welche Moralcodes die Aufklärungskolumnen hinsichtlich Sexualität vermittelten. Zweitens stellt sie die Frage, inwiefern der sozialistische Gesellschaftsentwurf Jugoslawiens auf das Wissen und die Normen rund um den Sex einwirkten. Mit einer wissenschaftsgeschichtlichen Methodik werden die Aufklärungskolumnen hinsichtlich vier Dimensionen analysiert: ihrer medialen Funktionsweisen, der involvierten Akteur*innen, der vermittelten Wissensinhalte sowie der Genealogie dieses Wissens.

In der Aufklärungskolumne *Intimni razgovori* bot der Experte Dr. Pavle Milekić in Monologform Rat in Sachen Sex, Beziehung, Pubertät oder Problemen in der Schule. Den Sex unterstellte der Experte den Bedürfnissen der jugoslawischen Gesellschaft: Um das Kollektiv nicht mit einer ungewollten Schwangerschaft zu belasten, riet er kategorisch von vorehelichem Sex ab. Dadurch wurden praktische Ratschläge zur Verhütung oder zu sexuellen Techniken aus dem Zuständigkeitsbereich einer Kolumne ausgeklammert, die sich in erster Linie an Jugendliche richtete. Überdies

pathologisierte die Kolumne Homosexualität und Masturbation.

Mitte der 1960er Jahre wurde die jugoslawische Presse schliesslich zunehmend von den zahlreichen Kontrollmechanismen befreit und Wettbewerbsmechanismen ausgesetzt, was eine starke Vervielfältigung der Presse und Zeitschriften wie *Start* hervorbrachte – ein Format, das ab 1972 seriöse Reportagen, Interviews mit internationalen Persönlichkeiten, Nacktbilder und Sexuaufklärung publizierte. In Aufklärungskolumnen wie *Evin notes* reagierten Expert*innen nun direkt auf schriftliche Einsendungen von Leser*innen. An die Stelle der Norm, keinen Sex vor der Ehe zu haben, trat in *Evin notes* der Anspruch ans Individuum, auch während der Jugend innerhalb der Liebesbeziehung sexuell aktiv und befriedigt zu sein. Innerhalb der Liebesbeziehung war denn auch alles erlaubt, was der individuellen Befriedigung diene.

So vermittelte der Experte Marijan Košiček den Leser*innen das nötige Wissen zu Verhütung sowie zu Sexstellungen und -techniken, um dem Liebespaar zu befriedigendem Sex zu verhelfen. Aus Košičeks Norm des Beziehungssex vorerst ausgeschlossen blieb jedoch Sex zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen, den er erst nach dessen Legalisierung durch das kroatische Strafgesetz 1977 normalisierte.

Ein Kontinuum, das den jugoslawischen Sexualitätsdiskurs prägte, war die hohe Gewichtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau: Schon in *Intimni razgovori* galt die Gleichberechtigung als selbstverständlicher Wert. Korrespondierend mit der Rhetorik der Kommunistischen Partei, die die ‚Frauenfrage‘ weitgehend als gelöst erachtete, wurde die Gleichberechtigung jedoch als Gegebenheit verstanden und jeglicher Handlungsbedarf verneint.

In *Evin notes* ging der Experte Marijan Košiček einen Schritt weiter, indem er die Gleichberechtigung explizit auf den Sex anwandte: Dadurch wurde die sexuelle Befriedigung der Frau zum zentralen Moment des in *Evin notes* vermit-

telten Wissens. Ermöglicht wurde diese Verschiebung nicht zuletzt durch die liberale Gesetzgebung hinsichtlich des Schwangerschaftsabbruchs und durch die staatliche Förderung moderner Verhütungsmittel ab Mitte der 1950er Jahren, die den sexuellen Akt von der Gefahr einer Schwangerschaft zu lösen vermochten.

Diese Erkenntnisse stellt die Autorin schliesslich in einen internationalen Kontext: Sie fragt einerseits danach, ob im sozialistischen Jugoslawien von einer ‚sexuellen Revolution‘ gesprochen

werden kann. Andererseits skizziert sie einen Vergleich mit der Aufklärungskolumne *Dr. Sommer* in der westdeutschen Jugendzeitschrift *Bravo*.

Diese transnationale Perspektive zeigt einerseits, dass das progressive Selbstverständnis Jugoslawiens auch die sexuellen Moralcodes stark beeinflusste. Andererseits zeigt der Vergleich, dass die ‚balkanistische Gegenüberstellung‘, jene pauschale Dichotomie von ‚Europa‘ und ‚Südosteuropa‘, scheitern muss.



David Michael Schenker

Das Trainpferd in der Schweizer Armee

Eine zivil-militärische Beziehung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Masterarbeit entstand im Zusammenhang mit dem SNF-Forschungsprojekt „Kulturen und Raumordnungen der Arbeitstiere. Grundlagen zu einer Geschichte der tierlichen Trag- und Zugarbeit, 1750–1950“, einer Kooperation der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU) mit dem Archiv für Agrargeschichte (AfA).

Die Arbeit hat auf der Basis einer historisch-hermeneutischen Herangehensweise eine historische Betrachtung von Arbeitstieren in militärischen Quellen zum Ziel. Dabei ist die zivil-militärische Beziehung zwischen der Nutzung von Pferden im Armeetrain und motorbetriebenen Fahrzeugen im Umfeld der Militärgeschichte der Schweiz bislang kaum untersucht worden. Dies verblüfft, da gerade das Pferd jahrhundertlang bis zur Motorisierung der grosse „Helfer“ bzw. das vielseitig genutzte „Werkzeug“ war, wodurch sich die zivilen oder militärischen Besitzer einen Vorteil für sich verschafften oder dies zumindest erhofften. Heute, im 21. Jahrhundert, ist das Pferd in der Armee vermehrt zu einem Publikums-magnet geworden, gleichsam ein Public-Relations Werkzeug.

Der Untersuchungszeitraum der Masterarbeit beginnt vor dem Ersten Weltkrieg, konkret im

Jahr 1911. Die Truppenordnung aus diesem Jahr war die letzte vor dem Ersten Weltkrieg und bildet somit einen geeigneten Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung. Der Erste wie auch der Zweite Weltkrieg sind in der Untersuchungsperiode enthalten; somit können auch die Einflüsse dieser beiden Kriege an den Grenzen der Schweiz auf die Ansprüche an das Trainpferd gut ab- und nachgebildet werden.

Der zu untersuchende Zeitraum endet nach dem Zweiten Weltkrieg um 1950, da im Krieg militärische und technische Neuerungen und Taktiken erprobt und auf ihre Tauglichkeit in der Realität getestet wurden. So flossen die gewonnenen Erkenntnisse auch in die Truppenordnung der Schweizer Armee und deren Neuausrichtung hinsichtlich der Waffentechnik, Führung und Armeezusammenstellung ein. Die Debatte über die Schwerpunkte der Aufrüstung und Technisierung der Schweizer Armee hielt über den gesamten Untersuchungszeitraum in zivilen wie militärischen Kreisen an. Das Pferd, im Speziellen das Trainpferd, stand hierbei zur Debatte und war Teil der Diskussion über die Aufrüstung und Reorganisation der Schweizer Armee.

Die Zahl der Trainpferde nahm zwischen 1911 und 1950 stetig ab. Für die Frage, wie sich der zi-

vile bzw. militärische Anspruch an das Trainpferd änderte, wurden in der Masterarbeit erstens Amtsdrukschriften wie Bundesratsbeschlüsse sowie die Protokolle der Kommissionen, die sich mit der Armee, dem Import, der Zucht und der Ausbildung von Pferden für den Armeetrain befassten, analysiert. Zweitens wurden Berichte in Zeitungen und landwirtschaftlichen Fachzeitschriften herangezogen, um die Sichtweise, Beweggründe und Diskussionen der Zivilbevölkerung darzulegen. Drittens wurde die Sichtweise des Militärs und dessen Vertretern über die Analyse von Artikeln in militärischen Fachzeitschriften oder Berichten von Vertretern der Armee miteinbezogen.

Die Masterarbeit zeigt auf, welche zivilen und militärischen Ansprüche an das Trainpferd in den Jahren 1911–1950 gestellt wurden, im Speziellen während des Ersten wie auch des Zweiten Weltkrieges. In der Schweiz, welche nicht direkt in das Kriegsgeschehen involviert war, lassen sich

trotzdem Auswirkungen auf die Ansprüche an das Trainpferd feststellen. Das Trainpferd wurde immer mehr durch motorisierte Kraftwagen ersetzt, insbesondere aufgrund der monetären, technischen und leistungsabhängigen Vorteile. Der Einsatz des Trainpferdes beschränkte sich vermehrt auf unwegsame Gebiete, in welchen Motorfahrzeuge erschwert bis gar nicht operieren konnten. Dieser Verdrängungsprozess wurde allerdings durch Engpässe bei der Versorgung mit Militärfahrzeugen zeitweise abgebremst.

Zusätzlich kann aufgezeigt werden, dass es durch die militärische Requisition von Pferden aus den landwirtschaftlichen Betrieben zu einer Neuorientierung und motorisierten Optimierung bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen kam. Die Motorisierung der Landwirtschaftsmaschinen und des Traktors führten zu einer verminderten zivilen Nachfrage nach Pferden, was sich auch auf das Pferdeangebot des Militärs auswirkte.



Nadine Schenker

Atomwaffen, nein danke?

Der mediale Diskurs der Deutschschweiz über das Atomwaffenprogramm der Schweiz
1958–1969

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Kurz nach den Atombombenabwürfen auf Nagasaki und Hiroshima kam auch in der Schweiz die Idee eines eigenen Atomwaffenprogramms auf. Eine erste Kommission, die sich abgeschottet von der Öffentlichkeit mit dieser Thematik befasste, wurde bereits 1945 gegründet. Im Kontext des Kalten Kriegs, auf den die offizielle Schweiz mit der „Totalen Landesverteidigung“ im militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Bereich reagierte, äusserten sich einige ranghohe Militärs für eine Bewaffnung des Landes mit nuklearen Waffen. Als Gegenpol dazu und nach dem Vorbild anderer Länder Europas formierte sich in der Schweiz 1958 die Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung (SBgaA).

Die Bewegung machte in den folgenden Jahren durch verschiedene Aktionen wie die Atominitiati-

ve I oder mehrere Ostermärsche auf sich aufmerksam. Unter anderem wegen den lauter werdenden Forderungen nach Atomwaffen und den daraus entstandenen Gerüchten sah sich der Bundesrat 1958 gezwungen, sich öffentlich zur Thematik zu äussern, was er am 11. Juli 1958 tat. Diese erste öffentliche Verlautbarung sprach sich eher für nukleare Waffen aus. Allerdings besass der Bundesrat keine definitiven Pläne für den Kauf oder Bau von Atomwaffen. Mit der Verlautbarung wollte er sich lediglich die nukleare Option offenhalten. Diese erste Äusserung des Bundesrates löste diverse Reaktionen im In- und Ausland aus und stellt für die Masterarbeit den Anfang des öffentlichen Atomwaffenprogramms der Schweiz dar.

Rund elf Jahre später, im November 1969, unterzeichnete die Schweizer Regierung den

Nonproliferationsvertrag. Dieser verbot Staaten, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung keine Atomwaffen besaßen, in Zukunft neue Waffen anzuschaffen. Obwohl der Vertrag erst elf Jahre später vom Parlament ratifiziert wurde, kann der Unterzeichnungszeitpunkt als offizielles Ende des Schweizer Atomwaffenprogramms betrachtet werden, ohne dass die Schweiz jemals im Besitz von Atomwaffen war. Die Unterzeichnung des Nonproliferationsvertrages stellt denn auch das Ende des untersuchten Zeitrahmens der Masterarbeit dar.

In der Masterarbeit wird die Berichterstattung der Deutschschweiz über das Atomwaffenprogramm untersucht. Um die Analyse besser zu gliedern, wurden insgesamt sechs Ereignisse in den elf Jahren des gewählten Zeitraums ausgewählt. Neben der ersten öffentlichen Verlautbarung des Bundesrates und der Unterzeichnung des Nonproliferationsvertrages wurden vier weitere Ereignisse in der Arbeit behandelt. Die SBgaA lancierte 1958 die Atominitiative I, die die Produktion, den Kauf und die Lagerung atomarer Waffen für die Schweiz verbieten wollte. 1962 wurde darüber abgestimmt und die Initiative abgelehnt. Diese Initiative sowie die ein Jahr später von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereichte und vom Stimmvolk ebenfalls abgelehnte Atominitiative II, die zur Überwindung einer drohenden Spaltung der Partei lanciert worden war und ein obligatorisches Referendum bei der Beschaffung nuklearer Waffen forderte, stellen zwei weitere Ereignisse dar, die in der Arbeit analysiert werden. Schliesslich findet auch die Berichterstattung zu den von der SBgaA 1965 und 1966 lancierten Ostermärschen Eingang in die Analyse.

Die Masterarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die Diversität des medialen Diskurses über das Atomwaffenprogramm in den Deutschschweizer Zeitungen zu untersuchen. Es wurde den Fragen nachgegangen, welche Argumente von welchen Akteur*innen verwendet wurden, ob Bilder trans-

portiert und wie diese eingesetzt wurden und wie die Zeitungen über die Aktionen der Gegenbewegung berichteten. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Zeitungen im untersuchten Zeitraum meist stark politisch orientiert waren und oft einer Partei angehörten, was sich in ihrer Berichterstattung widerspiegelte.

Das Sozialarchiv in Zürich sammelte diverse Zeitungsartikel zum Atomwaffenprogramm. Aus diesem Quellenkorpus wurden verschiedenste Artikel im Hinblick auf die gestellten Fragen ausgewählt. Da in den gesammelten Zeitungsartikeln zur Atomwaffenthematik Artikel aus der Französisch, Italienisch und Rätomanisch sprechenden Schweiz untervertreten waren, wurde der Fokus auf Deutschschweizer Zeitungen gelegt. Die Artikel wurden anschliessend qualitativ untersucht, was die Menge an Artikeln einschränkte. Methodisch orientiert sich die Arbeit an der Diskursanalyse nach Michel Foucault, die methodisch und begrifflich durch Reflexionen von Philipp Sarasin und Achim Landwehr spezifiziert wird.

Die Arbeit konnte unterschiedlichste Argumente hervorheben, die in der Berichterstattung zu den untersuchten Ereignissen hinzugezogen wurden. Einige Argumente verwendeten die Autor*innen spezifisch für bestimmte Ereignisse. Verweise auf die humanitäre Tradition fanden sich beispielsweise hauptsächlich am Anfang des untersuchten Zeitraumes. Bei der Berichterstattung zur Atominitiative I stand bei den Gegner*innen der Atombewaffnung die Vorbildfunktion der Schweiz im Fokus. Befürworter*innen einer Schweizer Nuklearbewaffnung argumentierten im Kontext der Atominitiative II mit der Geheimhaltung des Atomwaffenprogramms. Bezogen auf den Nonproliferationsvertrag führten die Autor*innen vertragsspezifische Argumente ins Feld. Andere Argumente wie die Neutralität oder den Antikommunismus fanden bei praktisch jedem Ereignis Verwendung und wurden von unterschiedlichsten politischen Seiten eingesetzt.



„... mit noch schwereren Lastladungen wird das Uebel noch schlimmer ...“

Wie die 28t-Gewichtslimite die Öffentlichkeit polarisierte und die Transitverhandlungen zwischen der Schweiz und der EG von 1989 bis 1991 prägte

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Mit der Internationalisierung des Warenverkehrs und der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes wurde die Schweiz in den 1980er Jahren mit neuen verkehrspolitischen Problemen konfrontiert. Die Globalisierung führte zu einem Anstieg der Mobilität, wodurch insbesondere der Strassenverkehr ein Wachstum verzeichnete und die Verkehrssysteme ausgebaut wurden.

Die europäische Gemeinschaft (EG) setzte sich vor diesem Hintergrund für einen liberalen Güterverkehr ein und förderte Massnahmen, welche den Warenaustausch innerhalb Europas vereinfachten. Die bestehenden verkehrspolitischen Regulierungen in der Schweiz waren für die EG entsprechend ein Dorn im Auge. Die 28t-Limite sowie das Nacht- und Sonntagsfahrverbot für Lastwagen erschwerten den freien Güterstrom und führten zu einem Mehrverkehr in den Nachbarländern, allen voran in Österreich. Entsprechend übte die EG auf die Schweiz und ihre restriktive Verkehrspolitik Druck aus. In den Verkehrsverhandlungen von 1989 bis 1991 liess die EG von ihrer Forderung nach einer Erhöhung der 28t-Limite auf 40 Tonnen bis kurz vor Abschluss des Transitvertrages nicht ab. Der damals zuständige Bundesrat Adolf Ogi, von 1988 bis 1995 Vorsteher des damaligen EVED, setzte sich in den Gesprächen entschieden für die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene ein und beharrte auf die 28t-Gewichtslimite für Lastwagen, welche die Schweiz durchquerten. Ziel war es, die Zunahme von ausländischen Fahrzeugen auf den einheimischen Strassen zu verhindern. Das Narrativ der 28 Tonnen entwickelte sich schliesslich zum Hauptargument im politischen Diskurs.

In der Forschungsliteratur wurde die Gewichtslimite nachträglich als Mythos bezeichnet. Eine fundierte Analyse des Narrativs unter Berücksichtigung der Theorien aus der Mythosforschung blieb bis anhin jedoch aus. Ausgangspunkt der Masterarbeit ist deshalb die These der 28t-Limite als Mythos und die Frage, ob und mit welcher Begründung diese Gewichtsbeschrän-

kung als mythische Erzählung bezeichnet werden kann. Mit Hilfe der Theorien aus der Forschung und der qualitativen Analyse der Quellen des Bundesarchivs sowie des Archivs SBB Historic wird eine differenziertere Betrachtung des Mythos' im Kontext der Verkehrspolitik angestrebt.

Unter Berücksichtigung der jüngsten Erkenntnisse von Wodianka, Bizeul und Hein zeigt die Arbeit auf, dass es sich bei der Gewichtslimite erstens um einen modernen Mythos handelt, welcher zweitens im Handlungsfeld der Politik zu verorten ist. Das Narrativ wurde von Politiker*innen intentional verwendet, um ihre Interessen im Inwie Ausland demokratisch durchzusetzen. Insofern stellte die Limite ein Glaubenssatz dar, welcher durch eine einfache Erzählstruktur und eine symbolische Sprache die Sympathien für die Anliegen der Politik zu gewinnen vermochte. Gleichzeitig nahm das Narrativ eine Orientierungsfunktion ein, welche die damals komplexe Realität in Bezug auf die Verkehrspolitik reduzierte. Die Erzählung diente somit als Bindeglied zwischen der Gesellschaft und der Politik. Dass die 28t-Limite auf politischer Ebene eine Konsensbereitschaft herbeiführte, bestätigten die verschiedenen Vorlagen zur Stärkung der Verlagerung des Schwerverkehrs, welche in den 1990er Jahren vom Volk angenommen wurden.

Seine Bedeutung verloren hat der Mythos Mitte der 1990er Jahre, als unter dem nachfolgenden Bundesrat Leuenberger die Aufhebung der Gewichtslimite zur Diskussion stand. Als möglicher Auslöser für die Abkehr von den 28 Tonnen war das überraschende Nein der Bevölkerung zum EWR-Beitritt im Dezember 1992. Spätestens ab diesem Zeitpunkt stand die Schweiz erneut vor politischen Herausforderungen und mitten in der Diskussion um die Frage nach der europäischen Integration. In diesem Kontext schienen die Positionen der politischen Akteure jedoch nicht so eindeutig und man benötigte in der Frage nach einer europäischen Annäherung neue Deutungsmuster.



Das Zucht- und Waisenhaus St. Leonhard 1661–1689

Masterarbeit bei Prof. Dr. Simona Boscani Leoni

Das Zucht- und Waisenhaus St. Leonhard in St. Gallen entstand 1663 und ist Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit. Einerseits sollten in der angegliederten Strumpfmanufaktur Waisenkinder arbeiten, andererseits diente die Anstalt als Zuchthaus für Erwachsene. Die Arbeit untersucht, welche Ziele sich die Institution bei der Gründung setzte, wie sie organisiert war und welche Regeln sie anordnete. Es soll jedoch auch gefragt werden, wie und ob diese Ziele, Strukturen und Regeln tatsächlich umgesetzt wurden. Damit berührt die Arbeit institutions-, wirtschafts-, sozial- und alltagsgeschichtliche Themen. Die Fragen beziehen sich auf St. Leonhard, wodurch sich die Untersuchung auf den Raum der Stadt St. Gallen begrenzt. Zeitlich beginnt die Arbeit mit dem Plan zur Errichtung des Zucht- und Waisenhauses 1661 und endet mit der ersten Schliessung 1689. Die Grundlagen der Untersuchung sind erstens die Zucht- und Waisenhausordnungen, zweitens die Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben und drittens die Protokolle des Zucht- und Waisenhauses.

Das Modell solcher Arbeitsanstalten stammt aus Amsterdam. Zuchthäuser kommen in der Forschung häufig in Zusammenhang mit Sozialdisziplinierungstheorien vor. Mit den genannten Quellen sollen allerdings nicht nur die obrigkeitlichen Vorschriften, sondern die Handlungsspielräume der Insass*innen, der Waisen und des Personals zentral sein.

Die Ordnungen zeigen, dass die Obrigkeit die Anstalt aus sozialpolitischen, wirtschaftlichen und erzieherischen Gründen eröffnete. Die bestehenden Fürsorgestrukturen waren überlastet. Zudem stellte die Obrigkeit einen Bildungsmangel fest, da viele Kinder ihren als „liederlich“ eingeschätzten Eltern nacheifern würden. Sie wollte sowohl die Kinder als auch die Erwachsenen arbeitswillig machen und ihnen bürgerliche Tugenden nahebringen. Durch den Arbeitszwang erhoffte sie sich ausserdem einen finanziellen Gewinn. Die wirtschaftlichen Interessen zeigten sich an den Pflichten der Angestellten. Die hierarchisch strukturierte Verwaltung hatte eine strenge Aufsichtspflicht, damit die Arbeiten fristgerecht und

exakt durchgeführt wurden. Die Ordnungen gaben konkrete Handlungsanweisungen in diversen Lebensbereichen, so wurde der Tagesablauf der Kinder und der Insass*innen stark strukturiert. Diese Tagesordnung hing eng mit der Unterbringung der Waisen im Spital zusammen. Die meisten Kinder wohnten im Spital und arbeiteten tagsüber in der Strumpfstrickerei zu St. Leonhard. Die Institution St. Leonhard stand in einer grossen Abhängigkeit von verschiedenen Ämtern, da diese sowohl einen finanziellen Beitrag leisteten als auch einen Teil der Fürsorge übernahmen.

Die quantitative Auswertung der Einnahmen und Ausgaben ergab, dass das Zucht- und Waisenhaus die wirtschaftlichen Ziele nicht erreichte. Die Einnahmen durch die produzierten Strümpfe und das Textilmaterial waren nicht so hoch wie erhofft. Die Ausgaben für das Personal, den Unterhalt sowie die benötigten Materialien zur Produktion von Strümpfen überstiegen die erwarteten Kosten.

Ähnlich ging es auch anderen Zucht- und Waisenhäusern in der Alten Eidgenossenschaft. Das Handwerk des Strumpfstrickens war eine verbreitete Tätigkeit in Arbeitshäusern. Durch die Analyse der Rechnungsführung konnte nachgewiesen werden, dass der Zuchtmeister die Rechnungen der ersten sechs Gründungsjahre verfälschte. Er wollte wohl die finanzielle Lage besser darstellen und die hohen Schulden verdecken.

Durch die qualitative Analyse der Protokolle konnten die Gründe für Einweisungen ermittelt werden. Die Insass*innen kamen beispielsweise wegen Arbeitslosigkeit, Armut oder aufgrund ihres „liederlichen“ Lebens ins Zuchthaus. Besonders für Kinder galt der Aufenthalt als Chance für eine Lehre. St. Leonhard konnte den Kindern allerdings keine zünftig anerkannte Ausbildung bieten. Die Kinder mussten auch nach langjährigem Aufenthalt im Zuchthaus eine Lehre bei einem*einer zünftischen Meister*in machen. Auch für die Insass*innen brachten die einfältigen Arbeiten keine nachhaltigen Vorteile.

Sowohl das Zuchthauspersonal als auch die Insass*innen setzten die Ordnungen oft nicht nach obrigkeitlichem Wunsch um. In den Protokollen

sind Belege von diversen Strafen wie der Klotzstrafe, Schlägen, Zusatzarbeit oder der Stadtverweisung vorhanden. Im Alltag gab es Konflikte, Grenzübertritte, Reibereien und Flucht.

Dennoch existierten freiwillige Eintritte, denn St. Leonhard war nicht nur ein Strafort, sondern ebenso ein Zufluchtsort. Einige wehrten sich gegen die Einweisungen, aber viele waren froh um die Möglichkeit zur Ausbildung oder zur Arbeit.

Die Insass*innen und Waisen hatten einen Handlungsspielraum, widersetzten sich den Regeln und trafen selbst Entscheidungen.

In der Arbeit konnte durch einen alltagsgeschichtlichen Ansatz die *agency* – die Handlungsfähigkeit – der Insass*innen und der Waisen gezeigt und damit die Sozialdisziplinierungstheorien entkräftet werden.



Silvio David Scholl

Von Druckerpressen und Strassenbahnwagen

Eine quantitativ-qualitative Analyse der Inhalte der *Neuen Zürcher Zeitung* zur Strassenbahn und deren Bedeutung für die innerstädtische Mobilität in Zürich: Ein Blick auf die ersten drei Zürcher Tram-Jahrzehnte

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Am 28. August 1882 lieferten sich Zürcher Schulkinder ein Wettrennen mit neuartigen Gefährten, welche mit Pferden bespannt waren und von der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) tags darauf als „Wunderding“ bezeichnet wurden. Wovon die NZZ hier berichtete, waren die Testfahrten der ersten Strassenbahnwagen in Zürich. Dieses damals neue Verkehrsmittel fügte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert in eine Fülle von Veränderungsprozessen ein, in deren Verlauf Zürich zur grössten und einwohnerreichsten Stadt der Schweiz heranwachsen sollte. Für die Mobilitätsgeschichte ist dieser Urbanisierungsprozess von grosser Bedeutung, da dieser in Zürich, analog zur Entwicklung in anderen europäischen Städten, neue Mobilitätsbedürfnisse generierte und unter anderem zum Aufkommen der Strassenbahn führte. Das urbane Verkehrsmittel fand hierbei nicht nur den Weg in zahlreiche Stadtteile, sondern auch in die Zeitungsspalten der NZZ, welche in dieser Masterarbeit mit Fokus auf die Periode von 1880 bis 1905 ausgewertet wurden.

Mit dem Blick in die liberale Tageszeitung soll hierbei nicht die vorhandene historische Forschung zur Zürcher Strassenbahn mit der Auswertung zusätzlicher Quellenbestände ergänzt werden, sondern der Versuch unternommen werden,

diese um eine neue Perspektive zu erweitern: Obwohl Inhalte der NZZ zur Strassenbahn in Zürich in der besagten Untersuchungsperiode am Rande bereits in früheren Forschungsbeiträgen thematisiert wurden, fehlt bislang eine umfassende und tiefgründige Untersuchung von diesen. Für die Schliessung dieser Forschungslücke bietet das NZZ-Zeitungsarchiv spannende Möglichkeiten: Dessen Bestände sind digital erschlossen und können mit einer OCR-basierten Volltextsuchfunktion ausgewertet werden. In dieser Masterarbeit konnte daher der folgenden Fragestellung nachgegangen werden, deren Beantwortung neben qualitativen auch quantitative Auswertungen erforderte: Wie und in welcher Form erscheinen in der besagten Periode Zeitungsinhalte in der *Neuen Zürcher Zeitung*, welche mit der Zürcher Strassenbahn in Verbindung gebracht werden können? Welche inhaltlichen Muster zu deren Bedeutung für die innerstädtische Mobilität in Zürich lassen sich in diesen feststellen?

Zur Beantwortung dieser Fragestellung wurde das Zeitungsarchiv der NZZ in drei kriterienorientiert ausgewählten Teilperioden zwischen den Jahren 1880 und 1905 auf sämtliche Inhalte durchsucht, welche einen der Begriffe „Strassenbahn“, „Tramway“ oder „Tram“ enthalten. Die so

eruierten Zeitungsinhalte wurden systematisch bereinigt und bilden das Quellenkorpus, welches im Anschluss einer quantitativ-qualitativen Analyse unterzogen wurde.

Die quantitativen Auswertungen orientierten sich dabei am Ansatz der *Culturomics*, mit welchem die Verteilung der eruierten Zeitungsinhalte auf einer Zeitachse aus verschiedenen Perspektiven untersucht wurde. In den daran anschliessenden qualitativen Auswertungen galt das Interesse den Inhalten des Quellenkorpus', wobei die Bedeutung der Strassenbahn für die räumliche Erschliessung des urbanen Raums sowie für das Gemeinwesen von Zürich im Mittelpunkt standen.

Im Rahmen der quantitativen Analyse konnte so dargelegt werden, dass die Verwendung der drei Begriffe sowohl sprachliche wie strukturelle Muster aufweist: Während in den 1880er Jahren für das neue Verkehrsmittel vorwiegend der Begriff „Tramway“ in der NZZ Verwendung fand, verlor dieser bis zum Ende der Untersuchungsperiode fast vollständig an Bedeutung. An dessen Stelle traten die Begriffe „Strassenbahn“ und die Kurzform „Tram“, wobei der erstere in der redaktionellen Berichterstattung dominierte, während in Inseraten fast ausschliesslich vom „Tram“ die Rede war. Wichtige Schlüsselereignisse wie kommunale Abstimmungen, aber auch die wachsende Bedeutung von Inseraten zur Finanzierung der NZZ, führten spätestens ab den 1890er Jahren dazu, dass das neue Verkehrsmittel an deutlich mehr Kalendertagen als zuvor in der Zeitung erwähnt wurde.

Die qualitative Analyse fokussierte sich auf inhaltliche Muster im redaktionellen Teil der Zeitung. In dieser konnte festgestellt werden, dass die Strassenbahn in deren Anfangsphase zwar strategisch als essenziell für die weitere Stadtentwicklung Zürichs beschrieben wurde, dies jedoch noch kaum im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Mobilitätsbedürfnissen.

In den beiden Jahrzehnten danach veränderten sich hierzu die Zeitungsinhalte: Während in den 1890er Jahren die redaktionelle Berichterstattung zu privaten Erschliessungsprojekten einzelner Stadtquartiere stark zunahm, führten kommunale Erschliessungsprojekte im Jahrzehnt danach zu einer starken Zunahme von Leserbriefen, wodurch Mobilitätsbedürfnisse einzelner Stadtteile wesentlich dynamischer in der Zeitung diskutiert wurden.

Zur Bedeutung der Strassenbahn für das Züricher Gemeinwesen liessen sich ebenfalls inhaltliche Muster feststellen. In der ersten Teilperiode wurde deren Betrieb in den Zeitungsinhalten zunächst nicht als behördliche Aufgabe verstanden. Dies änderte sich im Verlauf der beiden späteren Teilperioden, in welchen die Kommunalisierung privater Strassenbahnbetriebe sowie der Bau und Betrieb von unrentablen Linien auch von der redaktionellen Berichterstattung der NZZ befürwortet wurden: In den Zeitungsinhalten wurde das Tram so zur *gemeinwohlorientierten Antwort auf gesamtstädtische Mobilitätsbedürfnisse* und somit zu einem integralen Bestandteil der städtischen Infrastruktur.



Roman Spahr

Die sozialen Kontakte von Schutzsuchenden in der Schweiz zwischen 1933–1945

Eine Annäherung basierend auf Tagebüchern

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Der Untersuchungsgegenstand der erarbeiteten Masterarbeit stellen soziale Beziehungen von in die Schweiz geflüchteten Schutzsuchenden im Zeitraum zwischen 1933–1945 dar. Während diese in anderen Forschungsarbeiten oftmals lediglich als Nebenprodukt einer spezifischen Fragestellung

aufgearbeitet werden, stehen sie im vorliegenden Projekt bewusst im Vordergrund der Untersuchungen. Dabei sollen einerseits die mit der minutiös geplanten Flucht einhergehenden Veränderungen im sozialen Umfeld der schutzsuchenden Personen dargestellt werden. Andererseits sollen die

sozialen Interaktionen in der neuen Exilheimat als Strategien zur Bewältigung mannigfaltiger Herausforderungen beschrieben werden. Primär wird der Umgang mit alltäglichen Problemen, der Wunsch nach sozialer Stabilität und die Auseinandersetzung mit der eigenen Zukunft thematisiert.

Da brisante Briefinhalte von Flüchtlingen meist von den Zensurstellen studiert wurden, wurden in den meisten Briefkorrespondenzen allzu persönliche Erfahrungen und Erlebnisse ausgeklammert, sie eignen sich daher als Quellenbasis nur bedingt. Deshalb stellt das vorliegende Projekt konsequent Tagebuchquellen als Quellengrundlage in den Vordergrund. Obwohl sich die Arbeit auch editierten Tagebuchquellen bedient, versucht sie, wann immer möglich, Originaltagebücher in die Argumente miteinzubeziehen. Da die Tagebücher soziale Interaktionen oftmals lediglich oberflächlich beschreiben und Personennamen unterschlagen, sind sie für zielführende Aussagen nicht selten wertlos. Da ebendiese Namen jedoch weiterführende Personenrecherchen ermöglichen, berücksichtigt die Auswertung der Quellenmaterialien lediglich namentliche erwähnte Personen.

Aus dem Quellenstudium lässt sich festhalten, dass der meist längerfristig gereifte Fluchtplan mit einer radikalen Veränderung des persönlichen sozialen Umfeldes einher ging. Da viele Flüchtlinge aus Sicherheitsgründen die Grenze allein zu passieren versuchten, mussten Angehörige zurückgelassen und soziale Beziehungen aufgebrochen werden. Bereits die Fluchtvorbereitungen wirkten sich spürbar auf die zwischenmenschlichen Kontakte der Flüchtenden aus.

Um Angehörige nicht unnötig zu beunruhigen und um keine undichten Stellen in der Planung des Fluchtvorhabens zu generieren, zogen sich Schutzsuchende häufig aus ihrem sozialen Umfeld zurück und verschwiegen gar engsten Bezugspersonen Details zum genauen Fluchtplan. Viele Verwandte oder Bekannte brachten, um den Tagebuchautorinnen und -autoren eine sorgenfreiere Zukunft zu ermöglichen, grosse Opfer. Beispielsweise kümmerten

sie sich in der Heimat um schwächere Familienmitglieder oder beteiligten sich finanziell an der kostspieligen Flucht. Die daraus resultierenden Schuldgefühle erschwerten den Neuaufbau sozialer Strukturen oftmals stark.

Da abgewiesene Flüchtlinge nicht ohne weiteres in ihre Heimatländer abgeschoben werden konnten, wurden sie in Lagern interniert. Die überfüllten Internierungslager machten soziale Interaktionen unumgänglich. Häufig beklagen Flüchtlinge in ihren Tagebüchern daher in erster Linie nicht die prekären hygienischen Situationen in den Lagern, sondern die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten. Um das Lagerleben meistern zu können, versuchten sich die meisten Häftlinge in soziale Gruppen zu integrieren, welche häufig auf der Basis der gemeinsamen Sprache, Nationalität oder eines gemeinsamen Berufes entstanden. Als wesentlich zentraler für den Aufbau von Sozialbeziehungen erwiesen sich jedoch gemeinsame Lagererlebnisse.

Der Kampf um Privilegien zwischen verschiedenen Lagergruppen oder Einzelhäftlingen entwickelte häufig Lagerdynamiken, welchen das Lagerpersonal mit Häftlingsverlegungen in andere Lager begegnete. Dieser Aufbruch sozialer Strukturen schwächte das Lagergefüge und wirkte unerwünschten Dynamiken oder Lageraufständen entgegen, da die Häftlinge erst wieder neue soziale Beziehungen aufbauen mussten.

Schliesslich erforderte auch der Aufbau einer Zukunftsperspektive soziale Kontakte. So setzbeispielsweise die Immatrikulation an einer Hochschule einen zivilen Wohnsitz bei einer Familie voraus, den die angehenden Studentinnen und Studenten persönlich organisieren mussten. Die Flucht in die Schweiz stellte also für sämtliche Tagebuchautorinnen und -autoren einen radikalen Umbau des Soziallebens dar. Während das Auseinanderbrechen von Beziehungen oftmals am Anfang eines erfolgreichen Fluchtplanes stand, war der Aufbau neuer Strukturen im neuen Lebensabschnitt in mannigfaltiger Hinsicht unabdingbar.



„Ein Affe im Purpur“

Eine körpergeschichtliche Betrachtung von Kaiser Julians Herrschaft

Masterarbeit bei Prof. Dr. Jan B. Meister

Julian „der Abtrünnige“ (331–363 n. Chr.) übt als letzter paganer Kaiser des Römischen Reichs bis heute eine ungebrochene Faszination aus. Im Mittelpunkt des geschichtswissenschaftlichen Interesses stehen zumeist Julians Religionspolitik und die zeitgenössischen Konflikte, die sich daraus ergaben. Doch Julian war auch sonst in vielerlei Hinsicht ein merkwürdiger Kaiser.

In dieser Arbeit wird der Versuch gewagt, Kaiser Julian aus einer bisher unbeachteten körpergeschichtlichen Perspektive zu untersuchen. Theoretischer Hintergrund der Arbeit bildet die in jüngster Zeit vermehrt in den Fokus rückende Thematik antiker Herrscherkörper. Der Körper des Kaisers ist ein besonderer Körper, denn er verkörpert auch die Monarchie als Institution. Jedoch wurde der Ansatz, die spezifische Bedeutung des Herrscherkörpers zu untersuchen, noch nie in Bezug auf Kaiser Julian umgesetzt. Dieser Befund überrascht bei einem Kaiser, der insbesondere für seinen verhassten Bart und seine aussergewöhnliche Lebensweise bekannt ist. Die vorliegende Arbeit füllt diese Lücke: Es wird aufgezeigt, dass eine körpergeschichtliche Herangehensweise spannende neue Erkenntnisse bezüglich der zeitgenössischen Wahrnehmung spätantiker Kaiser und der Institution des Kaiseramts hervorbringt.

Als methodische Grundlage dient das Habitus-Konzept Pierre Bourdieus. An der Spitze der Hierarchie stehend, verkörpert der Kaiser eine einzigartige Position, die gerade durch Aspekte des Habitus – Haltung und Bewegung, Kleidung und Insignien, die physische Relation des Kaisers zu anderen Personen – sichtbar wird.

Zur Untersuchung von Julians Habitus werden verschiedenste Quellen hinzugezogen und verglichen. Zentral ist das für einen römischen Kaiser aussergewöhnlich reichhaltige Korpus von Selbstzeugnissen: Vor allem Julians philosophische und satirische Schriften – darunter in erster Linie der *Barthasser* – werden bezüglich Julians eigentümlicher, neuplatonischer Körperkonzeption untersucht. Ebenfalls wichtig sind die zahlreichen zeitgenössischen Quellen zu Julian:

Pagane und christliche Geschichtsschreibung, Panegyriken, Briefe und religiös motivierte Invektiven, schliesslich auch einige byzantinische Quellen. Ausserdem wird der archäologische und numismatische Befund hinzugezogen: Die Kaiserstatuen, Münzbilder und Reliefs standen mit den literarischen Kaiserbildern in einem Verhältnis der wechselseitigen Beeinflussung. Die unterschiedlichen Kaiserbilder in den Quellen sind dabei keine reinen Top-down-Repräsentationen des Kaisers, sondern das Resultat eines Dialogs unterschiedlicher Akteure, wobei immer Erwartungshaltungen verschiedener Gruppen antizipiert werden.

In der Analyse der Selbstzeugnisse Julians offenbart sich, wie Julian ein ideales Körperbild propagierte, welches abstrakte neuplatonische Körperkonzepte auf die Person des Herrschers übertrug: Körperliche Askese und ein langer Bart bilden die äusseren Zeichen eines moralisch integren Herrschers. Im *Barthasser* griff Julian diese philosophischen Überlegungen erneut auf, indem er die Bewohner Antiochias, die den Kaiser unter anderem wegen seines Bartes und seiner unkultivierten Art verspotteten, als verweichlicht und effeminiert darstellte. Dabei zeigt sich ein besonderer Umgang mit zeitgenössischen Geschlechtereotypen, aber auch eine hohe Konsistenz von Julians Körperkonzept über seine unterschiedlichen Schriften hinweg.

Die literarischen Zeugnisse anderer Autoren vermitteln dagegen einen Eindruck, wie Julians Körper bei seinen Zeitgenossen wahrgenommen wurde. Ein wichtiges Thema ist der Spott, der sich immer wieder auf das ungepflegte Äussere Julians bezieht und sich häufig in Form von Tiervergleichen äussert. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Wahrnehmung der öffentlichen Auftritte Julians: Wie der Kaiser sich bewegte und gegenüber anderen positionierte, unterstand einer genauen Beobachtung. Die teilweise unterschiedlichen Perspektiven auf dieselben Ereignisse machen die Besonderheit der Quellenlage aus. So finden sich auch innerhalb der ansonsten pro-julianischen Tradition divergierende Darstellungen und Kritik

am Verhalten Julians, der das gängige Protokoll immer wieder missachtete.

Der „bewegte“ Kaiser Julian wird schliesslich innerhalb des spätantiken, konstantinischen Kaiserzeremoniells kontextualisiert. Julians Vorgänger inszenierten sich bei öffentlichen Auftritten ganz anders, indem sie eher einen erhabenen, „statuesken“ Stil anstrebten. Besonders eindeutig wird dies etwa bei Ammianus Marcellinus' Beschreibung des *adventus* Constantius' II. in Rom oder

in der Darstellung der Kaiser in konstantinischen Porträts und Reliefs. Es wird deutlich, dass Julian in einem Zeremoniell agierte, in dem bestimmte Vorstellungen und Erwartungen an den Körper des Herrschers herangetragen wurden. Der spätantike Herrscherkörper war nicht mehr einfach identisch mit dem natürlichen Körper des Kaisers, sondern entwickelte sich zunehmend zum überindividuellen Bestandteil des Kaiserzeremoniells.



Lisa-Maria Staub

Trauer und Trost in den Briefen von Marcus Tullius Cicero Gefühle in der ciceronischen Korrespondenz im Kontext des Exils

Masterarbeit bei Prof. em. Dr. Thomas Späth

Die Briefkommunikation von Marcus Tullius Cicero während seines Exils in den Jahren 58–57 v. Chr. sticht durch ihre ausgeprägte Emotionalität hervor, in der er sein Leid exzessiv hervorhob und Trost kategorisch ablehnte. Dennoch schrieb Cicero selbst in den Jahren 46–45 v. Chr. zahlreiche Trostbriefe an Anhänger des Pompeius, welche im Verlauf des Bürgerkriegs exiliert wurden. Diese Diskrepanz wird durch eine Analyse der Präsenz und Verwendung von Gefühlen untersucht und die Relation der Gefühle zu Trost erörtert.

Die Darstellungen von Emotionen in der brieflichen Kommunikation Ciceros im Kontext des Exils können aus zwei Perspektiven untersucht werden, da Cicero einerseits als Exilant und Schreiber von Klagebriefen, andererseits als Verfasser von Trostbriefen an Exilanten fassbar ist. Diese Fallstudie ermöglicht einen mikrohistorischen Zugang zu der ciceronischen Exilkommunikation, welche ein tieferes Verständnis für die Briefe als Text und ihre Funktionen in sozialen Beziehungen schafft.

Während seines Exils in den Jahren 58–57 v. Chr. drückte Cicero in seiner Korrespondenz, welche in den Sammlungen *ad familiares*, *ad Atticum* und *ad Quintum fratrem* überliefert ist, vorwiegend negative Gefühle wie Trauer und Schmerz aus. Diese werden exzessiv kommuniziert, wobei

eine strategische Verwendung des Emotionsausdrucks erkennbar wird, die auf die Stärkung der Beziehungen, die Sicherung der Unterstützung durch die Adressaten und ihre Lenkung ausgerichtet ist.

Die Singularität seines Schicksals, insofern er als Einzelperson exiliert wurde, nutzte Cicero, um die übertriebenen Gefühlsäusserungen zu legitimieren und Trost abzulehnen. Inwiefern der Gefühlsausdruck mit den tatsächlich empfundenen Emotionen Ciceros übereinstimmt, ist anhand des Quellenmaterials unmöglich zu eruieren und liegt ausserhalb des Erkenntnisinteresses dieser Studie.

Die Umkehrung der Situation wird in der Korrespondenz Ciceros mit exilierten Pompeianern während der Jahre 46–45 v. Chr. sichtbar, welche in den Briefen *ad familiares* erhalten ist. Hierbei agiert Cicero als Verfasser von Trostbriefen, welche er vorwiegend von Rom aus an exilierte *amici* versendete. Die Briefe hielten die Beziehungen zu Einzelpersonen des ciceronischen Netzwerks aufrecht und ermöglichten den Austausch von Ratschlägen und Gefälligkeiten. Die Verwendung von Emotionen in den Trostbriefen fällt moderater aus als in den von Cicero verfassten Klagebriefen.

Während die Klagebriefe eine starke Fokussierung auf negative Emotionen aufweisen, präsentieren die Trostbriefe ein breiteres Spektrum

des Gefühlsempfinden. Dennoch verfolgte die Kommunikation von Gefühlen auch hier einen taktisch-rhetorischen Zweck zur Stärkung der Bindung zwischen den Korrespondenten. Der Ausdruck von *benevolentia* und *amor* diente der Stärkung der individuellen *amicitia* zwischen zwei Korrespondenten und förderte deren Bereitschaft, sich für die Rückkehr und weitere Anliegen ihres Gegenübers einzusetzen. Hierbei standen die Emotionen nicht allein mit Cicero in Verbindung, sondern konnten auch Gefühlsausdrücke der Briefpartner oder von Drittpersonen aufgreifen.

Weiterhin wurden Gefühle wie beispielsweise Furcht zur Schaffung von Gemeinschaften genutzt, welche die Intensität negativer Gefühle eindämmen sollten, da in einem gemeinsamen Schicksal Trost gefunden werden konnte. Dieses prävalente Motiv in der *consolatio* von Cicero erklärt ebenso seine eigene Untröstlichkeit während seines Exils in den Jahren 58 und 57 v. Chr., da es sich bei seiner Exilierung um einen Einzelfall handelte.

Cicero beanspruchte in seinen Klagebriefen ein aussergewöhnlich schlimmes Individualschicksal für sich, weswegen Trost Worte nicht zu einer Verbesserung seiner (emotionalen) Verfassung beitragen. Die exilierten Pompeianer hingegen teilten das Schicksal und die damit ein-

hergehenden negativen Emotionen als Mitglieder einer Gemeinschaft, der Cicero als Anhänger des Pompeius und Verteidiger der Republik auch angehörte. Aus dieser Position erlaubte sich Cicero, den Betroffenen als Freund den erwarteten Trost zu spenden und ihr Leid mit seinen Worten und den Versprechungen auf Unterstützung zu lindern.

Die Stilisierung seines eigenen Unglücks während und nach dem Bürgerkrieg ermöglichte zusätzlich die Fokussierung auf seine eigene Person, wodurch erneut Möglichkeiten zur Selbstrepräsentation geschaffen wurden. Dadurch aberkannte er jedoch den exilierten Pompeianern den exklusiven Anspruch auf negative Erfahrungen und exzessive Gefühlsäusserungen, die ihre Erlebnisse als Sonderschicksal gekennzeichnet hätten. Cicero hobt die kollektiven Aspekte der Erfahrungen und Gefühle von sich und der exilierten Pompeianer hervor, was ihm das Spenden von Trost ermöglichte.

Folglich beanspruchte Cicero für sein Exil eine Exklusivität, welche er den exilierten Pompeianern nicht zugestand. Die Briefkommunikation und die darin enthaltene Verwendung von Emotionen diente somit zur aktiven Gestaltung seines Selbstbildes und zur Definition seiner Beziehungen zu Familie und Freunden.



Philippe Thomet

Gelebter Sozialismus

Eine mikrogeschichtliche Analyse der Ehe Glasier im Beziehungsgeflecht des britischen Sozialismus von 1911 bis 1917

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Der britische Sozialismus um 1900 war im Unterschied zu den meisten europäischen sozialistischen Parteien nicht marxistisch geprägt. Vielmehr dominierte eine moralisch-ethische Auffassung des Sozialismus, der Werte wie Selbstlosigkeit und Nachbarschaftshilfe ins Zentrum rückte. Sozialist*innen sollten ihr Handeln nach dem Gemeinwohl ausrichten. Zahlreiche Vorkämpfer*innen des britischen Sozialismus bemühten sich deshalb, die sozialistischen Ideale in ihrem

Alltag vorzuleben. Die bisherige Forschung zur britischen Sozialismusgeschichte hat diese individuellen Versuche, die sozialistischen Utopien in eine konkrete Alltagspraxis umzusetzen, bisher zu wenig ernst genommen.

Die vorliegende Masterarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Schliessung dieser Forschungslücke. Anhand des Ehepaars Katharine (geb. Conway) und Bruce Glasiers untersucht sie exemplarisch, in welchem Verhältnis die sozialis-

tischen Ideale und die alltägliche Handlungspraxis der Eheleute zueinanderstanden. Als Quellenkorpus dient dabei der umfangreiche Nachlass der Glasiers im Archiv der University of Liverpool. Nebst Tagebüchern und Schriften umfasst dieser wertvolle Bestand den umfangreichen Briefwechsel zwischen den Eheleuten, der im Zentrum dieser mikrohistorischen Analyse liegt. Obwohl sich der Untersuchungszeitraum der Arbeit von der Eheschliessung im Jahr 1893 bis zu Bruce Glasiers Krebstod 1920 erstreckt, rücken die Vorkriegs- und Kriegsjahre 1911 bis 1917 besonders in den Fokus.

Im ersten Teil bildet die Ehe der Glasiers den eigentlichen Untersuchungsgegenstand. Darin wird ausgearbeitet, inwiefern die Glasiers als Vorkämpfer*innen der sozialistischen Bewegung Grossbritanniens ihre politischen Ideale einer vollkommen gleichberechtigten Gesellschaft in ihrer alltäglichen Ehepraxis vorzuleben suchten. In einem zweiten Schritt weitet sich der Untersuchungsgegenstand aus und nimmt die Freundschaften der beiden Eheleute zu führenden Figuren innerhalb der Independent Labour Party (ILP) in den Blick. Die Arbeit verfolgt damit einen verflochtenen Ansatz aus Alltags-, Geschlechter- und Ideengeschichte, wobei die beziehungs geschichtlichen Aspekte im Fokus liegen. Damit knüpft die Arbeit vor allem an die Arbeiten von Caroline Arni (*Entzweiungen*, 2004, *Der Sozi-Mann*, 2012), Laura Polexe (*Netzwerke und Freundschaft*, 2011) und in geringerem Masse auch von Karin Huser (*Eine revolutionäre Ehe in Briefen*, 2003) an.

Die Analyse der Ehe Glasier zeigt eindrücklich auf, dass es sich hierbei um einen bewussten Entwurf einer „sozialistischen Ehe“ handelte und sich im Hause Glasier das Politische untrennbar mit dem Privaten verschränkte. Anhand des Briefwechsels kann deutlich aufgezeigt werden, dass die Glasiers ihr Eheleben als sozialistischen Gegenentwurf zur viktorianischen Ehe verstanden und sich gegen deren prude Sexualmoral und strikte Trennung zwischen einer weiblich-heimischen und einer männlich-öffentlichen Sphä-

re auflehnten. Die beiden unterhielten sich offen über Themen wie Sexualität und Körper und machten sich teils gar über die Sittenprüderie ihrer Nachbarn lustig. Katharine führte auch nach der Geburt der insgesamt drei Kinder ihr öffentliches Leben als politische Aktivistin, verfügte über ein eigenes Einkommen und wahrte so ihre ökonomische Unabhängigkeit. Bruce brachte sich seinerseits aktiv in die Kinderbetreuung ein. Die Glasiers verstanden ihre Ehe deshalb als eine vollkommen gleichberechtigte, sozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Die Analyse deckt aber auch klare Diskrepanzen zwischen diesem idealisierten Selbstbild der Ehe und der alltäglich gelebten Ehepraxis der Glasiers auf. Trotz aller handfesten Bemühungen der Eheleute, eine gleichberechtigte Beziehung zu führen, trug Katharine eindeutig die Hauptverantwortung in der Haushaltsführung und der Kinderbetreuung. Katharine war einer massiven Mehrfachbelastung ausgesetzt. Sie war gleichzeitig Mutter, Hausfrau und politische Aktivistin, während Bruce sich trotz gelegentlichen familiären Verpflichtungen mehrheitlich seiner politischen Arbeit widmen konnte.

Im zweiten Teil geraten die Freundschaften der Glasiers zu Keir Hardie, Ramsay MacDonald und Philipp Snowden und deren Ehefrauen in den Fokus. Gemeinsam mit Bruce Glasier gelten sie als die vier zentralen Führungsfiguren der frühen ILP. Sie werden deshalb im gängigen historiographischen Narrativ als Big Four bezeichnet. Dieses Narrativ vermag die vorliegende Arbeit zu revidieren. Unter Berücksichtigung der politisch ebenfalls sehr aktiven Ehefrauen lässt sich aufzeigen, dass die Big Four nur dank vorangehender Frauenfreundschaften überhaupt zusammenfanden. Somit hat der mikroanalytische Fokus auf die Beziehungen führender sozialistischer Persönlichkeiten neue Erkenntnisse zur britischen Sozialismusgeschichte zu Tage geführt. Die vorliegende Arbeit versteht sich deshalb als Plädoyer, Sozialismusgeschichte immer auch als Beziehungs geschichte aufzufassen.



Dominik Wagner

Der Kalte Krieg ist vorüber, was nun?

Darstellung und Folgen einer epochalen Wende in der Schweiz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Die Auswirkungen des Kalten Kriegs zeigten sich in der Schweiz auf unterschiedliche Weise. Ob in Form eines ausgelebten Antikommunismus, manifestiert in einer Unzahl Luftschutzräumen aus Angst vor einem atomaren Krieg oder auch als Feindbild für die Schweizer Armee – die Strukturen waren allgegenwärtig. Was passiert mit einer Gesellschaft, wenn solche sinnstiftenden Stützpfeiler im Rahmen eines epochalen Wandels innert weniger Jahren verschwinden? Diese Frage wird in der Studie anhand von deutschsprachigen Zeitungsartikeln untersucht. Obwohl der Wert dieser Quellengattung in der Forschung bis heute kritisch hinterfragt wird, ist sie für eine solche Arbeit unerlässlich. Zeitungen waren eine der wenigen Möglichkeiten, etwas über das Geschehen in der Welt zu erfahren und so kam ihnen eine prägende Funktion bei der Meinungsbildung zu. Diesen Wert gilt es in den Vordergrund zu stellen und nach ihm sind auch die Quellen zu bewerten.

Bei der Recherche wurde ein explorativer Ansatz verfolgt. Es wurden nicht einzelne Zeitungen quantitativ durchforstet, sondern anhand von Onlinedatenbanken alle darin vorhandenen Zeitungen, nach bestimmten Stichworten und Wortkombinationen untersucht. Auf diesem Weg liessen sich mehrere gemeinsame Themenbereiche herausarbeiten, die je zu einem Kapitel zusammengefasst wurden. Die Breite an Zeitungen wurde alleine durch den Bestand der Datenbanken begrenzt, wodurch Wochenzeitungen wie *Der Brückenbauer* nebst Tageszeitungen wie der *Neuen Zürcher Zeitung*, oder auch dem *Walliser Boten* gesichtet wurden. Diese Herangehensweise bot die Möglichkeit, etwas über die gesellschaftlichen Realitäten der späten Achtzigerjahre herauszufinden und sich so einer etwaigen öffentlichen Meinung anzunähern.

Es zeigt sich, dass die mediale Verwendung der Begriffe „Perestroika“, „Glasnost“ und „Gorbi“ einen Beitrag zum Abbau der durch den Kalten Krieg geprägten Feindbilder leistete. Ebenso zeugen die Quellen von einer fehlenden kritischen Reflexion der eigenen Geschichte. Die medialen Darstellungen gingen häufig dahin, dass sich die Sowjetunion dank der Veränderungen endlich gegen Westen öffnen konnte. An mehreren Beispielen zeigt sich jedoch, dass der limitierende Faktor nicht immer nur der Osten war, sondern auch die gesellschaftliche Haltung in der Schweiz. Des Weiteren lassen sich verschiedene wiederkehrende Narrative und Stereotype aufzeigen, welche die damals noch existierenden Strukturen des Kalten Kriegs widerspiegeln. Hierbei trat ein Aspekt hervor, der in der Forschung der letzten Jahre immer wieder auftauchte: Der imaginäre Aspekt des Kalten Kriegs. In den Quellen wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Themen rund um die Sowjetunion massgeblich von den vorgefertigten Bildern aus der Vergangenheit geprägt war und diese bei der Konfrontation mit der Realität, in Form von Reiseberichten oder Treffen auf wirtschaftlicher wie auch kultureller Ebene, überdacht werden mussten. Nur so war eine Änderung der gesellschaftlichen Realitäten möglich.

Schliesslich lässt sich folgendes festhalten. Zeitungsartikel haben einen intrinsischen Wert als historische Quelle. Deren Inhalte sind nicht als Widerspiegelung, sondern vielmehr als Produkt einer gesellschaftlichen Realität zu verstehen. Vor diesem Hintergrund konnte die Untersuchung zeigen, welche Strukturen des Kalten Kriegs in der Gesellschaft verankert waren und wie diese mit dem Wandel in der Sowjetunion abgebaut, verändert und angepasst wurden.



„Das Landt Inzenemen“

Der Huldigungsumritt Christophs von Utenheim zwischen zeremonieller Harmonie und harter Realpolitik

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Anlässlich ihres Herrschaftsantritts unternahmen spätmittelalterliche Würdenträger zeremonielle Einzüge in die Hauptorte ihrer Ländereien. Diese unter dem Begriff „Adventus“ angesprochenen Vorgänge haben in der durch die New Cultural History geprägten Geschichtswissenschaft durchaus einige Aufmerksamkeit erhalten. In der deutschsprachigen Forschung gilt dies allerdings vorwiegend für Einritte des Reichsoberhauptes in Reichsstädte oder für diejenigen von Territorialherren in ihre Residenz- oder Kathedralstadt. Ein wesentlich geringeres Interesse wurde bisher dagegen dem Adventus der zuletzt genannten Würdenträger in die übrigen regionalen Hauptorte ihrer Besitzungen eingeräumt. In genau diesen Sachverhalt taucht die hier vorgestellte Masterarbeit ein.

Zu diesem Zweck befasst sie sich mit Akten zum 1503 stattgefundenen Adventus des Basler Fürstbischofs Christoph von Utenheim in seinen weltlichen Herrschaftsbereich, das Hochstift Basel. Dabei interessiert sich die Arbeit insbesondere für das Verhältnis zwischen den eigentlichen Adventus-Zeremoniellen und der oftmals darauffolgenden Huldigung.

Durch das letztgenannte zum Adventus im weiteren Sinne zählende Prozedere erfuhr die Herrschaft überhaupt erst ihre juristische Inkraftsetzung. Im Zentrum der Huldigung stand ein Loyalitätseid der Untertanen gegenüber ihrem neuen Herrn, wobei jene den Schwur aber nur gegen die herrscherliche Zusicherung abgaben, ihre Rechte und Freiheiten zu achten. Damit nimmt sich die Arbeit innerhalb des wenig erforschten Sachverhalts der ländlichen Einritte der Territorialherren zugleich einer Thematik an, die in der Adventus-Forschung zu den bisher fast ausschliesslich untersuchten Reichsstädten eine noch nicht zufriedenstellende, ja widersprüchliche Beurteilung erfahren hat: Wurde doch bis anhin das Verhältnis zwischen Adventus-Zeremoniell und Huldigung entweder im Sinne einer ausgeprägten Deckungsgleichheit der transportierten Inhalte oder im Zeichen der These gedeutet, dass es sich hierbei um

inhaltlich weitgehend voneinander entkoppelte Kommunikationsebenen handle.

Bei der Untersuchung der Akten, namentlich eines Adventus-Berichtes innerhalb derselben, stellte sich wiederholt das Problem, dass das dort Geschilderte gleich im doppelten Sinne eine Inszenierung darstellte. Ist der Umritt als solches schon als eine durchaus interessengeleitete Zurschaustellung rechtlicher und politischer Verhältnisse aufzufassen, so wird dieses Adventus-Prozedere durch dessen Verarbeitung in einem Bericht erneut Gegenstand eines inszenatorischen Prozesses: Das bereits Inszenierte wird also durch die Prozeduren seiner Verschriftlichung nochmals inszeniert. Dies verzerrt nicht nur den Blick auf den zugrunde liegenden Kontext, sondern selbst denjenigen auf das vor Ort zur Darstellung Gebrachte. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, zum Verständnis des Berichts nicht nur das allgemeine quellenkritische Instrumentarium hinzuziehen. Es galt, insbesondere auch den bisherigen Forschungsstand zum vor-modernen Ritual im Allgemeinen, zum Adventus bzw. zu der Quellengruppe der Adventus-Akten im Besonderen sowie zur Huldigung zu berücksichtigen. Die Herausforderung, dass der Umritt des besagten Bischofs nur durch den einseitigen Blick eines einzelnen Textes gegenwärtig ist, liess sich zudem durch den Einbezug der Berichte über die ähnlichen Einritte von Christophs Vorgänger und Nachfolger entschärfen.

Der solchermassen in einen breiteren Zusammenhang gestellte Blick auf das im Basler Hochstift um 1500 bestehende Verhältnis zwischen dem Austausch von Untertaneneid und Privilegienbestätigung auf der einen und dem Adventus im engeren Sinne auf der anderen Seite offenbarte nun Folgendes: Weder verhielten sich die beiden Vorgänge praktisch spiegelbildlich zueinander noch kann man sie als weitgehend voneinander entkoppelt betrachten. Vielmehr ist zu konstatieren, dass sie zwar beide zu einem wesentlichen Grad die Funktion übernahmen, die gegenseitige Akzeptanz zwischen Herr und Untertanen auszudrücken bzw.

herzustellen, dies aber auf sehr unterschiedliche Art und Weise taten.

Der eigentliche Adventus vollzog sich auf der idealen Ebene, war aus Sicht der Zeitgenossen naturrechtlich verankert und auf unvordenkliche Zeit zurückreichend. Daher verlief er geradezu harmonisch und war damit in der Lage, ein vertrauensbildendes Vorspiel zur Huldigung abzugeben, welches eine Einigung in diesem oftmals konfliktgeladenen Prozedere erleichtern sollte. Die eben angedeuteten Spannungen ergaben sich vor allem aus dem Umstand, dass der Huldigungsvorgang weniger die Sphäre (vermeintlich) überzeitlich gültiger Ideale verkörperte als vielmehr die harte Realität der gegenwärtigen Historie mit allen ihren Unzulänglichkeiten und strittigen Rechtsansprüchen. Daher gingen dem Schwur der Untertanen nicht selten erbittert geführte Diskussionen, ja manchmal sogar regelrechte Streitigkeiten, voraus.

Mit diesem Befund bestätigt die Masterarbeit Erkenntnisse der historischen Ritualforschung bezüglich der konsensfördernden Wirkung von

Zeremoniellen. Gleichzeitig weist die Abhandlung aber auch über die gegenwärtige Forschung zum Adventus hinaus: Einerseits tut die Arbeit das, indem sie im Hinblick auf die Basler Verhältnisse einen alternativen dritten Weg zur bisherigen Interpretation von Einzügen als Rituale, welche die Huldigung entweder komplett spiegeln oder weitgehend von ihr entkoppelt sind, aufzeigt. Damit einher geht eine Sichtweise der beiden Vorgänge im Allgemeinen, die das Verhältnis zwischen ihnen im Gegensatz zur gängigen Adventus-Forschung nicht als eine fixe, sondern als eine flexible, je nach Anforderung der Situation neu auszutrierende Beziehung begreift. Andererseits weist die Untersuchung dadurch über bisherige Arbeiten zur entsprechenden Thematik hinaus, dass sie den Einzug nicht allein als Kommentar zu einer bereits vollzogenen Einigung liest. Vielmehr lotet die Abhandlung die Möglichkeiten eines Vorgehens aus, welches nach der Funktion der Einritte im Hinblick auf einen sich noch in Gang befindlichen Einigungsprozess fragt.



Yanick Zahnd

Im Zug zum Flug

Verkehrsmittel zwischen Ergänzung und Konkurrenz: Die Flughafenlinien Zürich und Genf

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

„Nächster Halt, Zürich Flughafen“ und „prochain arrêt, Genève Aéroport“ sind Ankündigungen im Zug, die sehr vielen bekannt vorkommen dürften. Der Zug als Verkehrsmittel für die An- und Abreise zum respektive vom Flughafen Zürich oder Genf ist heutzutage nichts Besonderes. In der Mitte des 20. Jahrhunderts stellte eine direkte Anbindung der Flughäfen Zürich und Genf allerdings noch reines Wunschdenken dar.

Diese Arbeit, die in Zusammenarbeit mit der Stiftung SBB Historic in Windisch entstand, beschäftigt sich damit, wie die Flughäfen Zürich und Genf an das Schienennetz der SBB angebunden wurden und wie aus dem einstigen Wunschdenken Realität wurde. Die zentrale Fragestellung der Arbeit zielt darauf ab zu untersuchen, ob die Flugha-

fenlinien als Konkurrenz oder als Ergänzung zum Flughafenbetrieb angesehen wurden. Um diese Frage im Rahmen der vorliegenden vergleichenden Fallstudie zu beantworten, werden in einem ersten Schritt die Flughafenlinien Zürich und Genf getrennt betrachtet, um sie in einem zweiten Schritt miteinander zu vergleichen, sodass Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Flughafenlinien herausgearbeitet werden können.

Die eingesetzten Quellen für diese Masterarbeit sind von vielfältiger Natur. Anhand von zahlreichen Projektberichten, Studien, offiziellen Schreiben zwischen den zuständigen Abteilungen seitens der SBB und den Kantonen Zürich und Genf sowie mittels Bundesratsbotschaften und Bundesbeschlüssen wird aufgezeigt, wie die bei-

den Flughafenlinien geplant, gebaut und eröffnet wurden und welche Erwartungen und Hoffnungen mit den Flughafenanschlüssen in Zürich und Genf verbunden waren.

Obwohl es sowohl in Zürich seit den 1940er Jahren und in Genf seit den späten 1950er Jahren Bestrebungen gab, die zwei bereits damals grössten Schweizer Flughäfen an das Schienennetz der SBB anzubinden, dauerte es bis in die 1970er Jahre (Zürich) respektive 1980er Jahre (Genf), bis die Flughafenlinien realisiert wurden. Die Eröffnungen der Bahnanschlüsse in Zürich am 29. Mai 1980 und Genf am 25. Mai 1987 markierten in der Geschichte der Schweizer Zivilluftfahrts- und Eisenbahngeschichte zwei äusserst wichtige Meilensteine: Noch nie waren sich Zug und Flugzeug so nah. Diese enge Verbindung wurde nicht nur mit Plakaten und Broschüren beworben, sondern auch mit der Einführung einer weltweiten Premiere – dem sogenannten Fly-Gepäck. Bei diesem neuartigen Gepäcktransportkonzept, das weltweit erstmals in Zürich nach der Eröffnung der Flughafenlinie 1980 zum Einsatz kam, ging es darum, dass Reisende – in erster Linie zielte dieses Konzept auf Touristen ab – ihr Gepäck an ausgewählten Bahnhöfen in der Schweiz aufgeben konnten und erst am Zielflughafen wieder in Empfang nahmen. Der Transport sowie das Einchecken des Gepäcks am Flughafen wurde von den SBB und der Swissair übernommen.

Die Nachforschungen zu den Flughafenlinien Zürich und Genf haben ergeben, dass die Politik eine grosse Rolle bei der Realisierung der Bahnanschlüsse spielte. Sowohl in Zürich wie auch in Genf beteiligten sich der Bund sowie der Kanton zu 40% an den Baukosten, während die SBB für die restlichen 60% der Baukosten der Flughafen-

anschlüsse aufkamen. Ohne die Unterstützung seitens der Politik und der öffentlichen Hand wäre es nicht möglich gewesen, dass die beiden Flughafenlinien Zürich und Genf nach jahrzehntelanger Planung schliesslich innerhalb von fünf Jahren realisiert wurden.

Um den Blick auf den Untersuchungsgegenstand auszuweiten, wurde im Rahmen eines Exkurses die Anbindung des EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg sowie der Flughäfen Bern-Belp, München und Wien-Schwechat an das öffentliche Nah- und Fernverkehrsnetz untersucht. Dabei konnte herausgearbeitet werden, dass die Qualität der Flughafenverbindungen vor allem von zwei Faktoren abhängig ist: einerseits von der Grösse des Flughafens, andererseits von der Unterstützung durch die Politik.

Die Anbindung der beiden Flughäfen an das Schienennetz der SBB eröffnete sowohl für die Fluggesellschaften wie auch für die SBB neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Sie wurde unter anderem mit dem Fly-Gepäck-Konzept in Angriff genommen; dieses läuft auch heute noch – und wird ständig ausgebaut. So bieten die SBB heutzutage den sogenannten Flugzug an, der die Fluggäste von Genf, Basel SBB oder Lugano an den Flughafen Zürich bringt. Dabei ist der Preis für den Zug bereits im Preis des Flugtickets inbegriffen.

Somit kann als Fazit dieser Arbeit festgehalten werden, dass die Flughafenlinien Zürich und Genf zu keinem Zeitpunkt eine Konkurrenz für den Flughafenbetrieb darstellten. Ganz im Gegenteil: Sie waren der Beginn einer jahrzehntelangen Kooperation zwischen Flugzeug und Bahn, die bis heute anhält.



Das Geschäft mit der Auswanderung

Ein Einblick in die Arbeit von Schweizer Auswanderungsagenturen zwischen 1880 und 1914

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Zwischen 1815 und 1914 wanderten laut statistischen Schätzungen über eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer aus. Mehr als 70 % davon fanden in Amerika eine neue Heimat. Während sich Auswanderungswillige zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch eigenständig auf den Weg in die grossen Hafenstädte Europas begaben, entstand im Verlauf des Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Auswanderung ein neuer Geschäftszweig. Agenten und später ganze Agenturen übernahmen die Vermittlung und den Verkauf von Reisetickets bereits im Ausreiseland.

Die erste offizielle Agentur mit Sitz in der Schweiz wurde 1834 in Basel gegründet. Während knapp fünf Jahrzehnten lag die Aufsicht über deren Geschäftsbetrieb in der Verantwortung der Kantone. Aufgrund der verschiedenen Gesetzesgrundlagen in den einzelnen Kantonen war es schwer, die Agenturen für allfällige Vergehen zu belangen. Erst in den 1870er Jahren, als die Lage allmählich ausser Kontrolle zu geraten drohte, sah sich der Bundesrat gezwungen, einzugreifen. 1880 trat das erste Bundesgesetz zur Kontrolle der Auswanderungsagenturen in Kraft.

Diese Masterarbeit untersucht die Arbeitsweise und Funktion der Schweizer Auswanderungsagenturen mit besonderem Fokus auf die Zeit nach dem Erlass des ersten Bundesgesetzes bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. In Folge des Bundesgesetzes betreffend den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsagenturen von 1880 wurden im Untersuchungszeitraum über 215 Anträge an den Bundesrat protokolliert und zusammengefasst. Diese Anträge beziehen sich auf verschiedenste Verstösse gegen das Bundesgesetz. Die ausführlichen Protokolle bieten einen mit keinen anderen Quellen vergleichbaren Einblick in die Arbeit von Schweizer Auswanderungsagenturen. Obwohl es sich hier um in einem rechtlichen Kontext entstandene Quellen handelt, können aus ihnen zahlreiche allgemeine Informationen zur Arbeit der Agenturen herausgelesen werden. Bei der Aufarbeitung des Quellenmaterials wurde das Stichprobenverfahren angewandt. Im Zentrum der Untersuchung

steht der Inhalt der einzelnen Protokolle, welcher analysiert, auf Gemeinsamkeiten untersucht und schlussendlich interpretiert wurde.

Das Bundesgesetz von 1880, welches 1888 revidiert wurde, schrieb den Agenturen genau vor, unter welchen Bedingungen und gegen welche Kautions sie ihr Geschäft betreiben durften. Besonders die Regelung zur Verwendung von Unteragenten sorgte für Konflikte zwischen den Agenturen und dem Gesetz. Aus mehreren Anträgen geht hervor, dass die Agenten beispielsweise in Gastwirtschaften oder auch an den Bahnhöfen Mittelsmänner zur Anwerbung von Auswandernden engagiert hatten, welche jedoch nicht als offizielle Unteragenten beim Bund gemeldet waren.

Beim Verkauf von Auswanderungsverträgen und Transporttickets handelte es sich um ein von Konkurrenz gezeichnetes Geschäft. Die untersuchten Anträge zeigen, dass es regelmässig auch zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Agenturen kam. Um sich einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen, schreckten die Agenturen auch nicht davor zurück, gegeneinander Anzeige zu erstatten. Die Leidtragenden in diesen Situationen waren meistens die Auswandernden. Auch wenn die Perspektive der Auswandernden in den Quellen unterrepräsentiert ist, boten einige Anträge auch einen Einblick in deren Vorgehen bei der Suche nach einer Agentur. So wird in mehreren Fällen geschildert, dass es nicht immer die Agenturen waren, die das Auswanderungsgesetz umgehen wollten. Es wird beispielsweise beschrieben, wie Auswanderungswillige ihre Papiere fälschten und oder falsche Aussagen bezüglich ihres Gesundheitszustands oder ihren familiären Umständen machten, um von den Agenturen nach Amerika befördert zu werden.

Die Agenturen hatten nicht nur das schweizerische Bundesgesetz zu beachten, sondern auch die Einreisebestimmungen der Zielländer sowie die Gesetzeslage der Heimatländer ihrer ausländischen Kundschaft. Aus den Schilderungen in den Anträgen wird deutlich, dass gute Beziehungen ins Ausland, sei es zu anderen Agenturen, zu den Rec-

dereien in den Hafenstädten wie Le Havre oder den Anlaufsorten wie New York, eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Betrieb einer Auswanderungsagentur waren.

Die Untersuchung unterstreicht, dass die Arbeit der Agenturen aus ständigen Grenzüberschreitungen bestand. Sei es im wörtlichen Sinne oder in der Tatsache, dass diese zum Zwecke des Geschäftes öfters das Gesetz missachteten. Als Vermittler zwischen der Schweiz und Destinationen in der

Ferne können die Schweizer Auswanderungsagenten als aktive Akteure der Migrationsgeschichte bezeichnet werden. Mit Hilfe der Agenturen wanderten über mehrere Jahrzehnte abertausende Schweizerinnen und Schweizer nach Übersee aus. Diese wiederum verteilten sich in den verschiedensten Teilen der Welt und hinterliessen dort ihre Spuren. Damit trugen die Agenturen durch ihre Arbeit zur globalen Präsenz der Schweiz bei.



Raphael Benedikt Zimmermann

Bürgerliches Berliner Porzellan als Statussymbol

Eine Kulturgeschichte des Berliner Bürgertums und dessen Aufstieg im 19. Jahrhundert anhand von Porzellan

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Im 19. Jahrhundert wuchs Berlin zu einer europäischen Metropole von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Bedeutung an. Dabei spielten Vertreter*innen des Berliner Bürgertums eine wichtige Rolle, die z.B. durch ihre Tätigkeiten in der Industrie (Siemens, AEG etc.), im Berliner Bankwesen, als Beamte oder als Mäzene zu dieser Entwicklung beitrugen. Parallel dazu prägte das Bürgertum ab dem 19. Jahrhundert auch zunehmend den deutschen Porzellanmarkt. Im 18. Jahrhundert (dem Jahrhundert seiner Entstehung) war sowohl die Produktion als auch der Verkauf deutschen Porzellans noch deutlich von den Fürstenhöfen bestimmt.

In einem ersten Teil dieser Arbeit wird diese Parallele aufgezeigt, indem der Berliner Porzellanmarkt von der Entstehung der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) Berlin (1763) über den Beginn ernstzunehmender privater bürgerlicher Konkurrenz ab den 1830er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg dargestellt wird. In dieser Zeit wurde Porzellan unter anderem durch neue technische Mittel preiswerter und damit einem grösseren Teil der Berliner Bevölkerung zugänglich.

Die Porzellanproduktion und vor allem der Konsum werden in dieser Arbeit exemplarisch in den Fokus genommen, um aufzuzeigen, wie Kon-

sumgüter zur Prägung eines kulturellen Selbstverständnisses des Berliner Bürgertums beitragen konnten. Dafür wird analysiert, inwiefern Porzellan überhaupt in einem solchen bürgerlichen Kulturmodell auftaucht und inwiefern der Konsum bzw. Besitz von Porzellan zur Assimilation an diese Gruppe oder auch zur Distinktion zu anderen sozialen Gruppen (z. B. der höfischen Kultur) oder innerhalb des Bürgertums genutzt wurde.

Durch die Analyse von Kochbüchern, Frauenzeitschriften, Artikeln des preussischen Reichsanzeigers, Bildern und Porzellanobjekten aus der Zeit wird der zeitgenössische Diskurs über Porzellan herausgearbeitet und daraus abgeleitet, wie Porzellan als Konsumgut zur Identitätsstiftung des Berliner Bürgertums beitrug.

In der Arbeit wird aufgezeigt, dass sich der bürgerliche Konsum vom höfischen Konsum des 18. Jahrhunderts insofern unterschied, als Porzellan bei der Aristokratie im 18. Jahrhundert primär als Mittel eingesetzt wurde, um den eigenen Reichtum und die eigene Macht zu demonstrieren, während sich im Bürgertum der Konsum und die Verwendung von Porzellan stärker mit bürgerlichen Tugenden wie Sparsamkeit, männlichem Arbeitsfleiss, lokalem Patriotismus oder der weiblichen Mutterrolle und ihrer zugeschriebenen Auf-

gabe als Hüterin des Haushaltes verband. Ebenso ergibt sich im Diskurs, dass zunehmend Druck bestand, genügend Porzellan besitzen zu müssen – dies vor allem für ausgiebige Einladungen. Belege dafür finden sich in Haushaltsratgebern und Kochbüchern und auch in Frauenzeitschriften des späten 19. Jahrhunderts, in denen allerdings auch kritisch vor einem unverhältnismässigen Konsumverhalten gewarnt wurde. So hätten sich bürgerliche Familien in ihren alltäglichen Ausgaben eingeschränkt, um sich eine präsentable Ausstattung leisten zu können. Dies war insofern zentral, als Einladungen für die soziale Integration in die bürgerliche Kultur wichtig waren.

Aufgrund der Qualität des Porzellans fanden auch Distinktionsprozesse innerhalb des Bürgertums statt. Nicht nur als Geschirr, sondern auch für die Dekoration gehörte Porzellan zur Standardeinrichtung von bürgerlichen Haushalten in Berlin. Es wurde jedoch auch hier gegen Ende des 19. Jahrhunderts über die Üppigkeit und den Stil dieser dekorativen Porzellane diskutiert. Aus dem Diskurs ergibt sich weiter, wie fest der Porzellankonsum mit der Rolle der bürgerlichen Hausfrau verbunden war. Aus vielen der betrachteten Quellen wird ersichtlich, dass sich die Ausstattung des

Haushaltes auf die Stellung der Familie im bürgerlichen Umfeld auswirkte. Die bürgerlichen Hausfrauen nahmen dabei eine zentrale Rolle für die Repräsentation der eigenen bürgerlichen Familie als Ganzes ein.

Der letzte Teil der Arbeit weicht vom alltäglichen Leben ab und zeigt auf, wie durch die ab 1851 stattfindenden Weltausstellungen zunehmend ein globales Fachpublikum den Stil verschiedener Porzellanmanufakturen prägte, was sich im Falle Berlins vor allem auch an der renommierten KPM zeigte. Die Jurywertungen an den Weltausstellungen wirkten sich auf das Ansehen einer Firma aus und damit auch auf das Ansehen der jeweiligen Nation. In diesem Prozess spaltete sich auch der bürgerliche Stil in Berlin. Einige blieben dem Stil des Historismus treu, der insbesondere von Kaiser Wilhelm II. befürwortet wurde. Andere – unter anderem Vertreter der Fachjurys – befürworteten den aufkommenden Jugendstil.

Die Betrachtung des Porzellans erlaubt damit einen Einblick in alltägliche Bereiche des Berliner Bürgertums und gibt Aufschluss über deren Selbstverständnis. Die Untersuchung erhellt zudem die zunehmend globalen Verstrickungen, die auch das Berliner Bürgertum prägten.



u^b

^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

BERNESE JOURNAL

ISSN 1660-1904